

DEUTSCHLAND  
2020 **SO WOLLEN**  
**WIR MORGEN LEBEN**  
BAUSTEINE EINES  
MODERNISIERUNGS-  
PROGRAMMS

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT





»Der beste Weg, die Zukunft  
vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.«

*Willy Brandt*



DEUTSCHLAND  
2020 **SO WOLLEN**  
**WIR MORGEN LEBEN**  
BAUSTEINE EINES  
MODERNISIERUNGS-  
PROGRAMMS



# INHALT



## VORWORT

Perspektiven schaffen.....	09
----------------------------	----

## I. UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT

Weichen stellen.....	12
----------------------	----

## II. WO WIR STEHEN – UNSER LAND HEUTE

01. Das letzte Jahrzehnt.....	16
02. Was auf uns zukommt.....	17
03. Worauf es ankommt.....	22

## III. WAS WIR TUN WOLLEN – UNSERE IDEEN

01. Neuer Konsens für eine moderne Infrastruktur.....	29
02. Neue Ordnung für den Arbeitsmarkt.....	39
03. Der Kreativpakt.....	49
04. Gute Ganztagschulen.....	59
05. Integration und Teilhabe.....	67
06. Gleichstellung von Frauen und Männern.....	77
07. Miteinander der Generationen.....	85
08. Gerechte Steuern und Finanzen.....	95

## IV. WO WIR HIN WOLLEN – DEUTSCHLAND 2020

01. Ein gerechtes und lebenswertes Land.....	104
02. Eine moderne Wirtschaft und nachhaltiger Wohlstand.....	106
03. Eine selbstbewusste Demokratie.....	109

## EPILOG ZU EINER FARCE

Schwarz-Gelb blockiert unser Land.....	114
--	-----

## ANHANG

Projekte und Verantwortliche.....	118
-----------------------------------	-----





# VORWORT

## PERSPEKTIVEN SCHAFFEN



Deutschland ist erfolgreich — und doch zweifeln viele, ob wir eine gute Zukunft haben. Denn der Reformvorsprung ist aufgebraucht, und die Regierung zehrt von den Früchten der Vergangenheit.

Deutschland hat kein Bild mehr von sich selbst. Das Land strahlt keine Zuversicht mehr aus. Überall ist Verunsicherung. Was hält diese Gesellschaft zusammen? Weiß dieses Land, wohin es will? Was es sein will? Welche Ziele es verfolgt, für sich selbst und für Europa?

Erfolg kommt nicht von allein. Das hat die Regierung Merkel nicht verstanden. In der Koalition herrscht Dauerzank. Lethargie hat sich breit gemacht. Schwarz-Gelb hat es in nur drei Jahren fertig gebracht, einen Reformstau wie zuletzt vor 1998 anzuzetteln. Neue Autokennzeichen und Mehrwertsteuer auf Popcorn — das ist keine Satire, das sind Meldungen von dem, womit sich diese Regierung beschäftigt. Es fehlen Klarheit, Orientierung und Konzentration auf die großen Herausforderungen, den Wandel von Wirtschaft und Arbeit, die Globalisierung, die Energiewende, die Demografie.

Vor zehn Jahren mussten wir Deutschland in einer Situation der Schwäche neu aufstellen. Das war hart genug. Heute haben wir die einmalige Chance, unser Land aus einer Position der Stärke zu modernisieren. Dafür aber brauchen wir eine andere Politik. Gerechtigkeit durch Modernisierung, darum geht es. Wir brauchen wieder ein Bild von Deutschlands Zukunft. Ein Land, das hoff-

nungsvoll ist, aber nicht verträumt. Ein Land, das mutig vorausschaut, aber ohne Leichtsinn handelt. Ein Land, das sich weder von Arroganz noch von Angst leiten lässt, sondern vom Willen zur Gemeinsamkeit und zur Gerechtigkeit. Ein Land, das sich nicht in die Isolation locken lässt, sondern seinen Fortschritt und seine Sicherheit in der klug gewählten Partnerschaft in Europa sucht. Ein Land, das nicht aus rücksichtslosen Einzelgängern und Absahnern besteht, sondern das geprägt und verändert wird durch die Gemeinschaft engagierter Bürgerinnen und Bürger. Kurzum, ein Land, das nicht den Verlust fürchtet, sondern den Gewinn erstrebt, und in dem die Politik reformbereit und zukunfts offen voranzugehen gewillt ist.

Ein gerechtes Land, eine selbstbewusste Demokratie, eine reiche Kultur, eine moderne Wirtschaft, Vorbild und Partner für viele — das ist mein Bild von unserem Land. Und ich spüre, wie viele Menschen erneut das Gespräch darüber suchen, was wichtig ist und wie wir künftig leben wollen. Darum geht es bei unserem »Projekt Zukunft«.

Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion





# I. UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT

---

Wir wollen, dass Deutschland 2020 ein lebenswertes, gerechtes und wirtschaftlich modernes Land mit einer selbstbewussten Demokratie ist. Den Weg dorthin wollen wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gehen. In unserem »Projekt Zukunft« haben wir den offenen Austausch mit Interessierten aus Gesellschaft und Wissenschaft gesucht.

# WEICHEN STELLEN



Deutschland hat die schlechteste Regierung seit Jahrzehnten. Dauerstreit und Handlungsunfähigkeit einerseits – Klientelpolitik, Lobbyismus, Vetternwirtschaft und eine Politik der sozialen Spaltung andererseits. Schwarz-Gelb ist selbst längst zum Zukunftsrisiko für Deutschland geworden. Die große Mehrheit der Bevölkerung sieht unser Land bei dieser Regierung in schlechten Händen. Gemeinsam mit den Menschen sagen wir: So kann es nicht weiter gehen.

*Schwarz-Gelb ist selbst zum Zukunftsrisiko für Deutschland geworden.*

Antrieb der Sozialdemokratie zu allen Zeiten war es, gesellschaftliche Verhältnisse nicht einfach tatenlos hinzunehmen, sondern politisch zu gestalten, zu verändern und zu verbessern. Auf Initiative von Frank-Walter Steinmeier hat die SPD-Bundestagsfraktion im Januar 2011 auf ihrer Klausursitzung in Magdeburg das »Projekt Zukunft – Deutschland 2020« gestartet. Während der Fokus der öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit auf das Regierungsversagen der schwarz-gelben Koalition gerichtet blieb, haben wir anderthalb Jahre lang in acht Projektgruppen konsequent an handfesten, realisierbaren Problemlösungen und praktischen Weichenstellungen für die kommenden Jahre gearbeitet. Mit Blick auf die Arbeit von morgen, auf die notwendige Infrastruktur, auf gute Bildung, auf Gleichstellung, Integration und das Miteinander der Generationen im demografischen Wandel haben wir gefragt: Wo stehen wir heute? Was kommt auf uns zu? Was können wir tun, damit Deutschland 2020 ein lebenswertes, gerechtes und wirtschaftlich modernes Land mit einer selbstbewussten Demokratie ist?

Unser Augenmerk richtete sich dabei von Beginn an auf die breite Vernetzung in die Zivilgesellschaft und den intensiven, offenen Dialog – mit Bürgerinnen und Bürgern, mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, mit Unternehmen und Gewerkschaften, mit Wissenschaft und Kultur.

- Wir haben uns in zahlreichen Workshops und öffentlichen Fachkonferenzen mit Expertinnen und Experten

sowie der interessierten Öffentlichkeit über Zukunftsfragen ausgetauscht, unsere Überlegungen zur Diskussion gestellt und gemeinsam Lösungen erarbeitet.

- Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind in ihren Heimatregionen in ganz Deutschland mit Akteuren vor Ort zu den Themen der Zukunftsprojekte in Kontakt getreten und haben öffentliche Diskussionsveranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt.

- Wir haben den breit angelegten »Zukunftsdialog« zum Anlass genommen, im Mai 2012 erstmals ein »Planspiel Zukunftsdialog« für Jugendliche und junge Erwachsene im Deutschen Bundestag durchzuführen. Drei Tage lang übernahmen rund 140 Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende aus ganz Deutschland die Rolle von Abgeordneten und entwickelten eigene Vorschläge zu zentralen Zukunftsthemen.

- Außerdem haben wir neue Wege erprobt, um mehr Menschen über das Internet das direkte Mitreden und Mitmachen zu ermöglichen. Auf unserer neuen Beteiligungsplattform »Zukunftsdialog online« ([zukunftsdialog.spdfraktion.de](http://zukunftsdialog.spdfraktion.de)) haben wir interessierte Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftliche Gruppen, Organisationen und Fachleute eingeladen, Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge zu Positionspapieren der Projektgruppen zu unterbreiten bzw. Antworten und Vorschläge zu konkreten Fragen einzubringen. Rund 2.000 Interessierte haben sich an unserem Online-Dialog beteiligt.

Zahlreiche Anregungen, Hinweise, Ideen und Meinungen sind im Rahmen dieses Dialogprozesses in die Arbeit der Projektgruppen eingeflossen. Allen, die mitgemacht haben, ist es zu verdanken, dass wir Konzepte vorlegen können, die nicht am politischen Reißbrett entworfen, sondern lebens- und realitätsnah entwickelt wurden, mit Blick für die Praxis, nah am Alltag der Menschen, mitten in der Gesellschaft. Entstanden ist ein sozialdemokratisches Leitbild, das unsere Vision für Deutschland im

Jahr 2020 skizziert. Und die vorliegenden Politikkonzepte sind zentrale Bausteine für ein Zukunftsprogramm, das den politischen Weg dorthin beschreibt. Der Großteil der Bevölkerung wünscht sich politische Vernunft und

Verlässlichkeit. Mit den Ergebnissen des »Projekts Zukunft« setzen wir dem Reformstau der schwarz-gelben Koalition eine verlässliche und verantwortungsbewusste sozialdemokratische Alternative entgegen.



*Jugendliche beim Planspiel Zukunftsdialog*







## II. WO WIR STEHEN – UNSER LAND HEUTE

---

Deutschland steht vor großen Herausforderungen, hat aber nicht minder große Chancen. Die wollen wir nutzen. Es geht darum, Weichen zu stellen und durch eine vorausschauende Politik die Zukunft unseres Landes zu gestalten. Der erste Schritt besteht in einer ehrlichen Bestandsaufnahme der Lage.

# 01. DAS LETZTE JAHRZEHT



Deutschland ist im zurückliegenden Jahrzehnt weit gekommen. Vor zehn Jahren als »kranker Mann Europas« verspottet (The Economist), gilt unser Land heute vielen als »Musterknabe« (Neue Zürcher Zeitung). Den Konjunkturunbruch von 2008/09 haben wir überwunden. Die Auftragsbücher der meisten Unternehmen sind voll wie im Vorkrisenjahr 2007/08. In einem schwierigen euro-

päischen Umfeld ist unsere Wirtschaft 2011 – ganz gegen den Trend – um drei Prozent gewachsen. Die Arbeitslosigkeit ist auf unter drei Millionen gesunken. Mit mehr als 41 Millionen

sen- und Sozialhilfe nicht nur die Statistik ehrlicher gemacht, sondern auch manche Perspektivlosigkeit überwunden hat. Die Langzeitarbeitslosigkeit konnte zum ersten Mal seit Jahrzehnten spürbar gesenkt werden. Gleichzeitig mit den Strukturreformen haben wir für ein hohes Niveau an Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Infrastruktur und neuen Technologien gesorgt. Die Energiewende begann vor mehr als zehn Jahren mit dem planungs- und rechtssicher angelegten rot-grünen Atomausstieg und dem parallel laufenden Ausbau der Erneuerbaren Energien. Deutschland gehörte damit zu den ersten Nationen weltweit, die sich den Herausforderungen eines nachhaltigen Wachstums und des Klimaschutzes gestellt haben.

Dabei hat es sich als richtig erwiesen, wirtschaftspolitisch auf reale Wertschöpfung und eine starke industrielle Basis zu setzen. Das Geheimnis unserer robusten Volkswirtschaft steckt im Zusammenspiel zwischen Industrieunternehmen, Mittelstand und damit verflochtenen Dienstleistungen. Anderen Ländern wie England oder Irland, die im letzten Jahrzehnt einseitig auf Finanzdienstleistungen gesetzt und ihre industrielle Basis vernachlässigt haben, gilt Deutschlands starke Industrie inzwischen wieder als Vorbild – gelten doch Deindustrialisierung und Exportschwäche ebenso wie ein aufgeblähter Finanzsektor als wesentliche Ursachen der Schuldenkrisen in anderen Ländern.

## Entschlossenes Krisenmanagement

Es waren die sozialdemokratischen Minister in der Großen Koalition, die in den Jahren 2008/09 durch entschlossene Investitions- und Konjunkturprogramme, intelligente Regelungen zur Kurzarbeit und die Sicherung von Bank-einlagen gegen den Widerstand der anderen Parteien die richtigen Rahmenbedingungen für eine rasche Überwindung der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik geschaffen haben. Eine funktionierende Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sicherte in einem großen gemeinsamen Kraftakt Millionen von Arbeitsplätzen. Das vergangene Jahrzehnt hat

*Deutschland »erntet jetzt die Früchte der Reformpolitik der vorherigen Regierungen.«*

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2010/11

Menschen in Arbeit haben wir Rekordbeschäftigung in Deutschland. Während im Rest Europas die Arbeitslosenzahlen steigen, ist bei uns das lange Zeit als unerreichbar geltende Ziel der Vollbeschäftigung in greifbare Nähe gerückt.

Dass es Deutschland heute vergleichsweise gut geht, ist das Verdienst vieler – nur nicht der amtierenden Bundesregierung: Der Aufschwung der letzten Jahre findet nicht wegen, sondern trotz Schwarz-Gelb statt. Erarbeitet haben ihn andere: verantwortungsvolle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Betriebsräte und Gewerkschaften, seriöse Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, innovative Unternehmen und weitsichtige Vorgängerregierungen.

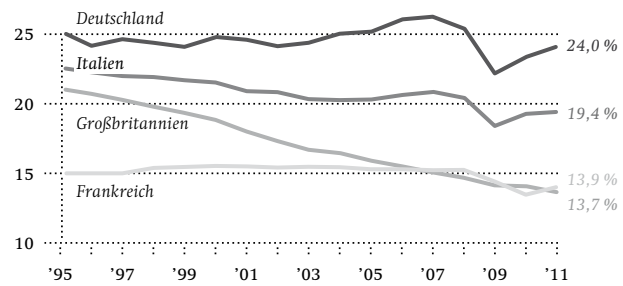
## Strukturreformen, Energiewende und starke Industrie

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben Deutschland nach 1998 modernisiert, Strukturreformen in Angriff genommen, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte angepackt und unsere Volkswirtschaft gemeinsam mit den Sozialpartnern im internationalen Vergleich wieder wettbewerbsfähig gemacht. Es ist heute allgemein anerkannt, dass die Arbeitsmarktreformen die Beschäftigungsschwelle des Wachstums gesenkt und dass insbesondere die Zusammenlegung von Arbeitslo-



gezeigt, dass eine aktive, vorausschauende Politik vorbauen kann für die Zukunft, dass sich aktives Handeln und richtige Weichenstellungen auszahlen. Nicht unbedingt in den medialen Schlagzeilen des nächsten Tages, aber prägend für die folgenden Jahre. Es kommt nicht von Ungefähr, was vor zehn Jahren noch als undenkbar erschien: dass Deutschland dem Rest Europas heute als Vorbild gilt.

### Deutschlands Erfolgsrezept: reale Wertschöpfung und eine starke industrielle Basis



Anteil der Industrie (ohne Bau) an der Bruttowertschöpfung, in Prozent

Quelle: Handelsblatt (Daten: Bloomberg, EU-Kommission)

## 02. WAS AUF UNS ZUKOMMT

Der Erfolg sollte uns nicht hochmütig machen. Die Lehren aus der Finanzmarktkrise sind trotz vieler Beteuerungen noch nicht gezogen. Instabilität und Vertrauensverlust, aber auch die Inanspruchnahme des Steuerzahlers für Fehler der Finanzakteure und die daraus wiederum folgende öffentliche Verschuldung dauern an. Mehr denn je zeigt sich: Diese Jahrhundertkrise ist mehr als ein Konjunkturereinbruch, und die Antwort darauf muss mehr sein als ein Konjunkturprogramm. Hinzu kommt: Die Schnelligkeit der globalen Veränderungen kennt keine Selbstverständlichkeiten. Der rasante Aufstieg Asiens setzt sich fort, während Europa darum ringt, seinen Zusammenhalt zu wahren.

Deutschland ist ein lebenswertes Land, ökonomisch stark, mit einer solidarischen Mehrheit in der Mitte der Gesellschaft. Doch niemand kann es sich leisten, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Niemand sollte der Illusion erliegen, durch Nichthandeln Bewährtes bewahren zu können. Und niemand sollte die Augen vor bestehenden Problemen und Risiken verschließen, deren Kenntnis die Voraussetzung für die berechtigte Hoffnung ist, dass wir es besser können – wenn wir nur etwas dafür tun.

Alarmismus und Schwarzmalerei sind fehl am Platz – und schlechte Ratgeber für eine Politik mit Sachverstand und Augenmaß. Doch bei allem berechtigten Optimismus

ist auch klar: Deutschland, Europa und die Welt stehen vor gewaltigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen, die nach politischen Antworten verlangen, wenn wir unsere Zukunft in die Hand nehmen wollen.

### Die Krise Europas gefährdet unseren Wohlstand

Die Folge der Finanzmarktkrise, die Schulden- und Bankenkrise, hat Europa fest im Griff. Die Risiken, die mit einer weiteren Abwärtsspirale aus Rezession, Arbeitslosigkeit und Verschuldung im Euroraum für die Arbeitsplätze und den Staatshaushalt bei uns verbunden sind, bleiben unkalkulierbar.

Im ersten Halbjahr 2012 schlitterte die Eurozone in die Rezession. Deutschland, das 2011 noch stark genug war, gegen den Trend zu wachsen, beginnt, den Sog der Abwärtsbewegung bei den Partnern zu spüren: Im zweiten Quartal lag das Wachstum nur noch bei 0,3 Prozent. Eine Volkswirtschaft, in der Wohlstand und Beschäftigung in hohem Maße exportabhängig sind, kann vom Schicksal Europas nicht unberührt bleiben. Wenn Franzosen, Engländer oder Italiener nicht mehr einkaufen, gehen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Baden-Würt-

temberg oder Nordrhein-Westfalen die Aufträge aus. Einem Exportland wie Deutschland kann es auf Dauer nur gut gehen, wenn es seinen Absatzmärkten in Europa wirtschaftlich gut geht. Wird die Rezessionsspirale in Europa nicht durchbrochen, ist außerdem die Rückzahlung der gewährten Hilfskredite in Gefahr. Mit Sparprogrammen allein wird es nicht gelingen, die Krise zu überwinden. Als Europäer müssen wir uns gemeinsam darum kümmern, die Realwirtschaft vor allem in den Schuldenländern zu stärken, um die betroffenen Volkswirtschaften wettbewerbsfähiger zu machen und Wachstum anzuregen.

Die Zukunft der europäischen Integration ist an einen historischen Wendepunkt gelangt. Was als Finanzmarktkrise begann und sich als Refinanzierungskrise mehrerer EU-Staaten fortsetzte, ist inzwischen zu einer Vertrauenskrise geworden, die die Europäische Union in ihrem Kern bedroht. Europa ist der einzige Kontinent, dessen Bevölkerungszahl in den nächsten Jahrzehnten weiter sinken wird. 1950 betrug der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung über 20 Prozent, im Jahr 2050 könnten es weniger als acht Prozent sein.

Diese Zahlen veranschaulichen, weshalb zur Selbstbehauptung Europas in der Welt die Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses auch im deutschen Interesse unverzichtbar ist. Nur wenn wir als Europäerinnen und Europäer mit einer Stimme sprechen, werden wir bei der globalen Bewältigung der Zukunftsaufgaben der Menschheit noch ein gewichtiges Wort mitreden können. Eine der größten Herausforderungen besteht darin, die ökonomische Krise zu überwinden, ohne die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für Europa zu verlieren.

### Der ungebändigte Finanzkapitalismus gefährdet unsere soziale Marktwirtschaft

Die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit war das Ergebnis eines Wirtschaftsmodells, in dem die Finanzmärkte zum Dreh- und Angelpunkt geworden sind. Es basierte auf dem Irrglauben einer wundersamen Geldvermehrung aus sich selbst heraus

– und auf einer Ideologie, wonach einzig der Verzicht auf Regeln und die Entfesselung der Marktkräfte die Chance auf wirtschaftlichen Erfolg garantiert. Dieses Modell des marktradikalen Laissez-faire, der unregulierten Finanzmärkte ohne ökonomische, soziale und ökologische Spielregeln, ist gescheitert. Unvorstellbar große Summen müssen von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern aufgebracht werden,

um die wirtschaftlichen Folgeschäden der Fehlentwicklungen zu begrenzen und einen Zusammenbruch des gesamten Weltwirtschaftssystems zu verhindern. Das Grundprinzip der Marktwirtschaft, wonach haftet, wer Risiken eingeht, wird so außer Kraft gesetzt: Gewinne werden privatisiert, Verluste hingegen sozialisiert.

Die selbstverschuldete Machtlosigkeit der Politik gegenüber dem Finanzkapital und die Undurchschaubarkeit der Finanzmärkte verunsichern die Menschen und gefährden das Ansehen demokratisch legitimierter Institutionen. Unregulierte Finanzmärkte gefährden die Realwirtschaft, den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie. Doch noch immer können die Verursacher der Krise weiter machen wie bisher.

### Die Wirtschaft steht vor einem enormen Strukturumbruch

Ein wesentlicher Grund für unseren Wohlstand ist Deutschlands starke industrielle Basis. Doch die deutsche Industrie steht vor grundlegenden Herausforderungen: Globalisierung, demografischer Wandel, Rohstoffverknappung, Klimawandel und technisch-wissenschaftlicher Fortschritt prägen den Strukturwandel. Eine zentrale Aufgabe der notwendigen Modernisierung besteht darin, die Ressourceneffizienz und Energieproduktivität so weit zu steigern, dass Wachstum vom Ressourcen-, Flächen- und Energieverbrauch weitgehend entkoppelt werden kann.

Die Energiewende, vor einem Jahrzehnt vorausschauend begonnen, droht heute im Chaos stecken zu bleiben. Der Umbau unseres Energiesystems hin zu einer sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Versorgung durch erneuerbare Energien ist eine gesamtgesellschaftliche Herkulesaufgabe für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Ihr Gelingen entscheidet nicht nur darüber, ob wir die Ziele zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes, zum Schutz des Weltklimas und für ein neues, nachhaltiges Wirtschafts- und Wachstumsmodell erreichen. Das Gelingen der Energiewende entscheidet über die zukünftige Stärke unserer Volkswirtschaft.

Die Modernisierung unseres Industriestandortes erfordert massive Investitionen in die Infrastruktur. Deutschland hat hier Nachholbedarf. Das gilt für den Ausbau der Energienetze ebenso wie für Investitionen in Kommunikationsnetze, in die bauliche Infrastruktur und die Verkehrsinfrastruktur, einschließlich Knotenpunkten und Engstellen wie Bahnkreuzen, Flughäfen, Seehäfen, Brücken und Tunnelbauwerken.

Hinter der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft stehen qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der demografische Wandel wird den Wettbewerb um Fachkräfte in den kommenden Jahren spürbar verschärfen. Der Mangel an qualifizierten Fachkräften kann

*»Das Ziel aller Maßnahmen bei der Regulierung des Finanz- und Bankensektors lautet: zurück zur Marktwirtschaft. Risiko und Haftung gehören in eine Hand.«*

*Sigmar Gabriel*

Finanzmärkte ohne ökonomische, soziale und ökologische Spielregeln, ist gescheitert. Unvorstellbar große Summen müssen von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern aufgebracht werden,

zu einem Engpass für die wirtschaftliche Entwicklung führen.

## Die Spaltung der Gesellschaft gefährdet das solidarische Miteinander

Die ökonomischen Ungleichheiten und sozialen Unsicherheiten in unserer Gesellschaft haben zugenommen. Dabei wirkt sich der Rückgang einfacher manueller Arbeit im Zuge der globalen Arbeitsteilung ebenso aus wie die fehlende Chancengleichheit im Bildungssystem. Instrumente der Arbeitsmarktreformen, die als Brücke in gesicherte Arbeit gedacht waren, wie Leiharbeit oder Minijobs, wurden als Drehtür missbraucht, um sozialversicherte Arbeitsplätze durch unsichere Jobs zu ersetzen. Schließlich ist es das aggressive Verhalten von Finanzinvestoren und Finanzvorständen, die überzogene Ziele der Kapitalrendite in gesunden Unternehmen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchsetzen, was die stagnierende Reallohnentwicklung mitverursacht.

Die Einkommensschere geht auseinander. Der Abstand zwischen oben und unten wächst. Die Angst vor dem sozialen Abstieg hat die Mitte der Gesellschaft erreicht. Viele haben die Hoffnung auf sozialen Aufstieg durch Leistung verloren und sorgen sich um die Zukunftschancen ihrer Kinder. Es besteht die Gefahr, dass immer mehr Menschen den Anschluss verlieren und vom wirtschaftlichen Aufschwung und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben abgekoppelt werden.

Obwohl die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Großteil des Wohlstandes unserer Volkswirtschaft hart erarbeiten, bekommen sie zu wenig vom Kuchen ab: Seit Jahren sinkt der Anteil der Löhne am Brutto sozialprodukt. Während Gewinne und Kapitaleinkünfte steigen, ist das inflationsbereinigte Lohnniveau in den letzten Jahren gesunken. Hohe Einkommen profitieren weit mehr vom Aufschwung als Geringverdiener.

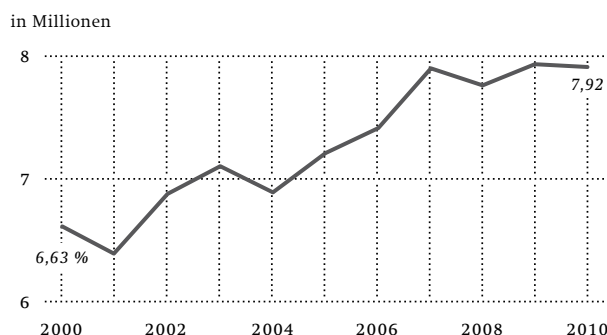
Der Arbeitsmarkt ist gespalten – in gute Arbeit und unsichere Beschäftigung, in Fachkräftemangel und noch immer zu hohe Langzeitarbeitslosigkeit. Obwohl immer mehr Menschen Arbeit finden, stagniert inzwischen die Zahl der Langzeitarbeitslosen wieder auf hohem Niveau. Deutschland hat insgesamt eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten in Europa, aber gleichzeitig einen zu hohen Anteil an Menschen, die keinen Einstieg finden.

Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind von Dumpinglöhnen und unsicherer Beschäftigung betroffen, von Befristungen, unfreiwilliger Teilzeit oder Leiharbeit. Fast 8 Millionen Menschen – ein Viertel aller abhängig Beschäftigten – werden mit Niedriglöhnen abgespeist. Viele Milliarden Euro gibt der Staat für ergänzende Transferleistungen aus, weil der Lohn nicht zum Leben reicht – und subventioniert damit unverantwortliches Lohndumping von Unternehmen. Ungleiche

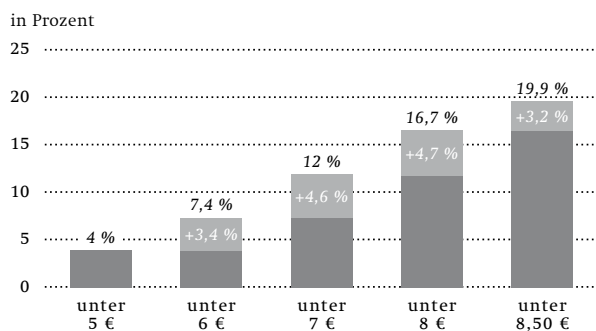
Bezahlung gleicher Arbeit verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen, ist aber für viele an der Tagesordnung. Ein Drittel der Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer verdient weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen aus der Stammbesellschaft. Frauen bekommen durchschnittlich 23 Prozent weniger Lohn als Männer. Und im Osten Deutschlands liegen die Löhne auch mehr als zwanzig Jahre nach der Vereinigung noch immer unter Westniveau.

## Niedriglöhne weit verbreitet

Die Zahl der Beschäftigten\* mit Niedriglöhnen betrug ...



Von allen Beschäftigten\* arbeiteten 2010 für einen Stundenlohn von ...



\*Inklusive Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie Rentnerinnen und Rentner

Quelle: IAQ 2012 © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Aber nicht nur die Einkommen sind in unserer Gesellschaft ungleich verteilt. Auch die Lebens- und Teilhabechancen sind es. Nicht Begabung und Leistung, sondern Herkunft entscheidet über Zukunft. Das ist eine fundamentale Verletzung von Freiheit und Gerechtigkeit. Die Fragen, die über die Bildungs- und Zukunftschancen von Kindern entscheiden, lauten: Welchen Bildungsabschluss haben die Eltern? Wie hoch ist ihr Einkommen? Hat die Familie eine Zuwanderungsgeschichte? In keinem vergleichbaren Land sind die Chancen auf höhere Bildung so abhängig von der sozialen Herkunft wie in Deutschland. Dabei ist gute Bildung die beste Garantie für gute Arbeit und erfolgreiche Integration. Noch haben wir in Deutschland einen starken Mittelstand. Eine Selbstver-

ständigkeit für die Zukunft ist das nicht. Schon heute gibt es beunruhigende Tendenzen der Entsolidarisierung

*»Wer sich selbst von ökonomischen Krisen bedroht fühlt, neigt eher zu Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit«*

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Soziologe, Autor der Langzeitstudie »Deutsche Zustände«

und wachsender Ressentiments, gegenüber Leistungsempfängern, gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Soziale Verunsicherung ist ein Nährboden für kulturelle Konflikte, für Fremdenfeindlichkeit

und antidemokratische Tendenzen. Die drohende soziale Spaltung unserer Gesellschaft gefährdet den sozialen Frieden, das solidarische Miteinander, die Lebensqualität und die Demokratie in unserem Land.

### Die Bildungsmisere gefährdet Zukunftschancen

Bildung ist der Schlüssel für die Lebens- und Teilhabechancen jedes und jeder einzelnen, für individuelle Freiheit und für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Auch der Zugang zu guter Arbeit, erfolgreiche Integration von Zugewanderten und die Sicherung der Fachkräftebasis unserer Volkswirtschaft setzt mehr denn je erstklassige Bildung voraus.

Doch der Ausbau einer qualitativ hochwertigen Bildungsinfrastruktur hinkt noch immer dem Bedarf hinterher. Nach dem Investitionsschub bei Kitas, Ganztagschulen und Studienplätzen, den die SPD im letzten Jahrzehnt angestoßen hat, ist der Ausbau vielerorts ins Stocken geraten. Angespannte Kassen in Ländern und Kommunen führen in Verbindung mit dem so genannten Kooperationsverbot im Grundgesetz, das Bund und Ländern die Zusammenarbeit in zentralen Bildungsfragen untersagt, zu politischen Handlungsblockaden. Das für 2013 vorgesehene Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag ist in Gefahr. Der Bedarf an besserer, individueller Förderung von Kindern in Ganztagschulen ist größer als das Angebot. Und die Zahl der Studierwilligen übersteigt noch immer die Zahl der verfügbaren Studienplätze.

### Der demografische Wandel verändert unsere Gesellschaft

Der demografische Wandel verändert die Art und Weise, wie wir in unserer Gesellschaft zusammenleben. Drei Trends prägen die Zukunft des Miteinanders in unserem Land:

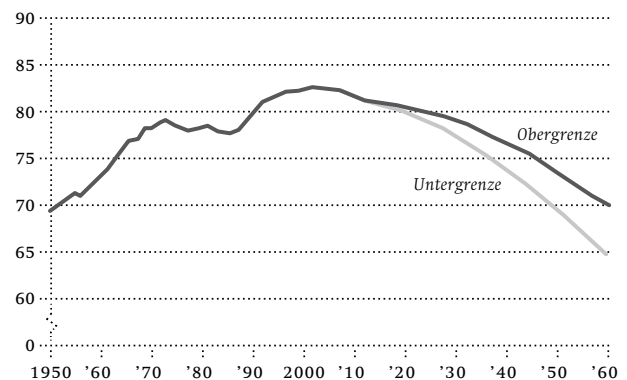
- Erstens werden wir weniger. Seit Anfang der 1970er Jahre werden in Deutschland weniger Kinder geboren, als es für eine gleichbleibende Bevölkerungszahl notwendig wäre. Bis 2060 wird die Einwohnerzahl Deutschlands weiter sinken – von derzeit rund 82 auf ca. 65 bis 70

Millionen Menschen. Der Rückgang betrifft vor allem auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und Mitte 60. Sie schrumpft in den nächsten vier Jahrzehnten dramatisch von rund 50 auf etwa 36 Millionen – rund fünf Millionen weniger als heute erwerbstätig sind.

- Zweitens verdanken wir es dem medizinischen Fortschritt, dass wir immer länger leben. Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt in allen Altersgruppen. Damit wird sich die Altersstruktur unserer Gesellschaft verändern. Heute ist einer von drei Menschen älter als 65 Jahre. 2060 werden es zwei von drei sein.

### Die Bevölkerungszahl in Deutschland von 1950 bis 2060

Millionen Personen



Quelle: Statistisches Bundesamt (ab 2009 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung)

Das bedeutet auch: Die Zahl der Rentenbezieherinnen und Rentenbezieher nimmt zu, die Dauer des Rentenbezugs wird länger. Mit einer zunehmenden Zahl von Menschen im hohen Lebensalter steigt der gesellschaftliche Bedarf an Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen. Mit einer abnehmenden Zahl an Erwerbspersonen schrumpft das Fachkräftepotenzial unserer Volkswirtschaft. Weniger Beitrags- und Steuerzahler müssen für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und unseres Gemeinwesens sorgen.

- Drittens werden wir »bunter«. In unserer heutigen Gesellschaft leben immer mehr Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Die Formen des Zusammenlebens werden vielfältiger. Lebensweisen, Familienformen und Rollenmuster verändern sich. Familien werden kleiner und mobiler. Immer häufiger leben Eltern ohne Trauschein zusammen. Trennungen werden häufiger. Es gibt mehr Alleinerziehende, aber auch mehr Paare, die kinderlos bleiben. Die Menschen wechseln häufiger den Wohnort. Familiäre Bindungen und nachbarschaftliche Beziehungen werden flexibler. All das stellt große Anforderungen auch an die Politik, gute Rahmenbedingungen zu

schaffen, um hohe Lebensqualität, ein gelingendes Miteinander und einen stabilen Sozialstaat in einer sich verändernden Gesellschaft zu bewahren — kurz: den demografischen Wandel zu gestalten.

## Die Verschuldung gefährdet die Handlungsfähigkeit des Staates

Vor diesem Hintergrund wiegt es doppelt schwer, dass Deutschland schon heute mit mehr als zwei Billionen Euro verschuldet ist. Die Schuldenquote beträgt — auch als Folge der Finanzmarktkrise — über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Schuldendienst ist nach den Ausgaben für Soziales der zweitgrößte Ausgabenposten im Bundeshaushalt. Steigende Verschuldung erdrosselt die Haushalte, erhöht die Abhängigkeit der Demokratie von den Finanzmärkten und schränkt die Möglichkeiten ein, Zukunftsaufgaben zu finanzieren. Und sie ist eine Bürde für kommende Generationen, die ohnehin zusätzliche Lasten (beispielsweise der demografischen Verschiebungen) zu tragen haben.

In der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts war es unter sozialdemokratischer Verantwortung fast gelungen, den Bundeshaushalt auszugleichen. Einzig die notwendigen Ausgaben zur Stützung der Konjunktur und zur Rettung von Banken im Zuge der Wirtschaftskrise 2008/09 haben dies verhindert. Die gegenwärtige Schuldenkrise in der Eurozone zeigt nun mit neuer Dringlichkeit, dass die Neuverschuldung reduziert werden muss — wie es die Schuldenregel im Grundgesetz vorschreibt. Nur so lässt sich die Handlungsfähigkeit des Staates dauerhaft sichern.

Dies gilt für alle Ebenen unseres Gemeinwesens und in besonderer Weise auch für die Kommunen: Städte, Gemeinden und Landkreise gewährleisten die öffentliche Daseinsvorsorge, erfüllen vielseitige Aufgaben zum Schutz der Gesellschaft und sorgen für gleichwertige Lebensverhältnisse. Als Bürgerinnen und Bürger brauchen wir starke Kommunen. Fakt ist aber, dass die finanzielle Situation der Kommunen in vielen Regionen extrem angespannt ist. Mit der Folge, dass Dienstleistungen gestrichen, Schwimmbäder geschlossen, Schulen nicht renoviert und die Schlaglöcher auf den Straßen nicht gestopft werden. All das geht zu Lasten der unmittelbaren Lebensqualität bei uns vor der Haustür.

## Die Demokratie befindet sich in der Vertrauenskrise

Die Demokratie ist die Ordnung der Freiheit. Unsere in Jahrzehnten erprobte Demokratie des Grundgesetzes funktioniert. Und doch ist im Verhältnis vieler Bürgerinnen und Bürger zur staatlichen Ordnung, zu Politikerinnen und Politikern sowie zu den demokratischen Partei-

en ein Vertrauensverlust zu registrieren, der Beachtung sucht und auf Veränderung dringt. Wachsende soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit, scheinbar »alternativlose« Sachzwänge und mangelnde Teilhabe großer Teile der Bevölkerung am wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt haben auch in unserer Gesellschaft die Distanz zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den demokratischen Institutionen wachsen lassen. Der globale Finanzkapitalismus beginnt die Demokratien zu untergraben, wenn Finanzakteure im Verlustfall Staat und Steuerzahler erpressen, wenn Politiker und Parlamente nur noch als Getriebene der Finanzmärkte erscheinen.

Symptome sind eine sinkende Wahlbeteiligung, der Mitgliederschwund politischer Parteien und offen geäußerte Politikverdrossenheit, aber auch die Verbreitung rechtsextremer, rassistischer oder menschenverachtender Einstellungen.

Nur etwa 50 bis 60 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind mit der Demokratie zufrieden. Im Gegenzug entstehen neue Formen des Protests. Es wächst der Wunsch, in der Politik auch außerhalb von Parteien mitzureden. Das Internet hat eine völlig neue Welt der freien Meinungsäußerung, der Willensbildung und der politischen Mobilisierung eröffnet. Sucht der enttäuschte Souverän nach anderen Mitteln und Wegen, um zu zeigen, dass »alle Macht vom Volke« ausgeht? Mehr als 80 Prozent der Menschen wünschen sich größere Beteiligungsmöglichkeiten und mehr Mitsprache bei politischen Entscheidungen.

*»Die Zinszahlungen aller Ebenen des Staates betragen schon heute über 60 Milliarden Euro jährlich – da wird Vergangenheit zulasten der Zukunft finanziert.«*

Peer Steinbrück

*»Wir alle haben nichts von dieser Distanz zwischen Regierenden und Regierten. Meine Bitte an beide, an Regierende wie Regierte, ist: Findet Euch nicht ab mit dieser zunehmenden Distanz.«*

Bundespräsident Joachim Gauck



## 03. WORAUF ES ANKOMMT

Wir dürfen vor den Problemen nicht die Augen verschließen. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass eine Bundesregierung von den Früchten vergangener Reformen zehrt und sich auf Kosten der Zukunft an der Macht hält. Hochmut, der nur auf die Momentaufnahme fixiert ist, kommt vor dem Fall. Schon einmal

*Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass eine Bundesregierung von den Früchten vergangener Reformen zehrt und sich auf Kosten der Zukunft an der Macht hält.*

war eine schwarz-gelbe Regierung in Deutschland der Meinung, sie müsse nichts tun. Das hatte den Reformstau der 1990er Jahre zur Folge, mit den bekannten Negativrekorden bei der Arbeitslosigkeit. Zu unseren größten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kräften gehört eine selbstbewusste Mitte der Gesellschaft. Eine Arbeitnehmermitte, die von ihrer Arbeit leben kann. Eine Mehrheit von solidarisch empfindenden Bürgerinnen und Bürgern, die Risiken gemeinsam schultern und die Zukunft gemeinsam gestalten möchte. Diese Mitte wollen wir stärken.

Dafür brauchen wir eine neue Idee von Fortschritt. Eine solidarische Gesellschaft, die individuelle Freiheit mit gemeinsamer Verantwortung verbindet. In der wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt mit individuellem Wohlstand, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Teilhabe Hand in Hand geht. Es geht um die Erneuerung des inneren Zusammenhalts unserer Gesellschaft, der Art unseres Wirtschaftens und der Grundlagen unserer Demokratie.

### Gerechtigkeit und Zusammenhalt

Wir dürfen uns nicht spalten lassen. Uns leitet die Vision einer gerechten Gesellschaft – einer Gesellschaft, die auch unter sich verändernden Rahmenbedingungen ihren inneren Zusammenhalt bewahrt und die versteht, dass aus gesellschaftlicher Solidarität und sozialer Verantwortung Vertrauen, Zuversicht und Lebensqualität erwachsen. Eine gerechte Ordnung stärkt sowohl die Freiheit der Menschen als auch die Bindekräfte der Ge-

sellschaft. Sie befördert individuelle Selbstbestimmung ebenso wie gesellschaftliches Miteinander. Deshalb messen wir jeden politischen Zukunftsentwurf an der Frage der Gerechtigkeit.

### Gleiche Chancen und gute Bildung

Gerechtigkeit heißt: gleiche Chancen. Gleiche Chancen für alle Kinder, gute Bildungsabschlüsse zu erreichen. Gleiche Chancen für Frauen und Männer, ihre Lebenspläne zu verwirklichen. Gleiche Chancen für Hiergeborene und Einwanderer, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Lebenswege dürfen nicht von vorneherein festgelegt sein. Alle müssen ihre individuellen Fähigkeiten und Neigungen entwickeln und entfalten können.

Wir wollen das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern und dafür sorgen, dass Leistung wieder zu gerechter Teilhabe führt. Die soziale Herkunft darf nicht über die Zukunft von Menschen entscheiden. Dafür brauchen wir eine gute Bildungsinfrastruktur mit hervorragend ausgebildeten Pädagogen und mit der nötigen Zeit, um alle Kinder individuell zu fördern. Dafür müssen alle staatlichen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – in einem gemeinsamen Kraftakt zusammenarbeiten. Bildung ist der Schlüssel für persönliche Autonomie, für gute Arbeit und erfolgreiche Integration.

### Gleiche Teilhabe und gute Arbeit

Gerechtigkeit heißt: gleiche Teilhabe. Gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben setzt gute Arbeit voraus. Frauen müssen die gleichen Karrieremöglichkeiten haben wie Männer, ohne Steine im Weg und ohne gläserne Decken über dem Kopf. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen ebenso wie Migrantinnen und Migranten die gleichen Beschäftigungschancen.

Wer arbeitet, muss davon leben können. Leistung muss sich lohnen. Wer gleiche Arbeit leistet, muss dafür den gleichen Lohn bekommen: Frauen genauso wie Männer, Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer genauso wie ihre Kolleginnen und Kollegen aus der Stammbesetzung.

schaft, Arbeitnehmer im Osten genauso wie im Westen. Arbeit muss Anerkennung bedeuten, nicht Ausbeutung. Sie muss Sicherheit geben und Planbarkeit ermöglichen. Dafür brauchen wir eine neue Ordnung für Arbeit, die die Spaltung des Arbeitsmarktes überwindet. Gerechtigkeit heißt, niemanden zurückzulassen. Wer gescheitert ist, braucht eine zweite Chance. Mit Schul- und Ausbildungsabbrüchen, mit Armut und Langzeitarbeitslosigkeit finden wir uns nicht ab.

### *Gleiche Freiheit und gutes Leben*

Gerechtigkeit heißt: gleiche Freiheit. Echte Freiheit setzt nicht nur Rechte voraus, sondern auch die Freiheit von unwürdigen Abhängigkeiten und die reale Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Uns leitet die Idee der Emanzipation des Menschen durch gleiche Bildungschancen und gute Arbeit. Bildung und Arbeit sind die wesentlichen Voraussetzungen für echte Selbstbestimmung und ein gutes Leben.

Selbstbestimmung braucht Rahmenbedingungen, die es Menschen ermöglichen, ihr Leben so zu leben, wie sie es sich wünschen. Wir müssen die demografische Entwicklung als Chance begreifen und den Wandel gestalten, um die Voraussetzungen für ein gutes Leben zu schaffen – und für ein gelingendes Miteinander der Geschlechter, der Kulturen, der Generationen.

Wir wollen, dass Frauen und Männer die nötige Unterstützung bekommen, um Familie und Beruf, Leben und Arbeiten, unter einen Hut zu bekommen. Familien brauchen mehr Souveränität über ihre Zeit. Wir wollen Älteren ermöglichen, länger aktiv zu bleiben und Mitverantwortung zu übernehmen. Wir wollen, dass sich alle Menschen in unserem Land zu Hause fühlen können. Wer bei uns lebt, gehört zu uns. Wer zu uns gehört, soll mitbestimmen und teilhaben können – mit gleichen Rechten und Pflichten.

### *Solidarischer Lastenausgleich*

Gerechtigkeit heißt: starke Schultern tragen mehr als Schwache, und alle Schultern zusammen tragen nicht mehr, als sie leisten können. Deswegen wollen wir, dass die Verursacher der Finanzmarktkrise auch für die Schäden aufkommen. Mit einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene kommen wir dabei einen großen Schritt voran. Wir wollen für mehr Gerechtigkeit im Steuersystem sorgen. Wir werden die von Schwarz-Gelb vorangetriebene Entsolidarisierung im Gesundheits- und Pflegesystem stoppen und die gute Versorgung als soziales Recht für alle Bürgerinnen und Bürger durchsetzen. Mit einer solidarisch finanzierten Bürgerversicherung werden wir Gesundheit und Pflege auf eine gerechte, solide und zukunfts feste Grundlage stellen.

## Wohlstand und Nachhaltigkeit

Das Versprechen auf technischen und wirtschaftlichen Fortschritt zum Wohle aller Menschen erfährt zunehmend radikale Kritik. Zu groß sind die Krisen der sozialen Spaltung und zu groß die Risiken unwiderruflicher ökologischer Schäden des Planeten. Mit phantasielosen Parolen vom »Wachstum XXL« gießen Unbelehrbare noch Öl ins Feuer. Wir brauchen ein neues Modell von Wachstum und Wohlstand, um das uneingelöste Versprechen des Fortschritts wieder glaubwürdig zu machen. Wir brauchen einen Richtungswechsel: Zu einem Wachstum, an dem mehr Menschen teilhaben, durch gute Arbeit und gerechte Löhne, und das den starken Außenhandel mit einem stärkeren Binnenmarkt verbindet. Zu einem Wachstum, das weniger auf spekulativen Finanzhandel, stärker aber auf langfristige Investitionen und reale Wertschöpfung setzt. Zu einem Wachstum, das den Raubbau an natürlichen Ressourcen zurückführt und auf eine hoch effiziente und erneuerbare Energiebasis gestellt ist. Zu einem Modell von Wohlstand, das auf Dauer und global tragfähig ist.

*Wir brauchen ein neues Modell von Wachstum und Wohlstand, um das uneingelöste Versprechen des Fortschritts wieder glaubwürdig zu machen. Dafür bedarf es eines Richtungswechsels.*

### *Eine Strategie für Vollbeschäftigung*

Selbstbestimmung und Existenzsicherung durch eigene Arbeit ist unser Leitbild. Die Erfahrung zeigt uns, dass wir Arbeitslosigkeit nicht nur bekämpfen, sondern auch besiegen können. Gewonnen haben wir dabei erst dann, wenn die Qualität der Beschäftigung wirklich existenzsichernd ist und sozialen Aufstieg ermöglicht. Das ist unser Verständnis einer Vollbeschäftigungsstrategie.

Vollbeschäftigung in diesem Sinne zu erreichen, ist die zentrale Herausforderung des vor uns liegenden Jahrzehnts, um das Ziel einer gerechten Gesellschaft zu verwirklichen. Dafür müssen wir alle Politikbereiche auf den Fokus einer Vollbeschäftigungsstrategie ausrichten – von der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik über die Integrations-, Familien- und Gleichstellungspolitik bis zur Innovations- und Wirtschaftspolitik. Der zentrale Ansatz muss sein, alle Potenziale gut ausgebildeter Menschen zu nutzen, die Spaltung des Arbeitsmarktes in Langzeitarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel zu bekämpfen und auch neue Erwerbsformen, kreative, selbständige Arbeit mit häufigen Wechseln so zu vergüten und abzusichern, dass sie echte Selbstbestimmung ermöglichen.

*Gewonnen haben wir erst, wenn Arbeit sozialen Aufstieg ermöglicht.*

## *Innovative Industriepolitik und Energiewende*

Deutschlands große Stärken in der Produktion wollen wir für die Zukunft fortentwickeln. Im »Deutschlandplan« von Frank-Walter Steinmeier hieß es 2009: Deutschland kann mit innovativer Produktion zum »Ausrüster der Welt von morgen« werden, für ökologische Nachhaltigkeit, neue Energiequellen, Klimaschutz, Gesundheit, Mobilität, Kommunikation.

*Jeder dritte Arbeitsplatz in Deutschland hängt an der industriellen Wertschöpfung.* Darauf setzen wir. Fast jeder dritte Arbeitsplatz in unserem Land hängt heute an der industriellen Wertschöpfung, und diese Wertschöpfung macht ein Viertel unseres Bruttoinlandsproduktes aus. Die Wirtschaft der Zukunft braucht allerdings eine Industrie der Zukunft. Schlüsselfaktoren sind hochwertige Arbeit, steigende Ressourcenproduktivität, dichte Wertschöpfungsketten von den Grundstoffindustrien bis zu komplexen High-Tech-Anwendungen, gut funktionierende Verbünde zwischen großen, mittleren und kleinen Unternehmen, zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, zwischen Dienstleistungen und Produktion, zunehmend auch auf europäischer Ebene.

Wir wollen eine koordinierte Investitionspolitik, die sich an Leitmärkten und Zukunftstechnologien orientiert. Wir wollen ein Impulsprogramm für die Modernisierung der Infrastruktur – von den dringend benötigten Energienetzen über den Breitbandausbau bis zum Verkehr. Wir brauchen die steuerliche Forschungsförderung. Wir müssen die Finanzierungsbedingungen des Mittelstands verbessern. Wir brauchen zwingend eine bessere politische Steuerung der Energiewende, damit der Umbau zu einer sicheren, nachhaltigen und bezahlbaren Energieversorgung gelingt. Planungs- und Investitionssicherheit, ein stabiler Netzbetrieb und ein hohes Maß an Versorgungssicherheit müssen wieder zum Kennzeichen deutscher Energiepolitik werden. Zubau Erneuerbarer und Netzausbau müssen Hand in Hand gehen. Strompreise müssen bezahlbar bleiben, und Effizienzgewinne müssen Kostensenkungen möglich machen.

## *Moderne Dienstleistungspolitik*

Der oft bemühte Gegensatz zwischen Industrie und Dienstleistungen ist von gestern. So wie die Industrie ein Wertschöpfungskern ist, der viele angeschlossene Dienstleister beschäftigt, so braucht die innovative Produktion das Geflecht von wissensbasierten Dienstleistungen oder Logistikleistungen. Wir wissen, dass in den Dienstleistungen ein enormes Beschäftigungspotenzial schlummert. Dazu zählen zunehmend die Bereiche Betreuung, Bildung, Gesundheit und Pflege. Wir wollen

eine Dienstleistungspolitik, die die Arbeit von Menschen für Menschen fördert, entwickelt und wertschätzt. Soziale Dienstleistungen werden zu einem großen Teil aus öffentlichen Mitteln oder aus Mitteln der Sozialversicherungen bezahlt. Ihre Finanzierung muss auf einer stabilen Grundlage stehen.

## *Verkehrsregeln für die Finanzmärkte*

Wir wollen die Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft. Finanzdienstleistungen sind dabei ein entscheidender Faktor. Sie müssen sich allerdings verändern und auf Nachhaltigkeit angelegt sein. Der Finanzsektor muss seine Aufgabe als Dienstleister der Realwirtschaft erfüllen. Durch effektive Regulierung wollen wir Spekulationen eindämmen und schädliche Finanzprodukte, die unkalkulierbare Risiken bergen, verbieten. Wir müssen zu einer klareren Trennung von Investment- und Geschäftsbanking kommen und die Vernetzung der Banken reduzieren. Auch die Finanztransaktionssteuer kann und soll stabilisierend wirken und etwa den Hochfrequenzhandel eindämmen. Generell gilt, dass Risiko und Haftung wieder zusammengeführt werden müssen und dass Banken selbst für die Krisenvorsorge aufkommen müssen. Peer Steinbrück wird dazu ein umfassendes Konzept vorlegen.

## *Konsolidierung und Zukunftsinvestitionen*

Sparen ist kein Selbstzweck, aber öffentliche Haushalte, die im Gleichgewicht sind, schaffen Vertrauen und bieten Gewähr dafür, dass der Staat in die Zukunft investieren kann. Unser Haushalts- und Finanzkonzept setzt auf Seriosität und Ehrlichkeit. Aus Gründen der Gerechtigkeit und der Handlungsfähigkeit wollen wir Spitzeneinkommen, Kapitalerträge und Vermögen höher besteuern und stärker in die Finanzierung unserer Zukunft einbeziehen. Zugleich streichen wir Subventionen und achten darauf, dass die öffentlichen Ausgaben auf klare Prioritäten gerichtet sind: für Bildung, für Infrastruktur, für starke Kommunen.

## *Demokratie und Beteiligung*

Wir müssen eine größere Nähe zwischen Regierenden und Regierten, zwischen Politik und Bevölkerung herstellen und das Vertrauen der Menschen in unsere parlamentarische Demokratie zurückgewinnen. Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates gegenüber anonymen Märkten und in die Gestaltbarkeit einer gerechten Ordnung in der Gesellschaft. Das Vertrauen, dass Politikerinnen und Politiker dem Gemeinwohl dienen – und nicht parteipolitischen Klientel- oder einflussrei-



chen Lobbyinteressen. Das Vertrauen, sich mit Sorgen, Wünschen, Hoffnungen Gehör verschaffen zu können. Das Vertrauen, dass Demokratie mehr bedeutet, als alle vier Jahre wählen zu gehen.

### *Parlamente stärken, Partizipation ermöglichen, Transparenz erhöhen*

Wir wollen die parlamentarische Demokratie stärken. Dazu gehören selbstbewusste und respektierte Institutionen unserer repräsentativen Demokratie. Aber ergänzend gehören dazu auch neue direkte Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, vom Mitreden bis zum Mitentscheiden: Volksentscheide auf Bundesebene, die frühe Einbeziehung in die Planung von Großprojekten wie Flughäfen oder Stromtrassen genauso wie neue Dialog- und Partizipationsangebote über das Internet. Dazu gehört auch mehr Transparenz politischer Entscheidungsprozesse, um Nachvollziehbarkeit und Verantwortlichkeit zu gewährleisten.

Wir wollen direkte Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der Gesetzgebung auf Bundesebene. Dabei müssen wir dafür Sorge tragen, dass direkte Demokratie und politische Beteiligungsangebote nicht mit ungleichen Chancen auf Mitsprache verbunden sind. Es kommt darauf an, die gleiche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an der Demokratie zu stärken. Mitreden darf nicht zum Privileg professioneller organisierter Lobbyisten, höher Gebildeter, besser Verdienender oder stärker Onlineaffiner werden. Wir wollen den Bundestag zu einem zentralen Ort der gesellschaftlichen Diskussion und Partizipation machen. Wir wollen, dass unser Parlament viel stärker noch zu einem öffentlichen Ort des Austausches und der Überzeugung durch Argumente wird.

### *Primat der Politik zurückgewinnen*

Vertrauen in die Demokratie setzt das Vertrauen in die Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit politischer Institutionen voraus. Deshalb wollen wir das Primat der

Politik für die Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen. Die Neuordnung der Finanzmärkte ist ein Demokratieprojekt. Es geht darum, die Demokratie gegen die Maßlosigkeit und Zügellosigkeit der Märkte zu verteidigen. Es geht um die Stärkung des Gemeinwohls durch soziale und ökologische Spielregeln für die Marktwirtschaft.

### *Mehr Demokratie in der Wirtschaft*

Wir wollen die betriebliche Mitbestimmung und die Mitbestimmung in Unternehmen stärken. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist ein wichtiger Erfahrungsraum für Demokratie. Sie schafft demokratische Kontrolle von Unternehmensführungen und schränkt Missbrauch ein. Die Mitbestimmung zu stärken, vor allem bei zentralen unternehmerischen Entscheidungen, ist auch eine wichtige Lehre aus der Krise.

### *Mehr Demokratie in Europa*

Eine weitere Lehre aus der Krise besteht in der Erkenntnis, dass mehr Demokratie und Transparenz auf europäischer Ebene zentrale Zukunftsaufgaben sind. Jede weitere Souveränitätsabgabe der nationalen Ebene an die Europäische Union muss mit einem Kompetenzzuwachs des Europäischen Parlaments verbunden sein. Wir wollen die Demokratie als konstitutiven Teil des europäischen Gesellschafts- und Sozialmodells stärken.

*»Wir brauchen im Plenum große Debatten zu den Fragen, die eine große politische Relevanz haben für das Leben der Menschen in diesem Land.«*

*Thomas Oppermann*



# III. WAS WIR TUN WOLLEN – UNSERE IDEEN

---

Mit den Ergebnissen des »Projekts Zukunft – Deutschland 2020« legt die SPD-Bundestagsfraktion Bausteine für ein Modernisierungsprogramm für unser Land vor. Wir stellen dem schwarz-gelben Reformstau solide Konzepte zu zentralen Zukunftsfragen entgegen.



# 01. NEUER KONSENS FÜR EINE MODERNE INFRASTRUKTUR

*Wir wollen die Infrastruktur in Deutschland modernisieren und die Bürgerinnen und Bürger früh und umfassend an der Planung beteiligen. Deshalb entwickeln wir den neuen Konsens für eine moderne Infrastruktur.*



Als starker Industriestandort ist Deutschland auf eine leistungsfähige Infrastruktur angewiesen. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für Arbeitsplätze, Wohlstand und Lebensqualität. Deutschland hat hier einen enormen Investitionsbedarf. Wir müssen in die Modernisierung und den Ausbau der Energie- und Kommunikationsnetze sowie der Verkehrswege investieren. Das kann allerdings nicht über die Köpfe der Menschen hinweg gelingen. Wir wollen deshalb einen gesellschaftlichen Konsens darüber erreichen, welche Infrastruktur wir brauchen und wie wir sie finanzieren.

## UNSERE ZIELE

*Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig an der Planung neuer Infrastrukturvorhaben beteiligen und damit diese Vorhaben zugleich beschleunigen.*

*Wir wollen die Energiewende voranbringen und dafür eine bezahlbare, sichere und umweltschonende Energieinfrastruktur bereitstellen. Der Neubau von Energieleitungen soll auf das notwendige Maß beschränkt werden.*

*Mit einem Nationalen Verkehrswegeprogramm, in das 80 Prozent der Neu- und Ausbaumittel fließen, werden wir rasch die Engpässe an hoch belasteten Verkehrsachsen beseitigen. Wir wollen mehr Verkehr auf Schiene und Binnenschiff bringen und Staus verringern.*

*Wir wollen eine flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen sicherstellen. Neben einer Breitbandgrundversorgung für alle Nutzerinnen und Nutzer, die über einen Universaldienst sichergestellt werden soll, werden wir auch den weiteren privatwirtschaftlichen Ausbau der Hochgeschwindigkeitsnetze vorantreiben.*

*Wir werden die Städtebauförderung finanziell besser ausstatten und durch einen Investitionspakt mit den Ländern dafür sorgen, dass Gemeindestraßen und öffentliche Nahverkehrsinfrastruktur weiter angemessen vom Bund gefördert werden.*

# UNSER LAND HEUTE



## Deutschland braucht eine moderne Infrastruktur

Deutschland ist ein starker Industriestandort mit hoher Exportquote und einer breiten Technologieführerschaft.

*Eine moderne Infrastruktur ist das Nervensystem einer Wirtschaft, die hochwertige Arbeitsplätze und Wohlstand schafft.*

Zentral für diesen Erfolg ist eine leistungsfähige Infrastruktur. Sie ist das Nervensystem einer Wirtschaft, die hochwertige Arbeitsplätze und Wohlstand schafft. Eine leistungsfähige Infrastruktur führt zu mehr wirtschaftlicher Effizienz und damit zu geringeren Preisen. Sie schafft Lebensqualität.

Hier von profitieren alle, Unternehmen wie auch Verbraucherinnen und Verbraucher.

Deutschland steht heute inmitten eines historischen Strukturwandels. Der Fortschritt von neuen Technologien, globaler Vernetzung, Energiewende und Klimaschutz stellt an unsere Infrastruktur noch nie dagewesene Herausforderungen. Um diesen fundamentalen Wandel zu meistern, brauchen wir eine aktive Infrastrukturpolitik.

Schon heute kommen zahlreiche unverzichtbare Projekte nur schleppend in Gang. Deutschland leidet unter einer Investitionslücke.

Wir müssen in die Modernisierung und den Ausbau der Energie- und Kommunikationsnetze sowie der Verkehrswege investieren. Dafür brauchen wir einen neuen Infrastrukturkonsens.

## Infrastruktur braucht Beteiligung und Akzeptanz

Ein so umfassender Wandel ist nicht ohne, geschweige denn gegen die Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Neue Infrastrukturvorhaben brauchen die Akzeptanz der Menschen. Sie dürfen nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg durchgesetzt werden.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen bei Bauvorhaben wie Verkehrswegen oder Energietrassen künftig frühzeitig und umfassend beteiligt werden. Eine verbindliche

und frühzeitige Bürgerbeteiligung trägt dazu bei, mögliche Konflikte frühzeitig zu entschärfen. Mehr Bürgerbeteiligung steht nicht im Widerspruch zu kurzen Planungs- und Bauzeiten, im Gegenteil: Breite Akzeptanz von Bauvorhaben sichert deren rasche Umsetzung.

## Die Energiewende braucht eine bezahlbare, sichere und umweltfreundliche Energieinfrastruktur

Wir wollen erreichen, dass 2050 bei der Energieversorgung in Deutschland keine Treibhausgase mehr freigesetzt werden. Dazu muss die Energieversorgung auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Dies ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, sondern stärkt auch die Wettbewerbsposition und die Vorreiterrolle Deutschlands als Hochtechnologiestandort und Exportland. Wir sichern und schaffen damit Arbeitsplätze.

Nicht nur die Energieerzeugung muss umgestaltet werden. Auch die Energie-Infrastruktur muss um- und ausgebaut werden. Denn die Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien, die die Kohle- und Atomkraftwerke ersetzen sollen, stehen bisher überwiegend in ländlichen Regionen und künftig zunehmend »off shore« auf hoher See. Der Großteil der Verbraucherinnen und Verbraucher findet sich aber an Industriestandorten im Süden und Westen Deutschlands. Dorthin muss der Strom transportiert werden. Dafür brauchen wir Übertragungsnetze, die Elektrizität über weite Strecken leiten, aber auch Verteilnetze, die den Strom vor Ort aufnehmen und weitergeben.

Neue Stromleitungen sind grundsätzlich billiger als neue Kraftwerke. Sie werden aber von vielen als Beeinträchtigung von Landschaft und Lebensqualität empfunden. Deshalb muss der Bedarf an neuen Leitungen so weit wie möglich reduziert werden. Die Netzplanung und die Planung neuer Erzeugungsanlagen müssen viel stärker als bisher aufeinander abgestimmt werden, damit Strom aus erneuerbaren Energien möglichst dort erzeugt wird, wo er verbraucht wird.



Der Staat darf sich nicht, wie es unter der derzeitigen Bundesregierung geschieht, beim Ausbau der Energienetze auf die Rolle des Zuschauers beschränken. Die Energiewende braucht stabile und über Wahlperioden hinaus verlässliche politische Rahmenbedingungen. Diese zu schaffen, ist Aufgabe der Politik.

### Deutschlands Verkehrspolitik braucht neue Prioritäten

Auch im Bereich der Verkehrswege sind wir mit gewaltigen Herausforderungen konfrontiert: Kapazitätsengpässe und Staus infolge wachsenden Güterverkehrs, Verkehrslärm, Verfehlen der Klimaschutzziele, Verfall der Infrastruktur durch fehlende Unterhaltung.

Deshalb muss mehr Geld in die Verkehrsinfrastruktur fließen. Das macht aber nur Sinn, wenn zuvor zentrale Bereiche der Verkehrspolitik einer grundlegenden Reform unterzogen werden. Deutschland braucht eine umfassende Modernisierung der Planung, Durchführung und Finanzierung von Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Es müssen die richtigen Prioritäten gesetzt werden.

Aus Umwelt- und Klimaschutzgründen ist es erforderlich, mehr Verkehr auf Schiene und Binnenschiff zu bringen. Das Schienennetz stößt aber auf vielen Korridoren schon heute an seine Kapazitätsgrenze. Hier sind dringend Investitionen nötig, insbesondere in den Ausbau der Güterverkehrsstrecken und der Verkehrsknoten. Gleichzeitig muss der Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner verbessert werden. Auch die Bundeswasserstraßen brauchen eine angemessene finanzielle Ausstattung

### Deutschland braucht schnelles Internet – für alle und überall

Der Handlungsbedarf beim Breitbandausbau in Deutschland ist groß. Viele ländliche Regionen sind nach wie vor von schnellen Internetverbindungen abgeschnitten. Die

Bundesregierung hat bereits ihre Zielsetzung verfehlt, bis Ende 2010 eine flächendeckende Breitbandgrundversorgung von mindestens einem Mbit/s zu schaffen. Mit einer drohenden Verschärfung der digitalen Spaltung dürfen wir uns nicht abfinden.

Leistungsfähige Internetanschlüsse sind entscheidend für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands. Sie erst schaffen das Netz der Kreativwirtschaft. Sie bilden die Voraussetzung dafür, dass sich kleine und mittlere Unternehmen ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen, dass moderne Kommunikation zuverlässig funktioniert, dass Menschen soziale Kontakte knüpfen, neue Formen der demokratischen Beteiligung nutzen und dass der Informationsfluss gewährleistet wird.

Die große Herausforderung besteht darin, auch für weniger stark besiedelte Gebiete die Voraussetzungen zu schaffen oder zu verbessern, damit sie Schritt für Schritt an eine hochwertige Breitbandinfrastruktur angebunden werden können. Kurzfristig wollen wir die flächendeckende Grundversorgung durch eine europarechtskonforme Universaldienstverpflichtung absichern. So schnell wie möglich streben wir darüber hinaus eine flächendeckende Abdeckung mit Datenraten von sechs MBit/s an. Daneben müssen schrittweise Hochgeschwindigkeitsnetze mit mehr als 50 MBit/s aufgebaut werden, um dem stetig wachsenden Bedarf an schnellem Datentransport gerecht zu werden.

### Kommunale Infrastruktur braucht eine verlässliche Perspektive

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland profitieren von einer gut ausgebauten kommunalen Infrastruktur. Dazu gehört auch ein enges Netz an Gemeinde- und Landstraßen und ein gut ausgebautes öffentliches Nahverkehrsangebot. Die Kluft zwischen Boom- und Randregionen wächst jedoch, nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels. Dies stellt die Infrastrukturpolitik vor regional sehr unterschiedliche Herausforderungen. In Regionen mit abnehmender Bevölkerung muss die

Infrastruktur an die verringerte Nachfrage angepasst werden, und zwar so, dass die grundlegenden Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleistet bleiben. Dagegen geht es in Boomregionen darum, die öffentliche Infrastruktur für eine wachsende Bevölkerung auszubauen und gleichzeitig Belastungen für Mensch und Umwelt gering zu halten. Für alle Regionen in Deutschland aber gilt: Die Kommunen müssen immer mehr in die Erhaltung ihrer in die Jahre gekommenen Infrastruktur investieren. Für diese Aufgaben fehlt ihnen aber oft das Geld. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung sich immer mehr aus der Verantwortung für die kommunale

Infrastruktur zurückzieht. So hat sie die Städtebauförderung massiv gekürzt. Der Finanzierungsbeitrag des Bundes für die kommunalen Straßen und die öffentliche Nahverkehrsinfrastruktur soll nach dem Willen des Bundesfinanzministers stark zurückgefahren werden. 2019 geht dann die Verantwortung für die Gemeindeverkehrsinfrastruktur nach den Beschlüssen der Föderalismuskommission ganz an die Länder über. Angesichts der kommunalen Finanznot ist damit völlig unklar, wie Gemeindestraßen, U- und S-Bahnlinien künftig noch finanziert werden sollen. Hier bedarf es dringend einer verlässlichen Finanzierungsperspektive.

## DAS WOLLEN WIR TUN

### Die Bürgerinnen und Bürger beteiligen – Planungsverfahren beschleunigen

Künftig muss gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entschieden werden, welche Infrastruktur unser Land braucht. Durch eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung wollen wir die Bevölkerung frühzeitig bei der bundesweiten Planung der Energie- und Verkehrsnetze einbeziehen.

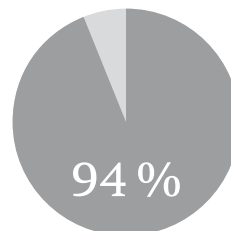
Die Bürgerinnen und Bürger müssen vor Ort frühzeitig bei der Auswahl der Trasse und der Dimensionierung des Projekts mitwirken können. Dazu wollen wir der Planfeststellung ein verpflichtendes Vorverfahren mit öffentlichem Erörterungstermin voranstellen. Alle Genehmigungsbehörden und öffentlichen Planungsträger sollen einen Bürgeranwalt einsetzen, der die Bürgerinnen und Bürger in allen Fragen der Beteiligung berät und auf die Einhaltung der Beteiligungsrechte achtet.

Bürgerbeteiligung darf nicht in das Belieben der Behörden gestellt werden. Wir wollen deshalb verbindliche Qualitätsstandards für die Bürgerbeteiligung festlegen. So müssen sämtliche Planungsunterlagen per Internet und an einem öffentlichen Ort zugänglich sein. Alle Anhörungs- und Erörterungstermine sollen öffentlich sein. Und Behörden sollen verpflichtet werden, Alternativvorschläge zu prüfen.

Wir wollen Volksbegehren und Volksentscheide zu Grundsatzenfragen der Infrastrukturentwicklung auf Bundesebene ermöglichen, beispielsweise zu den Bedarfsplänen für Bundesverkehrswege und zum Netzausbau im Energieleitungsbereich. Wir wollen die Planungen sowie die gerichtliche Überprüfung von Planungsentscheidungen beschleunigen, etwa durch die Vermeidung von Doppelprüfungen zur Umweltverträglichkeit. Der Baubeginn von Verkehrsprojekten sollte näher an das Datum der Planfeststellung herangerückt werden.

Wir wollen die Bürgerbeteiligung beim Bau von Flughäfen und der Festlegung von Flugrouten verbessern. So soll die Deutsche Flugsicherung verpflichtet werden, bei der Festlegung der An- und Abflugrouten die Öffentlichkeit bereits bei der Vorplanung einzubeziehen.

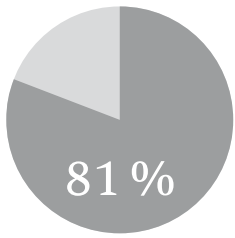
### Die Bürgerinnen und Bürger wollen mitreden und mitentscheiden



94 Prozent der Bürgerinnen und Bürger stimmen dem Ausbau der erneuerbaren Energien zu.

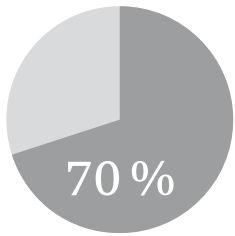
Quelle: TNS Infratest





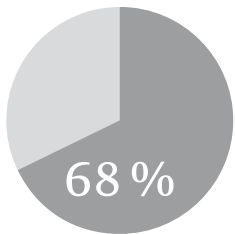
81 Prozent wünschen sich mehr Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten im politischen Prozess.

Quelle: Bertelsmann Stiftung



70 Prozent pflichten der Forderung bei, die Politik solle Proteste der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und die politischen Entscheidungsprozesse reformieren.

Quelle: Leipziger Institut für Marktforschung



68 Prozent der Befragten möchten bei Infrastrukturprojekten mitreden.

Quelle: Bertelsmann Stiftung / TNS-Emnid

## Die Energieinfrastruktur fit machen für die Energiewende

Der Umbau der Energieversorgung muss bezahlbar bleiben. Wir werden deshalb den notwendigen Umbau und Ausbau der Infrastruktur mit einem ständigen Monitoring begleiten und darauf achten, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen.

Verbraucherinnen und Verbraucher sollen über intelligente Netze und Zähler die Möglichkeit erhalten, Strom in Zeiten schwacher Nachfrage preiswerter zu beziehen. Wir werden im Dialog mit der Wirtschaft rasch die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, insbesondere einheitliche Standards in der Datenkommunikation.

Den Neubau von Stromleitungen wollen wir auf das Notwendige beschränken. Dazu ist es notwendig, alle Möglichkeiten der Energieeinsparung zu nutzen und Anreize für mehr Energieeffizienz zu setzen. Denn jede nicht benötigte Kilowattstunde verringert den Bedarf an neuen Stromleitungen. Um den Neubaubedarf an Stromleitungen zu verringern, werden wir außerdem Anreize schaffen, damit Anlagen zur Energieerzeugung verstärkt dort gebaut werden, wo die Energie benötigt wird. Dazu prüfen wir unter anderem die Einführung entfernungs-

abhängiger Netzentgelte. Außerdem müssen alle Möglichkeiten zur Erhöhung der Kapazität bestehender Leitungen ausgeschöpft werden. Dazu gehört ein effizientes Leitungsmanagement, um Schwankungen in Angebot und Nachfrage besser abzufedern.

Vorhandene Trassen sollen mit Hochtemperaturseilen ausgerüstet werden, die gegenüber herkömmlichen Techniken die doppelte Strommenge transportieren. Zur Überbrückung größerer Entfernungen sollte die HGÜ-Technik (Gleichstrom-Höchstspannung) genutzt werden. Die Regulierung der Nutzerentgelte muss so ausgestaltet werden, dass solche Produktinnovationen für die Netzbetreiber rentabel sind. Auch die Forschungsförderung des Bundes muss hier einen Schwerpunkt setzen.

Die vier Pilotstrecken für die Erdverkabelung von Höchstspannungsleitungen müssen schnellstmöglich abgeschlossen, rechtliche und administrative Hemmnisse und Unklarheiten müssen beseitigt werden. Nach Auswertung der ersten Pilotstrecke soll die Erdverkabelung ausgeweitet und auf längeren Streckenabschnitten erprobt werden.

Die Finanzierung der Netze muss durch privates Kapital erfolgen. Wir wollen die Regulierung so ausgestalten, dass sie hinreichende Investitionsanreize für private Investoren setzt. Dies betrifft nicht nur die Regulierung des Energie-, sondern auch des Finanzmarktes. Bestehende Hemmnisse für den Einstieg neuer institutioneller Anleger (z. B. aus der Versicherungswirtschaft) werden wir abbauen.

Für die Übertragungsnetze sowie für die Anbindung von Meereswindparks streben wir eine deutschlandweite Netz AG an. An ihr soll sich die öffentliche Hand finanziell so stark beteiligen, dass sie die Netz AG steuern kann.

Wir wollen den europäischen Stromverbund zu einem intelligenten europäischen Verbundnetz weiterentwickeln, das zur Einbindung einer Vielzahl dezentraler erneuerbarer Energiequellen fähig ist. Ein solches europäisches Verbundnetz bietet eine große Chance für die Energiewende, indem es dazu beiträgt, ein auf erneuerbarer Energieversorgung beruhendes System zu stabilisieren.

Die Versorgungssicherheit muss auch bei schwankender Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien gewährleistet bleiben. Deshalb wollen wir das Vorhalten von Erzeugungskapazitäten und variabler Lasten stärker honorieren. Insbesondere werden kurzfristig abschaltbare industrielle Anlagen benötigt, um kurzzeitige Engpässe in der Stromerzeugung aufzufangen. Aber auch die Betreiber von Erneuerbare-Energie-Anlagen müssen verstärkt in die Verantwortung für die Systemstabilität der Netze genommen werden.

*Wir wollen den Neubau von Stromleitungen auf das Notwendige beschränken. Dafür müssen Anreize für mehr Energieeffizienz gesetzt werden.*

Wir werden durch eine vernünftige Regulierung Anreize für Investitionen in den Ausbau und die Ertüchtigung des deutschen Gasnetzes setzen. Hierbei kommt es neben dem Ausbau des Ferngasnetzes darauf an, den Transport über kurze Strecken und die Integration von Gas aus erneuerbaren Energien zu ermöglichen. Um den Ausbaubedarf von Gasleitungen auf ein notwendiges Minimum zu begrenzen, streben wir an, den Gasbedarf im Wärmesektor zu senken. Wir werden deshalb Initiativen starten zum Ausbau der erneuerbaren Energien bei der Wärmeerzeugung, zum weiteren Ausbau von Fern- und Nahwärmeversorgung sowie zur weiteren energetischen Sanierung des Gebäudebestandes.

Wir werden den Ausbau der Fern- und Nahwärmenetze effizienter gestalten und zu diesem Zweck die Förderungen aufgrund des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes und des Marktanreizprogramms besser aufeinander abstimmen.

Um den Bau von Energiespeichern voranzutreiben, wollen wir ein Speichergesetz auf den Weg bringen. Wir werden darin Speicher unabhängig von ihrer Wirkungsweise definieren und in das bestehende Fördersystem eingliedern sowie Anreize für die Entwicklung, Erprobung und Markteinführung neuer Speichertechnologien setzen.

## Eine Reform der Planung und Finanzierung der Bundesverkehrswege einleiten

Wir wollen es bei der Planung der Bundesverkehrswege nicht bei kosmetischen Korrekturen belassen, sondern einen Neuanfang einleiten.

Die Planung der Bundesverkehrswege muss künftig verkehrsträgerübergreifend erfolgen. Statt einer isolierten Betrachtung einzelner Projekte werden wir das verlässliche Funktionieren des Verkehrsnetzes als Ganzes in den Mittelpunkt stellen. Wir werden deshalb die

Bundesverkehrswegeplanung zu einer verkehrsträgerübergreifenden Bundesverkehrsnetzplanung umbauen.

Eine klare Priorität setzen wir bei der Beseitigung von Engpässen und dem Ausbau hoch belasteter Hauptachsen und Knotenpunkte. Hierfür werden wir ein »Nationales Verkehrswegeprogramm« auflegen, in das 80 Prozent der Neu- und Ausbaumittel fließen. Die Finanzierung erfolgt außerhalb der Länderquote und wird im Bundeshaushalt auf fünf

Jahre fixiert. Damit stellen wir sicher, dass wichtige Projekte ohne Verzögerungen fertig gestellt werden.

Dabei wird die Erschließung der Fläche nicht vernachlässigt. Hierfür stehen weiterhin 20 Prozent der Investitionsmittel zur Verfügung, über deren Verwendung die Länder im Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag selbst entscheiden können. Zugleich werden wir mehr Gestaltungsspielräume vor Ort eröffnen. So sollen etwa Länder und Kommunen die genauen Trassen für neue Verkehrswege mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger festlegen können.

Wir wollen den Substanzzerfall unserer Verkehrswege stoppen. Um Klarheit über den Unterhaltungsbedarf zu bekommen, soll die Bundesregierung künftig alle zwei Jahre einen Verkehrsinfrastrukturbericht vorlegen, der Schwachstellen aufdeckt und den Finanzbedarf für die Erhaltung der Verkehrswege offen legt. Damit hierfür ausreichend Geld zur Verfügung steht, gilt bei der Verteilung der Finanzmittel der Grundsatz: Erhalt geht vor Aus- und Neubau. Wir werden die Voraussetzung schaffen, um Verkehre verstärkt auf Bahn und Binnenschiff zu verlagern. Dazu müssen insbesondere die Kapazitätsengpässe im Schienennetz beseitigt werden. Hierzu werden wir noch 2012 eine »Netzstrategie Schiene« vorlegen. Nicht mehr die Erhöhung der Reisezeit auf isolierten Punkt-zu-Punkt-Verbindungen steht dabei im Vordergrund, sondern die Erhöhung der Netzkapazität – insbesondere für den Güter- und Regionalverkehr. Wir wollen eine höhere Zuverlässigkeit des Netzes erreichen und seine Störungsanfälligkeit vermindern.

Wir werden den Schutz vor Verkehrslärm deutlich verbessern. Wir wollen, dass von 2020 an keine lauten Güterwagen mit Graugussbremssohlen in Deutschland mehr verkehren. Wir werden deshalb alle Voraussetzungen für eine rasche Umrüstung des deutschen Güterwagenbestandes schaffen und darauf drängen, dass in der Europäischen Union ein verpflichtendes lärmabhängiges Trassenpreissystem installiert wird. Flankierend muss Graugussbremssohlen spätestens ab 2020 die europäische Zulassung entzogen werden. Außerdem müssen Anreize für eine europaweite Umrüstung von Güterwagen geschaffen werden.

Unabhängig davon werden wir in Deutschland ein lärmabhängiges Trassenpreissystem einführen, das einen echten Anreiz für die Nutzung leiser Güterwagen schafft. Dazu müssen die Trassenpreise für laute und leise Waggons deutlich stärker gespreizt werden, als dies von der Bundesregierung geplant ist. Ferner prüfen wir weitere Anreize, um die Umrüstung lauter Güterwagen zu beschleunigen. Darüber hinaus muss die Forschung zu lärmmindernden Maßnahmen forciert werden.

Wir werden ein Konzept vorlegen, das die besonderen Stärken des Verkehrsträgers Wasserstraße optimal nutzt und die vorhandenen Kapazitätsreserven erschließt. Und

*»Grundlage einer attraktiven und nachhaltigen Mobilität der Zukunft ist ein leistungsfähiges und vernetztes Gesamtverkehrssystem, in dem sich die Verkehrsträger Straße, Schiene, Schiff- und Luftfahrt gegenseitig ergänzen. Hierzu ist für das Gesamtsystem eine übergreifende Strategie erforderlich.«*

*Beitrag im  
Zukunftsdialog online*

wir werden noch in dieser Legislaturperiode ein Konzept für die Finanzierung des Erhalts sowie des notwendigen Aus- und Neubaus der Bundesverkehrswege vorlegen.

### Digitale Spaltung überwinden, ökonomische Potenziale nutzen – schnelles Internet für alle

Wir wollen rasch eine flächendeckende technologie-offene Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen in ganz Deutschland erreichen. Wir werden deshalb die Regulierung so ausgestalten, dass private Investitionen in neue Netze angeregt und kreative Wettbewerbslösungen gefunden werden.

Für den Fall, dass wettbewerbliche Lösungen allein nicht zum Ziel führen, werden wir die Grundversorgung durch einen gesetzlichen Universaldienst absichern, mit der die Unternehmen je nach Marktanteil über ein Umlageverfahren zum Aufbau einer flächendeckenden Internetgrundversorgung verpflichtet werden. Die konkrete Bandbreite wird nach den Vorgaben des EU-Rechts festgelegt. Auf der Grundlage eines jährlichen Berichts der Bundesnetzagentur soll später entschieden werden, ob und inwieweit der Universaldienst weiterentwickelt wird. Darüber hinaus wollen wir den Aufbau von Hochleistungsnetzen mit modernen Glasfaserkabeln vorantreiben. Um Marktverzerrungen oder ineffiziente Doppelinvestitionen zu vermeiden, sollen alle Anbieter zu diskriminierungsfreien Konditionen die Netze von Wettbewerbern nutzen können (open-access-Modell). Um die Kosten zu senken, müssen die Wettbewerber stärker zusammenarbeiten. Dafür werden wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehört beispielsweise, dass wir die Wege-rechte für Netzbetreiber verbessern und die Nutzung vorhandener Leitungsinfrastrukturen erleichtern werden. Wir müssen staatliche Förderprogramme zielgerichteter ausgestalten: So müssen Mitnahmeeffekte verringert und eine möglichst große Hebelwirkung für private Investitionen erreicht werden. Sie müssen konsequenter als bisher auf die Ziele Qualitätsentwicklung, kommunale Flächenversorgung und Hochgeschwindigkeitsnetze ausgerichtet werden. Wir werden alle bestehenden Förderprogramme überprüfen und ggf. neu zuschneiden. Wir werden zudem ein neues KfW-Sonderfinanzierungsprogramm schaffen, um mit zinsverbilligten Krediten Breitbandinvestitionen von Kommunen und Unternehmen anzustoßen.

### Kommunale Infrastruktur sichern – Daseinsvorsorge gewährleisten

Wir werden die Städtebauförderung weiterentwickeln und finanziell absichern. Deshalb werden wir die von

der jetzigen Bundesregierung vorgenommene Kürzung der Städtebauförderung rückgängig machen und die Mittel hierfür auf mindestens 700 Millionen Euro jährlich anheben.

Damit die vorhandenen Infrastrukturmittel effizienter eingesetzt werden, wollen wir Anreize für Kooperationen zwischen Gemeinden und für die Regionsbildung schaffen. Deshalb werden wir interkommunale Konzepte zur Fördervoraussetzung machen bzw. durch bessere Förderbedingungen belohnen. Durch die Einführung von Regionalbudgets werden wir regional angepasste, ressortübergreifende Entwicklungsstrategien unter Einbeziehung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure unterstützen.

Wir streben kurzfristig einen Investitionspakt für die kommunale Verkehrsinfrastruktur an. Die Länder sollen Investitionsmittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur erhalten und sich im Gegenzug verpflichten, die Gelder zweckgebunden zu verwenden.

Sollte es bei der anstehenden Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs nicht gelingen, den Ländern einen ausreichenden Ausgleich für die entfallenden Entflechtungsmittel zu verschaffen, so sollen den Ländern nach 2019 zweckgebunden und verlässlich Mittel zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen in den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) und kommunalen Straßenbau zur Verfügung gestellt werden. Damit wollen wir eine grundlegende Reform der Förder- und Finanzierungssysteme für den ÖPNV und Gemeindestraßenbau verbinden.

# SO WOLLEN WIR LEBEN



## Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

Deutschland im Jahr 2020 ist ein Land, in dem die Bürgerinnen und Bürger bei allen wichtigen Entscheidungen zur Infrastruktur beteiligt werden, und zwar frühzeitig und nicht erst, wenn bereits wichtige Vorfestlegungen getroffen sind. Bei Behörden und Politik entwickelt sich eine neue Kultur der Transparenz: Bürgerinnen und Bürger werden als gleichberechtigte Gesprächspartner anerkannt und in alle Planungsschritte einbezogen. Mögliche Alternativplanungen werden frühzeitig und unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit diskutiert. Planungen sind transparent. Jeder und jede kann sie im Internet einsehen oder sich anhand übersichtlicher Zusammenfassungen und Visualisierungen schnell einen Überblick verschaffen.

## Eine bezahlbare, sichere und umweltschonende Energie- infrastruktur

Deutschland wird zum großen Teil – bis 2050 zur Gänze – klimafreundlich mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt. Weil Stromerzeugung, Stromtransport und Stromverbrauch in einem intelligenten Strommarkt optimal aufeinander abgestimmt sind, ist die Stromversorgung nicht nur sicher und vor Blackouts geschützt, sondern bleibt für die Verbraucherinnen und Verbraucher auch bezahlbar. Da der Energieverbrauch durch Einsparung zurückgeht und der Strom verstärkt dort erzeugt wird, wo er auch verbraucht wird, kann die Zahl der neuen Stromleitungen auf ein Minimum reduziert werden. Immer mehr Leitungen können – zunächst noch in der Form von Pilotversuchen – unterirdisch verlegt werden. Die Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren, weil sie nicht nur bei gleichem Lebensstandard weniger Ener-

gie verbrauchen, sondern durch die intelligenten Netze Energie dann besonders preiswert ist, wenn sie reichlich vorhanden und die Nachfrage gering ist – also z. B. am Abend und in den Nachtstunden. Die Energiewende führt dazu, dass die privaten und industriellen Verbraucher langfristig Geld sparen.

## Umweltfreundliche, sichere und leise Mobilität

Im Deutschland des Jahres 2020 ist Mobilität unbeschwerter und zugleich umweltfreundlicher. Die Staus auf Autobahnen und Bundesstraßen haben sich verringert, weil neuralgische Engpassstrecken ausgebaut und ein Teil des Güterverkehrs auf Bahn und Schiffe verlagert worden ist. Die Bahn fährt wieder pünktlich, weil Schienen besser instand gehalten werden und Engpässe und Knoten ertüchtigt worden sind. Wer in einen Zug steigt, kann sich deshalb darauf verlassen, dass er auch den Anschluss erreicht. Gleichzeitig werden mehr Güter umweltfreundlich mit Schiff und Bahn transportiert. Die Anwohnerinnen und Anwohner an Deutschlands Güterzugstrecken können wieder ruhig schlafen, weil die in Deutschland verkehrenden Güterzugwagen auf leise Bremssohlen umgerüstet und weitere Lärmschutzmaßnahmen ergriffen worden sind. Auch an den Flughäfen ist ein Ausgleich gefunden zwischen dem Ruhebedürfnis der in der Umgebung wohnenden Menschen und wirtschaftlichen Interessen.

## Schnelles Internet für alle

Alle Menschen in Deutschland, nicht nur in den Großstädten, sondern auch in Kleinstädten und Dörfern, haben einen schnellen Zugang zum Internet und können damit umfassend an den Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft teilhaben. Dadurch können sich auch abseits der Ballungsräume in strukturschwachen Regionen innovative Unternehmen ansiedeln, die auf einen schnellen Internetzugang angewiesen sind. Deutschland baut

damit seine Stellung als Hochtechnologiestandort mit einem breiten, kreativen Mittelstand weiter aus. Gerade der ländliche Raum profitiert. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben auch in ländlichen Regionen die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten und damit Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren. Für alle, insbesondere aber auch für die zunehmende Anzahl älterer oder aus anderen Gründen mobilitätseingeschränkter Menschen, verbessert sich die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Auch ehrenamtliche Aktivitäten lassen sich schnell koordinieren und können sich den flexiblen Arbeitszeiten anpassen. Menschen aller Altersgruppen und Lebenshintergründe kommunizieren über Foren, Blogs und soziale Netzwerke, die oft regional aufgefächert sind. Das Internet ist ganz selbstverständlich das Medium der demokratischen Beteiligung und Willensbildung. Bei Planungen der öffentlichen Hand werden alle Unterlagen ins Netz gestellt, und die Bürgerinnen und Bürger geben dort ihre Stellungnahme ab und diskutieren die Pläne.

### Lebenswerte Städte und Regionen

Die Menschen in Deutschland leben 2020 in einem lebenswerten städtischen oder dörflichen Umfeld. Nicht zuletzt dank einer zielgerichteten Städtebauförderung haben sich die Wohn- und Lebenssituation und der soziale Zusammenhalt in den Quartieren verbessert. Die Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Gewerbetreibende, Betriebe, die Wohnungseigentümer und -genossenschaften beteiligen sich aktiv an der Entwicklung ihres Wohnumfeldes und Stadtteils. Der ressourcen- und umweltschonende Umbau der Stadtquartiere und Gemeinden kommt gut voran.

Die Schlaglöcher auf Stadt- und Landstraßen werden endlich wieder beseitigt, und der öffentliche Nahverkehr ist verbessert worden. Neue Angebote wie Anrufsammeltaxen garantieren auch in schwach besiedelten Landstrichen die ÖPNV-Versorgung. Der öffentliche Nahverkehr in Städten und Ballungsräumen funktioniert reibungslos

und ermöglicht immer mehr Menschen den Verzicht auf das eigene Auto, weil Länder und Gemeinden wieder in den Erhalt und Ausbau ihrer Nahverkehrssysteme investieren. Der öffentliche Nahverkehr wird zudem sinnvoll durch Leihwagen- und Carsharing-Angebote sowie den Bau neuer Radwege ergänzt. Insbesondere ältere Menschen und junge Familien profitieren davon, dass alle Nahverkehrsmittel barrierefrei sind.





# 02. NEUE ORDNUNG FÜR DEN ARBEITSMARKT

*Wir wollen, dass alle Menschen von guter Arbeit sicher und gut leben können. Dafür schaffen wir eine neue Ordnung für den Arbeitsmarkt.*



In Deutschland sind gegenwärtig so viele Menschen erwerbstätig wie nie zuvor. Trotzdem finden immer noch zu viele Menschen keinen Einstieg in Arbeit. Immer mehr Beschäftigte sind mit unsicheren Arbeitsbedingungen und Niedriglöhnen konfrontiert. Vor allem Frauen und ältere Menschen, aber auch Migrantinnen und Migranten sind im Erwerbsleben noch immer strukturell benachteiligt.

Ohne eine aktive Arbeitsmarktpolitik droht eine dauerhafte Spaltung des Arbeitsmarktes – in gute Arbeit und unsichere Beschäftigung, in Fachkräftemangel und Langzeitarbeitslosigkeit.

## UNSERE ZIELE

*Unser Ziel ist eine neue Ordnung für Arbeit, die Vollbeschäftigung mit guter Arbeit verbindet. Wir wollen gute Arbeit sichern und neue Wege öffnen.*

*Gute Arbeit sichern bedeutet, mit fairen Regeln für mehr Lohngerechtigkeit und gute Arbeitsbedingungen zu sorgen und Ursachen und prekäre Folgen atypischer Beschäftigung zu bekämpfen. Wir werden gegen Missbrauch von Leiharbeit vorgehen, einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einführen und den Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« durchsetzen. Wir werden die Mitbestimmung stärken und die Tarifeinheit wieder herstellen. In allen Bereichen der Wirtschaft wollen wir die volle Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchsetzen.*

*Neue Wege öffnen bedeutet, all jenen eine Chance zu geben, die vom Aufschwung am Arbeitsmarkt abgekoppelt sind, damit sie sich beruflich weiterentwickeln können. Dem wachsenden Fachkräftebedarf wollen wir mit einer Qualifizierungsoffensive begegnen und ihn als Chance für sozialen Aufstieg nutzen. Dafür werden wir die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln.*

# UNSER LAND HEUTE



## Vollbeschäftigung in greifbarer Nähe

Die sozialdemokratische Regierungspolitik des letzten Jahrzehnts zahlt sich aus: Der Arbeitsmarkt hat sich in der Krise als robust und im Aufschwung als dynamisch erwiesen. Mehr als 41 Millionen Menschen sind erwerbstätig, so viele wie nie zuvor. Weniger als drei Millionen sind arbeitslos. Das lange als unerreichbar geltende Ziel der Vollbeschäftigung ist in greifbare Nähe gerückt.

Zugleich sind die Probleme im Wandel der Arbeitswelt nicht gelöst: die Globalisierung mit zunehmender internationaler Arbeitsteilung, die Zunahme von Dienstleistungsarbeit, auch durch Outsourcing aus Industrieunternehmen, und die Digitalisierung mit neuen, dezentralen und individualisierten Arbeitsformen haben gravierende soziale Folgen. Ein einheitlicher, die Gesellschaft verbindender Arbeitsbegriff droht verloren zu gehen. Die Politik hat darauf mit rechtlicher Flexibilisierung und stärkerer Qualifizierung zu reagieren versucht. Eine höhere Erwerbsbeteiligung wurde erreicht. Der Preis war vielfach größere Unsicherheit und eine Infragestellung des Wertes der Arbeit. Unternehmen haben einzelne Instrumente systematisch missbraucht, um Kosten zu senken. Mehr als 36 Prozent der Beschäftigten arbeiten mittlerweile befristet, geringfügig, in Teilzeit oder in Leiharbeit. Diese so genannte »atypische« Beschäftigung ist zwar nicht zwangsläufig prekär. Sie geht aber mit signifikant höherem Risiko von Niedriglöhnen, geringen Aufstiegschancen, schlechten Zugängen zu beruflicher Weiterbildung und von Altersarmut einher. Die Abwanderung von gut Ausgebildeten und ein Mangel an Fachkräften sind Warnzeichen, dass wir eine neue Ordnung für Arbeit brauchen. Qualitätsarbeit »Made in Germany« erfordert gute Arbeitsbedingungen. Ohne aktive Arbeitsmarktpolitik droht eine dauerhafte Spaltung des Arbeitsmarktes in Fachkräftemangel einerseits und verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsbedingungen andererseits. Es bleibt die große Aufgabe, ein hohes Beschäftigungsniveau nicht nur mit neuen individuellen Freiheiten der Arbeitsgestaltung, sondern auch mit neuen Sicherheiten zu verbinden.

## Der Niedriglohnsektor wächst

Während Spitzeneinkommen steigen, stagnieren die Löhne bei mittleren und niedrigen Einkommen: Zwischen 2000 bis 2010 sind die Nettostundenlöhne real um gerade einmal 1,4 Prozent gestiegen. 3,6 Millionen Beschäftigte in Deutschland erhalten weniger als sieben Euro die Stunde, rund 1,2 Millionen sogar weniger als fünf Euro. Rund anderthalb Millionen Menschen können von ihrem Lohn nicht leben und sind auf aufstockende Leistungen des Jobcenters angewiesen. Heute arbeiten fast acht Millionen Menschen für einen Niedriglohn.

## Die Bildungsschere öffnet sich weiter

Noch immer gehen jährlich zwischen 50.000 und 60.000 Jugendliche ohne Abschluss von der Schule – das sind sechs bis sieben Prozent. Besonders betroffen sind Jugendliche mit Migrationshintergrund, von denen mehr als 13 Prozent die Schule ohne Abschluss verlassen. Die Kluft zwischen so genannten »Bildungsarmen« und »Bildungsreichen« wird immer größer, mit dramatischen Folgen für das individuelle Risiko der Arbeitslosigkeit. Fast 1,5 Millionen Menschen zwischen 25 und 35 Jahren haben heute keinen Schul- oder Berufsabschluss. Bei Personen ohne Berufsabschluss ist die Arbeitslosenquote dreimal so hoch wie bei jenen mit Berufs- bzw. Fachschulausbildung und achtmal höher als bei Akademikerinnen und Akademikern.

## Psychische Belastungen steigen

Druck und Versagensangst haben in der Arbeitswelt massiv zugenommen. Verdichtete Abläufe führen zu psychischen Belastungen. Dazu kommt die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, etwa an eine schlechter bezahlte Neueinsteigerin oder einen Leiharbeitnehmer. Fremdbestimmung



mung bedeutet heute nicht nur Stechuhr und Schichtdienst. Viele beuten sich selbst aus und glauben, pausenlos verfügbar sein zu müssen. Die Zahl der Burnout-Fälle hat zugenommen. Erwerbsunfähigkeit ist in jedem vierten Fall psychisch bedingt.

### Besondere Risiken für Jüngere, Frauen und Ältere

Besonders betroffen von der Spaltung des Arbeitsmarktes sind junge Menschen, Frauen und Menschen im Alter über 55 Jahren. Zwar sind die Job-Chancen für 15 bis 24-Jährige verglichen mit anderen Ländern in Europa gut. Dennoch liegt ihre Erwerbslosenquote mit etwa neun Prozent deutlich über dem Durchschnitt. Junge Be-

schäftigte werden besonders häufig befristet eingestellt und sind überdurchschnittlich oft geringfügig beschäftigt. Knapp drei Viertel aller atypisch Beschäftigten sind Frauen. Besonders betroffen sind junge Arbeitnehmerinnen. Die Zahl der Frauen, die trotz Arbeit von ihrem Lohn nicht leben können und auf Grundsicherung angewiesen sind, hat sich seit 2005 auf fast 750.000 verdoppelt. Alleinerziehende haben besondere Herausforderungen zu bewältigen.

Ältere zwischen 55 und 65 Jahren haben heute bessere Chancen auf Beschäftigung als vor zehn Jahren. Trotzdem haben es immer noch zu viele Ältere schwer, Arbeit zu finden oder ihren Arbeitsplatz zu behalten. Andererseits gilt für viele: Keine Ruhe trotz Rente. 2010 haben rund 660.000 der über 65-Jährigen in geringfügigen Jobs gearbeitet, da die Rente zum Leben nicht ausreicht.

## DAS WOLLEN WIR TUN

---

### Arbeit sichern: Faire Regeln am Arbeitsmarkt

Um die soziale Spaltung zu verhindern, wollen wir eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt schaffen. Mit fairen Regeln werden wir unsichere und prekäre Arbeitsbedingungen bekämpfen und die Gleichstellung von Frauen und Männern voranbringen. Wir schaffen gute Voraussetzungen für starke Gewerkschaften, die Arbeitnehmerrechte wirksam durchzusetzen.

### Gute Tariflöhne und ein flächendeckender Mindestlohn

Wo immer es möglich ist, sollen starke Gewerkschaften gute Tariflöhne aushandeln. Angesichts der rund acht Millionen Menschen im Niedriglohnsektor reicht das aber nicht aus. Menschen, die hart arbeiten, müssen von ihrer Arbeit leben können. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist überfällig. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) min-

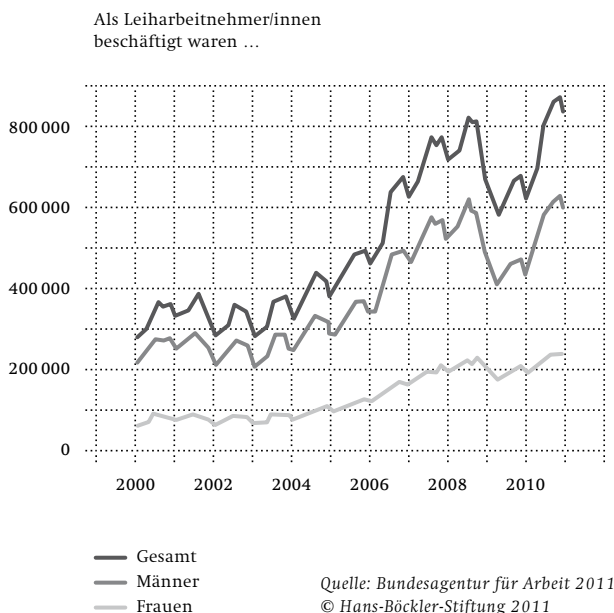
destens 8.50 Euro die Stunde. Davon würden 5,8 Millionen Beschäftigte profitieren.

Ein Mindestlohn ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch der ökonomischen Vernunft. Lohndumping kostet die öffentliche Hand Milliarden an aufstockenden Leistungen, die an diejenigen ausbezahlt werden, die trotz Arbeit arm sind, und belastet zusätzlich die Sozialversicherungen. Außerdem verzerren Dumpinglöhne den Wettbewerb, wenn anständige Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber von Lohndrückern unterboten werden. Mit einem Mindestlohn beschreiten wir einen Weg, der in fast allen EU-Staaten und sogar in den USA längst Realität ist.

## Neue Regeln für Leiharbeit

Leiharbeit kann sinnvoll sein, um kurzfristig Auftragspitzen in Betrieben zu bewältigen. Häufig wird sie jedoch von Unternehmen für Tariffahrt und Lohndumping missbraucht. Menschen in Leiharbeit verdienen meist deutlich weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen aus den Stammbesellschaften, in fast drei von vier Fällen arbeiten sie für einen Lohn unterhalb der Niedriglohnschwelle. Dies führt auch zu einem erheblichen Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Stammbesellschaft.

## Leiharbeit: Aufwärtstrend hält an



Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass der Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« (»Equal Pay«) ohne Wenn und Aber durchgesetzt wird. Die konzerninterne Verleihung muss begrenzt werden. Betriebsräte in den Entleihbetrieben brauchen mehr Mitbestimmungsrechte

über Umfang und Dauer der Leiharbeit in den Betrieben. Leiharbeitskräfte müssen bei der Ermittlung der betriebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerte einbezogen werden. Außerdem wollen wir die Befristung von Leiharbeitsverhältnissen und die Koppelung der Befristung an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) verbieten.

## Gegen Missbrauch von Werkverträgen

Auch Werk- und Dienstleistungsverträge werden zunehmend zur Lohndrückerei missbraucht. Werkverträge unterliegen nur den allgemeinen arbeitsrechtlichen Grundsätzen. Selbst diese werden nach Einschätzung von Expertinnen und Experten häufig verletzt und nur selten eingeklagt. Die Risiken werden auf die Schwächsten abgewälzt, etwa auf die Soloselbstständigen, die am Ende einer Kette von Subunternehmern stehen und beispielsweise Regale im Supermarkt einräumen. Der erste Schritt ist, diese Probleme zu erkennen. Wir werden den Missbrauch von Werkverträgen systematisch untersuchen und die erforderlichen Daten erheben.

Wir werden bei Werkvertragsarbeit die Anhaltspunkte für Scheinselbstständigkeit und verdeckte Leiharbeit prüfen und die Kriterien dafür klarer definieren. Zudem werden wir die Rechte der Betriebsräte stärken. Denn während der Betriebsrat beim Einsatz von Leiharbeitskräften Mitspracherechte hat, ist das bei Werkvertragskräften nicht der Fall.

## Keine Befristung ohne Grund

Bei Neueinstellungen ist inzwischen fast jeder zweite Vertrag befristet. Dadurch wird der Kündigungsschutz durch die Hintertür ausgehebelt. Vor allem Jüngere tragen so einseitig konjunkturelle Risiken und haben immer weniger Sicherheit für ihre Lebensplanung. Wir werden die sachgrundlose Befristung abschaffen.

## Neue Regeln für Minijobs

Deutschland geht mit den Minijobs einen europäischen Sonderweg. Kein anderes EU-Land kennt eine solche sozialversicherungsrechtliche Privilegierung geringfügiger Beschäftigung. Auf der anderen Seite arbeiten knapp 90 Prozent der Menschen in Minijobs für einen Niedriglohn, die Hälfte in einem Feld, das nicht dem erlernten Beruf entspricht. Wir wollen aufklären und unterscheiden, wo etwa Studierende einen Nebenverdienst anstreben und wo Beschäftigte unfreiwillig auf Minijobs verwiesen werden.

Minijobs führen bei ausgebildeten Beschäftigten zu einer Entwertung von Qualifikation. Sie sind nur selten eine Brücke in reguläre Beschäftigung, sondern zerstören

diese sogar, wenn sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in mehrere Minijobs aufgespalten werden. In Branchen wie dem Reinigungs- und Gaststättengewerbe sowie im Einzelhandel wurde reguläre Beschäftigung systematisch durch geringfügige Beschäftigung ersetzt. Diesen Missbrauch werden wir bekämpfen, ohne die Vorteile abzuschaffen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für sich sehen.

## Gleichstellung von Frauen durchsetzen

Auch wenn sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen positiv entwickelt: Die Gleichstellung der Geschlechter im Beruf ist noch längst nicht erreicht.

Wir wollen das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« uneingeschränkt durchsetzen. Dem Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen werden wir mit einem Entgeltgleichheitsgesetz begegnen. Um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, setzen wir uns für eine gesetzliche Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen ein. Außerdem wollen wir Erwerbsunterbrechungen gleichmäßiger auf Männer und Frauen verteilen, um die Lohnunterschiede zu verringern und allen gleiche Karrierechancen zu ermöglichen. Deshalb werden wir das Elterngeld und das Steuerrecht so weiterentwickeln, dass die Elternzeit noch besser als bislang partnerschaftlich aufgeteilt werden kann.

## Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Ein wesentlicher Schritt für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist der Ausbau von Krippen- und Kitaplätzen sowie von Ganztagschulen. Wir werden hier eine neue Betreuungs- und Bildungsoffensive starten. Das von der schwarz-gelben Koalition geplante Betreuungsgeld setzt völlig falsche Anreize und wird jährlich bis zu zwei Milliarden Euro verschleudern, die für den Ausbau der Kinderbetreuung nötig sind.

Eltern muss die Rückkehr in den Beruf erleichtert werden. Sie sollen einen Rechtsanspruch auf Eingliederungsleistungen beim Wiedereinstieg nach einer Familienpause bekommen. Das Rückkehrrecht auf einen Vollzeitarbeitsplatz muss gesetzlich abgesichert werden. Das von der rot-grünen Bundesregierung eingeführte Recht auf Teilzeit muss ergänzt werden durch das Recht auf Wiederaufstockung der Arbeitszeit nach einer Phase der Teilzeit. Für Mütter und Väter, die Kinder betreuen und keine Ausbildung haben, muss es mehr Ausbildungsangebote in Teilzeit geben, bei denen der Lebensunterhalt gesichert ist.

Aber nicht nur der Staat steht in der Pflicht, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Auch

die Unternehmen stehen in der Verantwortung. Bislang hat nur jedes siebte Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten betriebliche, tarifliche oder freiwillige Vereinbarungen für eine familienfreundliche Arbeitsgestaltung. Schon aus eigenem Interesse an qualifiziertem Personal müssen Unternehmen eine familienorientierte Politik betreiben, die flexible Arbeitszeitmodelle, Eltern-Kind-Büros, Telearbeitsplätze und Zuschüsse für Kinderbetreuungskosten bis hin zu Betriebskrippen und -kindergärten umfasst. Wir werden mit den Sozialpartnern einen Familienpakt vereinbaren, der konkrete Ziele enthält und Anreize schafft.

*Nicht nur der Staat steht in der Pflicht, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Auch die Unternehmen stehen in der Verantwortung.*

## Starke Gewerkschaften – starke Arbeitnehmerrechte

Der Wandel der Arbeit muss von den Sozialpartnern gestaltet werden. Die Erfahrung zeigt, dass Deutschland hier ein erfolgreiches Modell hat. Starke Gewerkschaften sind unverzichtbar: Nur sie können einen gerechten Anteil der Beschäftigten am Ertrag sichern, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchsetzen, Freiräume und Sicherheiten vereinbaren und das Recht auf Mitbestimmung im wirtschaftlichen und sozialen Leben gewährleisten. Wir werden Mitbestimmungsrechte, Tarifbindung und Tarifeinheit weiterentwickeln und ausbauen.

## Mitbestimmung ausbauen

Die Mitbestimmung gehört zu den stolzen Traditionen unseres Landes und ist Grundlage unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolges. Das hat sich auch in der Wirtschaftskrise 2009 gezeigt: Betriebe mit einer starken Mitbestimmung bieten gute und sichere Arbeit und sind ökonomisch erfolgreich. Die Mitbestimmung trägt auch dazu bei, dass sich wirtschaftliches Handeln stärker am Gemeinwohl orientiert.

Deshalb werden wir die Mitbestimmung stärken und ausweiten. Das deutsche Mitbestimmungsmodell muss und kann im Rahmen der europäischen Integration weiter abgesichert und ausgebaut werden. Die paritätische Mitbestimmung, bei der die Arbeitnehmervertretung auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern steht, muss bereits in Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten greifen statt wie bisher erst mit 2.000 Beschäftigten. Die Umgehung der Mitbestimmung durch Schein-Auslandsgesellschaften mit Verwaltungssitz in Deutschland muss ein Ende haben.

Um Mitbestimmung in den Unternehmen auszubauen, wollen wir einen gesetzlichen Mindestkatalog der im

Aufsichtsrat zustimmungsbedürftigen Geschäfte. Dazu gehören zentrale unternehmerische Entscheidungen wie Betriebsschließungen, Standortverlagerungen und Unternehmensverkäufe.

Mitbestimmung auf der betrieblichen Ebene ist weitgehend im Betriebsverfassungsgesetz geregelt. Diese Möglichkeiten wollen wir ausbauen. Konkret heißt das: Mehr Mitsprache bei Zukunftsfragen wie Ausbildung und Weiterbildung, Arbeitszeitgestaltung, Gesundheit und Gleichstellung sowie bei Befristungen, bei Praktikantinnen und Praktikanten, bei Werkverträgen und bei Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmern.

### Tarifbindung stärken – Tarifeinheit wahren

Die Tarifbindung hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. In den 1990er Jahren arbeiteten mehr als 70 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen, die Mitglied in einem Arbeitgeberverband waren. Heute sind gerade noch ein Drittel der Betriebe und gut die Hälfte der Beschäftigten durch einen Tarifvertrag erfasst.

Wir werden das Tarifsysteem wieder stärken. Wir wollen häufiger von der Möglichkeit Gebrauch machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Durch ein Tariftreuegesetz werden wir Auftragnehmer im Rahmen öffentlicher Vergabeverfahren verpflichten, tarifvertragliche Regelungen einzuhalten.

Um die Tarifbindung zu sichern, muss die Zersplitterung des Tarifsystems verhindert werden. Wir wollen das bewährte Prinzip »Ein Betrieb, ein Tarifvertrag« stärken. Dieser Grundsatz musste nach zwei Urteilen des Bundesarbeitsgerichts im Jahr 2010 aufgegeben werden. Seitdem können kleine Sparten Gewerkschaften ganze Betriebe lahmlegen, um ihre Eigeninteressen durchzusetzen. Wo die Tarifeinheit bislang verhindert hat, dass besonders gefragte Arbeitnehmergruppen nur für sich selbst gute Arbeitsbedingungen erkämpfen, haben nun weniger gefragte Arbeitnehmergruppen das Nachsehen: Sie müssen sich künftig ohne ihre stärkeren Kolleginnen und Kollegen für eigene Tarifabschlüsse einsetzen. Damit wird der Entsolidarisierung der Beschäftigten und der Spaltung der Belegschaften Vorschub geleistet.

Das Bundesarbeitsgericht hat es dem Gesetzgeber offen gelassen, die Tarifeinheit zu regeln. Wir werden den Auftrag an den Gesetzgeber annehmen und mit den Sozialpartnern eine verfassungs- und zeitgemäße gesetzliche Garantie der Tarifeinheit entwickeln.

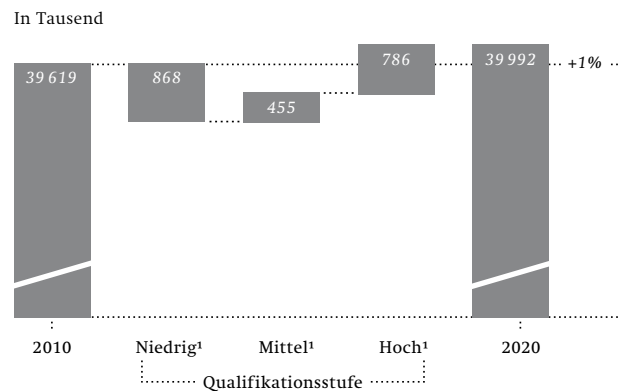
### Wege öffnen: Fachkräfte sichern – Aufstieg ermöglichen

Was noch vor wenigen Jahren kaum jemand ernst nahm, wird heute Realität: In immer mehr Regionen und Bran-

chen kommt es zu Fachkräftengapsen. Im Zuge der demografischen Entwicklung, der Globalisierung und des wirtschaftlichen Wandels hin zu wissens- und forschungsintensiven Dienstleistungen wird der Bedarf an Fachkräften in den nächsten Jahren ansteigen – nicht nur in naturwissenschaftlich-technischen Berufen, sondern auch in der Pflege, Gesundheit und frühkindlichen Erziehung. Die Zahl der Arbeitsplätze wächst vor allem bei den mittleren Qualifikationen.

Um unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität in Zukunft zu sichern, brauchen wir qualifizierte Beschäftigte: Beschäftigte, die auch weiterhin hochwertige, innovative Produkte schaffen; Erzieherinnen und Erzieher, die den Kita-Ausbau erst ermöglichen; Pflegekräfte, die für die wachsende Zahl der Pflegebedürftigen da sind. Deshalb werden wir eine Fachkräfteallianz auf den Weg bringen.

### Verlust und Zuwachs von Arbeitsstellen in Deutschland 2010–2020 nach Qualifikationsstufen



Im Bereich niedriger Qualifikation werden bis 2020 Arbeitsstellen abgebaut, bei mittlerer und hoher Qualifikation werden neue geschaffen.

<sup>1</sup> Definition von Qualifikation: Höchster Bildungs- oder Qualifikationsabschluss nach ISCED Klassifizierung.

Niedrig: (Pre-)primary and lower secondary (ISCED 0 – 2)  
Mittel: Upper and post-secondary (ISCED 3 – 4)  
Hoch: Tertiary (ISCED 5 – 6)

Quelle: CEDEFOP: Skills Supply and Demand in Europe – Medium-term forecast until 2020 (2010)

Der Wandel des Arbeitsmarktes birgt Chancen. Mit einer klugen Politik können aus dem wachsenden Bedarf an Fachkräften neue Aufstiegsmöglichkeiten für viele Beschäftigte werden. Dafür bedarf es einer Doppelstrategie: Zum einen wollen wir allen die Chance geben, so qualifiziert wie möglich zu arbeiten. Zum anderen wollen wir allen, die unfreiwillig von Arbeit ausgeschlossen sind, neue Zugänge eröffnen. Dazu zählen vor allem Frauen, aber auch Menschen mit Einwanderungsgeschichte so-

wie Schul- und Ausbildungsabbrecher. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz muss so verbessert werden, dass Menschen länger aktiv am Arbeitsleben teilhaben können. Dazu gehören altersgerechte Arbeitsplätze und gezielte Weiterbildungsangebote für Ältere. Für diejenigen, die ohne Unterstützung keine Chance haben, Arbeit zu finden, brauchen wir einen sozialen Arbeitsmarkt, der öffentlich gefördert wird. Außerdem brauchen wir eine Willkommenskultur, um attraktiver für ausländische Fachkräfte zu werden. Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, müssen in Deutschland leichter anerkannt werden.

## Gute Ausbildung ist die beste Fachkräftevorsorge

Die duale Berufsausbildung ist ein Markenzeichen der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Sie hat sich als Modell bewährt, das einfache Übergänge in die Beschäftigung, geringere Jugendarbeitslosigkeit und einen hohen Qualifikationsstand sichert. Deshalb wollen wir die duale Berufsausbildung stärken. Mit einem Ausbau der Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung mit schulischer und akademischer Bildung wollen wir die Übergänge in Arbeit und Weiterbildung erleichtern und für mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem sorgen.

Wir werden benachteiligte Jugendliche gezielt fördern und eine Berufsausbildungsgarantie einführen: Niemand, der eine Ausbildung sucht, soll außen vor bleiben. Außerdem werden wir den Unternehmen helfen, benachteiligte Jugendliche erfolgreich zum Berufsabschluss zu führen. Dafür werden wir die ausbildungsbegleitenden Hilfsangebote transparent für alle zugänglich machen und die Hürden für eine flächendeckende Berufseinstiegsbegleitung abbauen.

Kleine und mittlere Unternehmen brauchen zur Sicherung ihrer Fachkräftebasis besondere Unterstützung. Durch die Stärkung von Ausbildungsverbünden, Weiterbildungsnetzwerken und überbetrieblichen Beratungsstellen wollen wir diese Unternehmen unterstützen.

## Von der Arbeitslosen- zur Arbeitsversicherung

Weiterbildung muss selbstverständlich werden. Deshalb werden wir die Arbeitslosen- zu einer Arbeitsversicherung umgestalten. Diese soll frühzeitig, langfristig und lebensbegleitend Weiterbildung und Qualifizierung fördern, damit Menschen selbstbestimmt ihre beruflichen Ziele verwirklichen und Arbeitslosigkeit oder Statusverlust vermeiden können. Die Arbeitsversicherung reagiert nicht erst bei Arbeitslosigkeit. In einer Arbeitswelt, die mit immer mehr »Brüchen« in den Erwerbsbiografien verbunden ist, sichert die Arbeitsversicherung durch berufs begleitende Beratung und Weiterqualifizierung die

Menschen vorsorgend ab. Zentrales Element einer Arbeitsversicherung ist das Recht auf Weiterbildung und Weiterbildungsberatung, verbunden mit der Pflicht zur Beratung, wenn Förderleistungen in Anspruch genommen werden. Weiterer Baustein ist ein Recht auf Freistellung für Qualifizierung, verbunden mit einem Rückkehrrecht auf den bisherigen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz.

Die Arbeitsversicherung richtet zusammen mit den Agenturen für Arbeit Qualifizierungsstützpunkte zur unabhängigen Qualifizierungsberatung ein. Sie schafft regionale Qualifizierungsnetze zur Umsetzung des Anspruchs auf Weiterbildung.

Diesen Weg von der Arbeitslosen- zur Arbeitsversicherung gehen wir schrittweise und in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern.

## Für eine bessere Verteilung der Arbeitszeit im Lebensverlauf

Verbunden mit der Arbeitsversicherung setzen wir uns für eine neue Arbeitszeitpolitik ein. Wir möchten die Zeitsouveränität von Beschäftigten stärken, um eine bessere Balance von Leben und Arbeiten zu erreichen. Besonders im Blick haben wir dabei diejenigen, die in der so genannten »Rush Hour des Lebens« stecken, also im Alter zwischen 25 und 45 Jahren gleichzeitig berufliche Karriere, Familiengründung und möglicherweise Pflege von Angehörigen bewältigen müssen.

Wir wollen die Durchsetzung bestehender Ansprüche auf Teilzeit oder auf Aufstockung von Teilzeit auf Vollzeit erleichtern. Wir werden einen Anspruch auf befristete Teilzeitarbeit gesetzlich verankern, nach dessen Auslaufen automatisch wieder die vorherige Arbeitszeit garantiert ist. Weitere Maßnahmen, um Arbeit und Familie besser zu vereinbaren, sind das Elterngeld und die von uns geforderte Pflegezeit.

Das Instrument von »Zeitguthaben« der Beschäftigten hat sich als gesicherte Flexibilität der Arbeit bewährt – sowohl um Konjunkturerinbrüche ohne Entlassungen zu überbrücken, als auch um individuelle Phasen der Arbeitsreduzierung möglich zu machen. Die Nutzung von Arbeitszeitkonten für Lebenspläne soll flexibel möglich sein, muss aber für Beschäftigte und Arbeitgeber in einen verbindlichen Rahmen gegossen und besser abgesichert werden. Wir prüfen, wie auch Beschäftigte in kleineren Betrieben von Zeitguthaben profitieren und unternehmensübergreifende Lösungen aussehen können, so dass der Wechsel des Arbeitsplatzes keine Hürde für den Aufbau und die Sicherung von Zeitguthaben darstellt.

Vor dem Hintergrund von längeren Lebensarbeitszeiten wollen wir flexiblere Übergänge in den Renteneintritt ermöglichen, die ein schrittweises Eintreten in den

Ruhestand statt ein abruptes Ende des Erwerbslebens gestatten.

### Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung stärken

Bei der Entwicklung der Arbeitsversicherung werden wir die Schutzfunktion als Kernaufgabe der bisherigen Arbeitslosenversicherung stärken. Rund ein Viertel derer, die ihre Arbeit verlieren – laut BA 61.000 Menschen im Monat – fällt sofort in die Grundsicherung, obwohl

sie vorher Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Um dies zu verhindern, wollen wir die Bedingungen für den Bezug von Arbeitslosengeld (ALG I) verbessern. Bisher muss man innerhalb von 24 Monaten (»Rahmenfrist«) mindestens 12 Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein, um Anspruch zu haben. Wir wollen diese Rahmenfrist auf 36 Monate erweitern. Um die Situation von kurzzeitig Beschäftigten zu verbessern, wollen wir außerdem, dass bereits nach sechsmonatiger Arbeit ein dreimonatiger ALG-I-Anspruch besteht.

## SO WOLLEN WIR LEBEN

Deutschland 2020 ist ein Land, das Vollbeschäftigung und gute Arbeit verbinden kann. Menschen wechseln zwar nach wie vor und sogar noch häufiger ihre Arbeit und ihren Arbeitsplatz. Sie legen Pausen ein, um für die Familie da zu sein, Kinder zu erziehen oder ältere Angehörige zu pflegen. Sie nehmen eine Auszeit, um neue Kraft zu tanken und sich weiterzubilden, ob vor Ort oder im Ausland. Doch weder Arbeitslosigkeit noch Familien- oder Bildungszeiten sind mit existenzieller Angst verbunden. Denn die Rückkehr in den Job oder der Wechsel des Berufs, der Wechsel der Arbeitsform von angestellt zu selbständig oder umgekehrt, der Neubeginn an einem anderen Ort, neue Qualifizierungen und neue Erfahrungen werden leichter und normaler. Die Arbeitswelt kennt und schätzt nicht nur die linearen Aufsteiger, sondern ebenso die Neueinsteiger, Wechsler und diejenigen, die Umwege machen und später durchstarten.

Eine Karriere in den Führungsetagen von Wirtschaft, Wissenschaft oder Verwaltung kann sich auch bei Frauen und Männern von 50 Jahren, deren Kinder selbständig werden, noch voll entfalten. Andererseits genießen Frauen und Männer, die am Abend trotz Beruf bei ihren Kindern sind, genauso großen Respekt wie ihre Kolleginnen und Kollegen, die bis spät am Tag durcharbeiten. Die Arbeitsorganisation verändert sich. Die Sensibilität für familienfreundliche Termine und Abläufe ist hoch. Arbeit ist mit Lasten und mit Spannungen verbunden. Doch die Möglichkeiten, Konflikte fair zu regeln und Arbeit selbstbestimmt zu gestalten, nehmen zu – nicht zuletzt,

weil wiedererstarke Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten.

In Deutschland können bis 2020 alle Menschen im Erwerbsalter die Chance finden, den eigenen Lebensunterhalt durch gute Arbeit zu verdienen. Die Teilhabechancen aller Menschen am Erwerbsleben sind gewährleistet. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist substanziell reduziert worden. Dem drohenden Fachkräftemangel konnte vorgebeugt werden. Wirtschafts-, Finanz- und Bildungspolitik flankieren eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Menschen in Arbeit bringt und das Abgleiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in prekäre Beschäftigung oder Langzeitarbeitslosigkeit verhindert.

Die Spaltung des Arbeitsmarktes ist überwunden. Damit ist auch die soziale und kulturelle Polarisierung der Gesellschaft zurückgegangen. Nach wie vor gibt es Beschäftigte mit höherer, akademischer und mit praktischer Qualifikation. Aber das Bildungssystem kennt keine von Anfang an festgelegten Lebensläufe mehr. Deutschland ist ein Land der zweiten und dritten Chance. Niemand wird von der Möglichkeit ausgeschlossen, sich auch später noch weiterzubilden und aufzusteigen. Niemand wird durch Armutslöhne vom Wohlstandszuwachs ausgegrenzt.

Lebensqualität und Wohlstand in unserem Land sind unter sich verändernden demografischen und ökonomischen Bedingungen gesichert. Mit einer neuen Ordnung am Arbeitsmarkt ist es gelungen, gute Arbeit zu sichern und neue Wege zu öffnen.



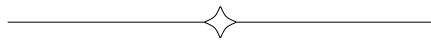




# 03.

## DER KREATIVPAKT

*Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Gemeinsam mit Kreativen werden wir dieses Potenzial entfalten, die Beschäftigten sozial absichern, Netzpolitik und Urheberrecht modernisieren. Dafür haben wir den Kreativpakt geschlossen.*



Kreative und künstlerische Arbeit ist grundlegend für ökonomischen Fortschritt und jede gesellschaftliche Innovation. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wichtiger Beschäftigungs- und Wachstumstreiber. Gleichzeitig ist der Kreativbereich aber auch durch viele prekäre Arbeitsverhältnisse geprägt. Wegen brüchiger Erwerbsbiografien, Soloselbstständigkeit und geringer Einkünfte fallen viele durch das soziale Netz.

Um die Rahmenbedingungen für kreatives Schaffen zu verbessern, haben wir einen Pakt mit Kreativen und der Kreativwirtschaft geschlossen.

### UNSERE ZIELE

*Wir wollen die soziale Sicherung der neuen, kreativen und digitalen Arbeitswelt anpassen. Dafür werden wir die Künstlersozialversicherung modernisieren und den Zugang zu den allgemeinen Sozialversicherungen erleichtern.*

*Wir wollen die Kreativwirtschaft als Zukunftsbranche ebenso aufmerksam fördern wie die klassischen Industrien.*

*Wir werden die Förderung von Kunst und Kultur an den Bedürfnissen der Kultur- und Kreativschaffenden ausrichten. Wir wollen ein System, das Experimente zulässt und Anreize für Neues schafft. Öffentliche Kulturförderung muss soziale Mindeststandards beachten.*

*Wir wollen ein modernes Urheberrecht, das Kreative und Urheber stärkt, ohne Nutzerinnen und Nutzer zu kriminalisieren. Die reale Nutzung des Netzes muss zur legalen Nutzung werden und dabei eine faire Vergütung gewährleisten.*

*Wir wollen den Zugang zu einem schnellen Internet, für alle und überall. Wir wollen ein öffentliches W-LAN in öffentlichen Räumen. Die Netzneutralität werden wir gesetzlich verankern. Informationen müssen für alle zugänglich sein.*

# UNSER LAND HEUTE

## Die Kreativwirtschaft: Wachstumstreiber, Zukunfts- labor, Avantgarde

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist zu einer entscheidenden, wirtschaftlichen Größe und zum Impulsgeber für gesellschaftliche Erneuerung geworden. Sie ist ein wichtiger Beschäftigungs- und Wachstumstreiber. Buchmarkt, Musikwirtschaft, Film, Rundfunk und Bühne, bildende Kunst, Architektur und Design sowie die Branchen Software, Games und Werbewirtschaft beschäftigen in Deutschland rund eine Million Menschen und erzielen einen jährlichen Umsatz von 137 Milliarden Euro. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt damit 2,6 Prozent. Sie trägt mit ihren Leistungen auch zur Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie bei. Die Kreativwirtschaft ist ein »schlummernder Riese«, dessen Potenziale weiter entwickelt werden müssen.

Die Kreativwirtschaft hat eine Vorreiterrolle für prägende Veränderungen. In ihr werden zukünftige Entwicklungen in Arbeitswelt, Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft schon heute sichtbar. Gleichzeitig ist sie Zukunftslabor und Avantgarde. Durch Internet und Computer ist es als erstes in der Kreativwirtschaft zu einer Demokratisierung der Produktionsmittel sowie der Kommunikations- und Vertriebswege gekommen.

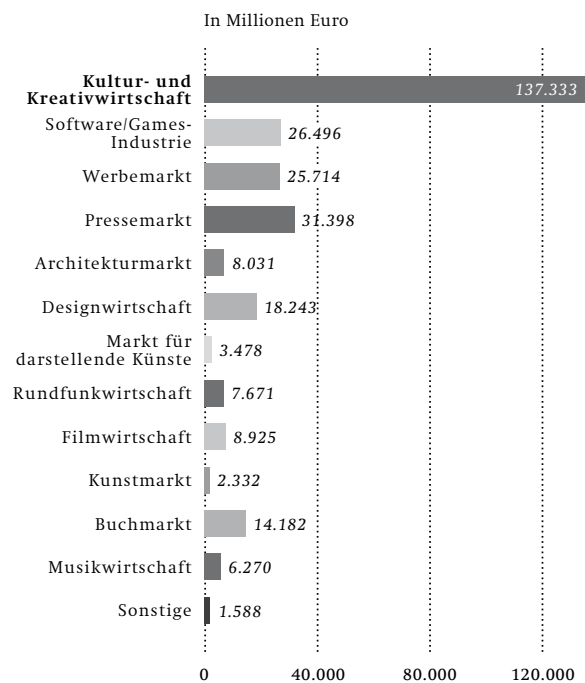
## Enorme soziale Risiken

Die in der Kreativwirtschaft sichtbaren Veränderungen des Arbeitsmarktes sind auch für andere Branchen prägend. Dazu gehören enorme Beschäftigungspotenziale und die mit der Digitalisierung verbundenen Möglichkeiten selbstbestimmter, zeitlich und örtlich unabhängiger Arbeit. Zugleich ist die Kreativwirtschaft von enormen sozialen Risiken gekennzeichnet. Dazu gehören hybride Erwerbstätigkeiten, also der ständige Wechsel zwischen selbständiger und abhängiger Beschäftigung bzw. die gleichzeitige Ausübung beider Erwerbsformen und eine hohe (Solo-)Selbstständigquote. Projektbezogene

Beschäftigung, die in der Regel befristet und unstetig ist, ist in der Kreativwirtschaft weit verbreitet. Einkommen variieren stark und sind oft nicht existenzsichernd. Zusätzlich werden auch hier Frauen deutlich niedriger entlohnt als Männer. Die Kreativwirtschaft ist also ein Beschäftigungsmotor, der aber auch viele unsichere Arbeitsverhältnisse hervorbringt.

## Umsätze der Kultur- und Kreativwirtschaft

Nach Teilmärkten in 2010 (\*)



\* Hinweise: steuerbare Umsätze = Lieferungen und Leistungen und ohne Umsatzsteuer; vorläufig oder Schätzwerte; einzelne Wirtschaftszweige sind verschiedenen Teilmärkten zugeordnet, in der Endsumme einfach gezählt. Alle Kennzahlen zum Jahr 2010 sind vorläufig

Quelle: Monitoring zu ausgewählten wirtschaftlichen Eckdaten der Kultur- und Kreativwirtschaft 2010. BMWi (Hrsg.) 2012

Gerade weil viele Kultur- und Kreditschaffende mit viel Leidenschaft sich selbst und ihre Ideen verwirklichen,



sind viele Existenzen von einem hohen Maß an Selbstausbeutung geprägt. Wegen brüchiger Erwerbsbiografien und geringer Einkünfte fallen viele durch das bestehende soziale Netz. Vielen droht schon heute absehbar Altersarmut. Ein dynamischer Arbeitsmarkt des 21. Jahrhunderts stößt hier auf einen aus dem 19. Jahrhundert stammenden Sozialstaat. Darauf muss die Politik eine Antwort finden, indem sie auf die Bedürfnisse der Betroffenen achtet und passende Angebote der sozialen Sicherung entwickelt.

Digitalisierung ermöglicht einen vereinfachten Zugang zu Wissen und neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe. Ein Problem für die Kreativen stellt die oftmals mangelhafte Vergütung von im Internet verbre-

teten immateriellen Wirtschaftsgütern sowie die in der Regel ausbleibende oder geringe Finanzierung oder Förderung von Unternehmungen und Geschäftsideen durch Kreditinstitutionen und staatliche Programme dar.

Aufgabe der Politik muss es deshalb sein, durch Finanzierung und Förderung Anreize für eine Gleichstellung der Kreativwirtschaft mit anderen Branchen zu schaffen. In der Bildungspolitik müssen Wege gefunden werden, auch auf eine selbständige Beschäftigung in der Kreativwirtschaft vorzubereiten. Der nahezu unbegrenzte Zugang zu Informationen und die Möglichkeit zur Teilhabe durch das Internet müssen erhalten und ausgebaut werden. Dabei brauchen wir im digitalen Zeitalter eine angemessene Vergütung für Urheber.

## DAS WOLLEN WIR TUN



### Wie es zum Kreativpakt kam

»Wir brauchen einen Kreativpakt!« – Das war im Jahr 2009 der Aufruf von Musikproduzent und Autor Tim Renner, Filmemacher und Oscar-Preisträger Pepe Danquart, DJ und Musikproduzent Paul van Dyk, Galerist Frank-Thomas Gaulin, Karen Heumann, die Partnerin bei der Werbeagentur kempertrautmann ist, Schriftstellerin Louise Jacobs, des Design-Professors Axel Kufus, des Geschäftsführers des Multimedia-Verlags Tivola, Christopher R. Koppler, des Bloggers und Sachbuchautors Sascha Lobo und des Architekten Meinhard von Gerkan. Sie hatten Frank-Walter Steinmeier beim Wort genom-

men, der als erster von einem Pakt zwischen Wirtschaft, Politik und Künstlern zur Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft sprach. Aus der Initiative wurde 2011 der »Kreativpakt e.V.« ([www.kreativpakt.org](http://www.kreativpakt.org)). Hier arbeiten Kreative gemeinsam mit Unterstützerinnen und Unterstützern an der Idee, bessere Bedingungen für die Kreativwirtschaft zu formulieren und auf den Weg zu bringen. So gab der Kreativpakt e.V. dem »Projekt Zukunft – Deutschland 2020« der SPD-Bundestagsfraktion in einem langfristig angelegten engen Arbeitsprozess entscheidende Impulse bei der Entwicklung und Darstellung der Voraussetzungen für einen Pakt von Kultur, Wirtschaft und Politik.

## Urheberrecht – »Vergüten statt verbieten«

Das Urheberrecht muss der digitalen Gesellschaft angepasst und modernisiert werden. Um Kreative und Urheber zu stärken, müssen die gesetzlichen Vorgaben mit den neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang gebracht werden. Wir wollen einen fairen und gerechten Ausgleich der Interessen von Urheberinnen und Urhebern, Verwerterinnen und Verwertern sowie Nutzerinnen und Nutzern. Auch Akteure wie Telekommunikationsunternehmen müssen in diesen Ausgleich einbezogen werden.

Kreative und Kulturschaffende sollen von ihrer Arbeit leben können. Wir werden die Frage der angemessenen Vergütung von Künstlerinnen und Künstlern ins Zentrum einer Reform des Urheberrechts stellen. Wir wollen dabei erreichen, dass der freie Zugang zu Informationen nicht eingeschränkt wird. Um die Position des Urhebers zu verbessern, bedarf es einer Reform des Urhebervertragsrechts. Dazu gehören Regelungen wie z. B. effizientere Schlichtungsmechanismen. Die traditionell schwächere Stellung des Urhebers gegenüber dem Verwerter werden wir stärken.

Bestehende nutzerfreundliche Geschäftsmodelle zeigen, dass Konsumentinnen und Konsumenten bereit sind, auch im digitalen Zeitalter für Inhalte zu bezahlen. Es müssen mehr Modelle entwickelt werden, die eine einfache und legale Nutzung geschützter Inhalte ermöglichen und den Nutzerinnen und Nutzern Rechtssicherheit bieten. Ein gutes Angebot ist der beste Schutz vor Piraterie. Auch Modelle der freiwilligen Lizenzierung, wie sie beispielsweise die Organisation Creative Commons (CC) in ihren Lizenzvertragsmustern vorschlägt, können eine nutzerfreundliche Möglichkeit unbürokratischer Rechteinräumung sein und sollten gefördert werden.

Maßnahmen zum Schutz geistigen Eigentums müssen verhältnismäßig sein. Eine flächendeckende Filterung der Inhalte des Datenstroms oder eine Sperrung des Internetzugangs lehnen wir ebenso ab wie die Einführung eines Warnhinweismodells. Wir werden stattdessen die Regelungen zur Verantwortlichkeit von Host Providern überprüfen: Rechteinhaber sollen schneller als bisher urheberrechtsverletzende Inhalte von den Seiten eines Internetanbieters entfernen lassen können. Auch illegale Angebote basieren auf den Zahlungen von Nutzerinnen, Nutzern und Werbetreibenden. Die Erfahrungen zeigen, dass Plattformbetreiber, deren Geschäftsmodelle auf die Verletzung geistigen Eigentums ausgerichtet sind, schon heute bekämpft werden können. Wir werden sicherstellen, dass auf Webseiten mit eindeutig urheberrechtsverletzenden Inhalten keine legalen Werbeeinnahmen

generiert werden können und Zahlungsdienstleister (z. B. Kreditkartenanbieter) nicht mit ihnen kooperieren dürfen.

Wir sehen in einer allgemeinen, pauschalen Kulturflatrate keine gute Lösung, um Urhebern eine Vergütung aus der nichtkommerziellen Weitergabe und Vervielfältigung von digitalen, urheberrechtlich geschützten Werken zu gewähren. Eine solche generelle Zwangsabgabe lässt zu wenig Raum für Differenzierungen und benachteiligt diejenigen, die das Internet nicht oder nur in geringem Umfang nutzen. Gleichwohl funktionieren pauschale Vergütungsmodelle in Teilbereichen und sollten dort gefördert werden.

Presseverlegerinnen und -verleger sollen die unautorisierte Verwendung ihrer Presseerzeugnisse durch Dritte (z. B. News-Aggregatoren, Harvester) effizient verfolgen können. Von einer besseren Durchsetzung der Rechte für journalistische Inhalte könnten nicht zuletzt auch die Urheber profitieren. Die Einführung eines eigenen Leistungsschutzrechts in der von der schwarz-gelben Bundesregierung diskutierten Form ist dazu aber nicht erforderlich.

## Soziale Sicherung – »Springen können, sicher fallen«

Politischer Anpassungsbedarf besteht sowohl bei der etablierten Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung als auch im Arbeits- und Sozialrecht. Das gilt auch für den Arbeits- und Gesundheitsschutz und nicht zuletzt für die Vertretung der Interessen der Kultur- und Kreativschaffenden.

Künstlerinnen und Künstler, Autorinnen und Autoren, Musikerinnen und Musiker, Theater- und Filmschaffende, Software- und Game-Entwicklerinnen und -Entwickler, (Web-)Designerinnen und -Designer sowie die zahlreichen anderen Kreativen sollen fair entlohnt werden und die Möglichkeit haben, sich zu einem bezahlbaren Preis gegen soziale Risiken abzusichern. Das gilt auch für den Kreis der technischen Unterstützerinnen und Unterstützer (egal ob Redaktions-Assistentinnen und Assistenten oder Kabel- und Aufbauhelferinnen und -helfer).

Kurzfristig wollen wir konkrete Verbesserungen umsetzen, indem wir den Künstler- und Publizistenbegriff in der Künstlersozialversicherung modernisieren und unter Berücksichtigung der Veränderungen in der Kreativwirtschaft sowie der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts weiterentwickeln. Wir wollen allen Kreativen den Zugang zur Künstlersozialkasse erleichtern. Den Anspruch auf Arbeitslosengeld I für kurz befristet Beschäftigte werden wir verbessern. Konkret wollen wir dazu die so genannte Rahmenfrist ausweiten. Unstetig Beschäftigte bedürfen der Entgeltfortzahlung im Krank-



heitsfall vom ersten Tag an. Der Zugang von Selbstständigen zur (freiwilligen) Arbeitslosen- und Krankenversicherung sowie zur beruflichen oder privaten Altersversicherung muss möglich und erschwinglich sein. Bei der Berechnung des Elterngelds wollen wir die besonderen Umstände einer selbstständigen Erwerbstätigkeit berücksichtigen. Tarifverträge und soziale Mindeststandards im Kultur- und Medienbereich wollen wir auch dadurch unterstützen, dass die öffentliche Förderung an solche Standards geknüpft wird.

In der Berufsstartphase soll die Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Gründerinnen und Gründer gefördert und ein Beratungs- und Weiterbildungsangebot gemacht werden. Über diese kurzfristigen Maßnahmen hinaus wollen wir die soziale Sicherung grundlegend verbessern. In einer sich nicht nur in der Kreativwirtschaft wandelnden Arbeits- und Lebenswirklichkeit brauchen wir neue Versicherungssysteme, wie wir sie mit der Bürgerversicherung und der Arbeitsversicherung vorschlagen.

## Kulturförderung – Wettbewerb der Ideen wider starre Strukturen

Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Deshalb gibt die öffentliche Kulturförderung individueller und gesellschaftlicher Reflexion und Gestaltung den notwendigen, geschützten Raum. Die öffentliche Kulturförderung hat eben nicht ausdrücklich und vorrangig Produktentwicklungen im Blick, die sich auf dem Markt tragen können. Öffentliche, aber auch private Kulturförderung unterstützt und stärkt die Kultur- und Kreativschaffenden darin, ihre Projekte zu realisieren und dadurch Kultur zu schaffen. Wir wollen, dass der Staat in Form von Musikschulen, Bibliotheken, soziokulturellen Zentren und anderen Einrichtungen eine kulturelle Infrastruktur bereitstellt, in der sich kreative Begabungen entfalten können. Ausgehend vom Eigenwert von Kunst und Kultur und der öffentlichen Verantwortung dafür ist die Kulturförderung auch Impulsgeber und Katalysator für die Ideen, von denen die Kreativwirtschaft lebt.

In diesem Sinne kann die Kulturförderung mit ihrem Beitrag zur Kreativwirtschaft künstlich geschaffene und diskriminierende Grenzen von U- und E-Kultur überwinden. Die Kreativwirtschaft erreicht deutlich mehr Menschen und produziert vielfältige kulturelle Werke. Kulturförderung ist demnach auch »Kreativwirtschaftsförderung«.

Wir wollen, dass die bestehenden Strukturen der öffentlichen Kulturförderung die Erwartungen und Bedürfnisse in der Kreativwirtschaft Tätigen mit aufnehmen und die ökonomischen Effekte mit bedenken. So

werden öffentliche Mittel klug und besser eingesetzt und Anreize geschaffen, damit im Wettbewerb der Ideen Innovation entsteht. Der Hauptstadtkulturfonds für Berlin zeigt beispielhaft, wie eine aktivierende Kulturförderpolitik kleinteilige und innovative Projekte gezielt fördern und dadurch die Kulturlandschaft anregen und beleben kann. Diesem Beispiel folgend, wollen wir in zehn anderen Städten und Regionen in Kooperation mit den Bundesländern entsprechende Förderstrukturen mit je zehn Millionen Euro Budget einrichten. Öffentliche Kulturförderung muss soziale Mindeststandards beachten.

Um die Reichweite und Wirkung öffentlicher Kulturförderung zu verbessern, müssen bestehende, fest institutionalisierte Strukturen (»einmal gefördert, immer gefördert«) überdacht werden. Dieser Schritt muss einhergehen mit einer stärkeren Eigenverantwortung öffentlich geförderter Institutionen, um Freiräume für Neues und Innovatives zu nutzen.

Unter dem Stichwort »Governance – Kulturentwicklungsplanung« hat die Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« 2007 konkrete Handlungsempfehlungen formuliert. Richtig genutzt, besteht bei diesem Ansatz eine große Chance, mit den Instrumenten der Kulturförderung auch die oft kleinteiligen Strukturen der Kreativwirtschaft zu erreichen und zu stärken. Anstelle der gewachsenen Strukturen von institutioneller Förderung und Projektförderung würden eine Förderung der kulturellen Infrastruktur sowie eine Konzeptförderung treten, die über eine mehrjährige Finanzierungsvereinbarung mit begleitender Evaluation abgesichert werden könnten.

Auf Bundesebene sollten weitere Kunstsparten in die kulturwirtschaftlich orientierte Förderung (z. B. Filmförderung) einbezogen werden. Zudem muss das Zuwendungs- und Haushaltsrecht der öffentlichen Förderung an die Funktionslogiken der Kultur- und Kreativwirtschaft angepasst werden.

## Wirtschaftsförderung – Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts

Kreativität ist einer der wichtigsten Rohstoffe des 21. Jahrhunderts und der einzige Rohstoff, der sich bei Gebrauch vermehrt. Aus Kreativität entsteht Innovation. Beides ist nahezu unbegrenzt verfügbar, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Gleichzeitig ist Kreativität aber auch der Motor für Entwicklung in anderen Branchen. Solche »Spill-over-Effekte« durch Produktinnovation und zusätzliche Wertschöpfung wollen wir fördern.

*»Öffentliche Kulturförderprogramme sollten soziale Mindeststandards definieren und berücksichtigen.«*

*Beitrag im  
Zukunftsdialog online*

Für viele Kreativschaffenden ist es schwierig, sich im Dickicht der Fördermöglichkeiten zu orientieren. Wir wollen, dass öffentliche und private Fördermöglichkeiten übersichtlich und transparent in einer öffentlich geförderten Datenbank dargestellt werden. Wir werden das Prinzip der »One-Stop-Agency« für die Kreativwirtschaft anwenden. Um der Bedeutung von Innovation als maßgeblicher Impulsgeber für gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel zu entsprechen, muss der Innovationsbegriff in den Programmen der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung für die Kreativwirtschaft geöffnet werden.

Kreativität benötigt Raum: Erfolgreiche Fördermodelle umfassen immer das Angebot von »Co-working space«, Ateliers, Studios und Innovationsparks für Gründerinnen und Gründer der Kreativszene. Das wollen wir verstärken.

Die klassische Existenzgründungsförderung ist mit ihren Anforderungen an Eigenkapitalanteile, mit ihrem wirtschaftlichen Eigeninteresse, aber auch mit der mangelnden Anerkennung von immateriellen Gütern als Sicherheiten für viele Projekte der Kreativwirtschaft untauglich. Herkömmliche Kredite oder Zuwendungen sind für Kreative kaum zu bekommen. Banken erscheint die Risikobewertung kreativer Vorhaben zu schwierig. Indes

*»Für die Kreativwirtschaft sind Genossenschaftsmodelle häufig attraktiv. Das Genossenschaftsrecht ist aber in einigen Teilen nicht mehr zeitgemäß und muss angepasst werden.«*

*Beitrag im  
Zukunftsdialog online*

sind »schwarmfinanzierte« Projekte (»Crowd-Funding«) heute nicht förderfähig. Auch dann nicht, wenn sie als Genossenschaften gegründet werden. Darüber hinaus müssen Förderprogramme nicht nur die Gründungs-, sondern vor allem auch die Wachstumsphasen junger Unternehmen berücksichtigen, in denen sie häufig noch fragil sind. Wir wollen die Bedin-

gungen für Risikokapitalgeber verbessern. Der Rechtsrahmen des bewährten Genossenschaftsmodells muss für die Kreativwirtschaft angepasst werden.

Wir wollen für Unternehmensgründungen in der Kreativwirtschaft Verwaltungsabläufe vereinfachen und die Kapitalbestimmungen für Unternehmergesellschaften erleichtern.

Auch das produktive Scheitern gehört zur Kreativität. Vor allem in der innovativen und risikobehafteten Kreativwirtschaft wollen wir die Möglichkeit einer »zweiten Chance« zum Normalfall machen. Wir erleichtern den Neuanfang nach der Insolvenz.

Die steuerliche Beurteilung eines Verlustvortrags oder seiner Übertragung innerhalb des Portfolios steht in der Kreativwirtschaft zur Debatte. Die Prüfung und Bewertung der kreativen Unternehmen selbst muss durch spezialisierte Fachleute in den Finanzämtern erfolgen, die mit den Eigenheiten der Branche vertraut sind.

Zudem müssen Widersprüche in der unterschiedlichen Bewertung verschiedener kultureller Leistungen bzw. Güter (ermäßigter Umsatzsteuersatz für Bücher, jedoch nicht für E-Books) diskutiert und angepasst werden, ohne umsatzsteuerliche Ermäßigungstatbestände für kulturelle Leistungen in Frage zu stellen.

Kreativität gedeiht in einem Umfeld der Diversität und Pluralität. Die Erfolge in der Kreativwirtschaft steigen, wenn der Fachkräftezugang aus dem Nicht-EU-Ausland (z. B. auch für die Bereiche der Entwicklung oder des Grafikdesigns) erleichtert wird. Auch hier gilt: Deutschland ist ein Einwanderungsland und gewinnt dadurch.

## Bildung – kreative Kompetenzen neu denken und fördern

Kreativität ist immer Ausdruck einer unverwechselbaren Persönlichkeit. Trotzdem gilt: Kreative Arbeit kann man lernen. Als Schlussstein kommt das Wissen über Finanzorganisation, Betriebswirtschaft und Recht. Doch der Anfang wird früh gemacht mit den so genannten »Soft Skills«, der Freude am Entdecken und am Ausdruck, den sozialen Kompetenzen, der Empathie, den Sprachkenntnissen, der Selbstständigkeit und Selbstdisziplin. Wir wollen diese Dimensionen des Lernens in der frühkindlichen Bildung fest verankern.

Wir wollen musische und künstlerische Fähigkeiten sowie die Medienkompetenz in unserem Bildungssystem auf hohem Niveau vermitteln. Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass junge Menschen ihre kreativen Begabungen entdecken, entwickeln und nutzen. Sie sind also ein Schlüssel zum Einstieg in die Kreativwirtschaft. Medienkompetenz muss bereits im vorschulischen Alter durch altersgerechte Internetangebote gefördert und deren Nutzung durch Eltern, Erzieherinnen und Erzieher vermittelt werden.

Die Kreativwirtschaft ermöglicht sozialen Aufstieg unabhängig von formalen Bildungswegen. Diese Offenheit wollen wir erhalten. Für viele Akteure der Kreativwirtschaft gilt das Prinzip »Learning by Doing«, weil es wenige einschlägige Ausbildungen gibt. Der Nachteil ist: Kreative sind mit komplexen Anforderungen konfrontiert, die viele entmutigen. Gute Ideen gehen so verloren. Wir wollen Barrieren abbauen, Angebote machen, Hilfen anbieten – beginnend in der Schule.

Wir wollen die unternehmerischen Kompetenzen stärker in den Fokus von Bildungs- und Hochschulpolitik stellen, denn sie sind die Grundlage dafür, das »Learning by Doing«-Prinzip in der Kreativwirtschaft zu ergänzen.

In den Schulen wollen wir alle Schülerinnen und Schüler mit einem Laptop oder Tablet ausstatten. Bildungseinrichtungen müssen technisch auf der Höhe der Zeit ausgestattet sein. Das Lehrpersonal muss pädagogi-

sche Fachkompetenz besitzen. Informatik wird zu einem wichtigen Aspekt der zukünftigen Bildung. Dabei geht es nicht nur um das technisch-logische Verständnis, die Befähigung zum Programmieren ist auch unter künstlerischen Aspekten zu fördern.

Auch in der beruflichen und universitären Aus- und Weiterbildung muss kreative Medienkompetenz eine Basisqualifikation werden. Dazu gehört die Fähigkeit, den Computer und das Internet nicht nur als Werkzeug zur Beschaffung von Informationen, sondern auch zur Entwicklung eigener Ideen, Texte, Bilder, Musik oder Filme. Wir wollen neue Formen der Wissensvermittlung im Internet stärker nutzen, zum Beispiel über freie Lernmaterialien, allgemein zugängliche Lernplattformen oder den freien Zugang zu wissenschaftlicher Literatur. Bildungsmaterialien und Lernmittel müssen digitalisiert werden und können unter Umständen kollaborativ erarbeitet werden, wenn vorgegebene Qualitätskriterien eingehalten werden.

Bereits in den Schulen, der außerschulischen Bildung, später dann in der Hochschule und der beruflichen Aus- und Weiterbildung sollten die in der Kreativwirtschaft notwendigen Kompetenzen durch kooperative und kollaborative Ansätze wie Planspiele vermittelt sowie Know-How und Infrastruktur an hochschuleigenen Zentren für Unternehmensgründungen gebündelt werden. So werden Hochschulen zu Ideenplattformen und Laboren der Existenzgründung.

Wir wollen die Potenziale einer digital aufgewachsenen Generation fördern, um die Kreativität unserer Gesellschaft zu nutzen. Daher streben wir die Einführung eines »Freiwilligen Digitalen Jahres« an. Mit dieser Ausweitung der Freiwilligendienste sollen junge Menschen ermutigt werden, digitale Projekte etwa in öffentlichen Einrichtungen zu entwickeln und umzusetzen.

## Netzpolitik – Internet ist ein Grundrecht unserer digitalen Gesellschaft

Ein freies und leistungsfähiges Internet ist im 21. Jahrhundert immer häufiger Grundlage von Kreativität und neuen Geschäftsmodellen. Deshalb müssen Zugänge zu Informationen und ein Grundrecht auf schnelles Internet für alle geschaffen werden. In öffentlichen Räumen soll ein öffentliches W-LAN verfügbar sein. Das bedeutet im ersten Schritt, Hotspots an Universitäten, in Stadtteilzentren, Bibliotheken und anderen öffentlichen Gebäuden einzurichten.

Der Wandel zur digitalen Gesellschaft verändert alle Bereiche. Politik, Staat und Verwaltung, aber auch Kultur und Wirtschaft. Es entstehen sowohl neue Beteiligungsformen und Teilhabemöglichkeiten als auch neue Inno-

vationsketten und Wertschöpfungsmuster. Mit diesem Veränderungsprozess sind Öffnungsbewegungen (»Open Data«, »Open Government« und »Open Innovation«) verbunden. Sie entscheiden, ob die digitale Gesellschaft eine offene, demokratische, kreative und wirtschaftlich erfolgreiche Gesellschaft sein kann.

Mit dem digitalen Wandel geht ein Strukturwandel der Öffentlichkeit einher. Die Medienöffentlichkeit wird zu einer Medien- und Netzöffentlichkeit, neben die »traditionellen« treten neue Anbieter. Zugleich sind neue Tendenzen der Abschottung von öffentlichen Räumen zu beobachten. Wir brauchen Öffentlichkeit und öffentliche Räume auch im Netz und müssen die Offenheit der Kommunikationsräume aufrechterhalten. Wir werden die Netzneutralität gesetzlich verankern und die Diskriminierungsfreiheit der Infrastrukturen und Inhalte sichern. Netzneutralität bedeutet, dass alle Daten im Internet gleichberechtigt übertragen werden, unabhängig davon, woher sie stammen, welchen Inhalt sie haben oder welche Anwendungen die Daten generiert haben.

Die Öffnung von Politik und Staat wird nur dann real, wenn die Informationsfreiheit weiterentwickelt und mit einer »Open Data«-Strategie (freie Verfügbarkeit öffentlicher Daten) kombiniert wird. Das Informationsfreiheitsrecht wollen wir ausbauen. Behörden und andere öffentlich-rechtliche Stellen sollen umfassende Informationen auch im Internet zur Verfügung stellen.

Bei der Digitalisierung von Kultur geht es darum, das kulturelle Gedächtnis unserer Gesellschaft zu bewahren. Neue Formen des Zugangs zu und der Nutzung von Kulturgütern entstehen, erweitern und verbreitern sich. Gerade im Kreativ- und Kulturbereich profitiert die Gesellschaft vom digitalen Strukturwandel, indem der Zugang zu digitalen Inhalten eröffnet, zur Beteiligung eingeladen und aktiv die Interaktion und der Austausch mit anderen gesucht werden. Die kulturelle Infrastruktur muss dem Rechnung tragen und um eine digitale kulturelle Infrastruktur erweitert werden. Dazu gehört auch der notwendige Breitbandausbau, um das »Recht auf schnelles Internet« umzusetzen. Open-Source-Software und Offene Standards haben enorme Bedeutung für den Innovations- und IT-Standort Deutschland sowie den Mittelstand. Open Source und Freie Software können einen wichtigen Beitrag zu sicheren und kostengünstigen Softwarelösungen leisten. Daher wollen wir in Staat und Verwaltung verstärkt auf Open-Source-Software und auf offene Standards setzen.

# SO WOLLEN WIR LEBEN



Deutschland 2020 ist geprägt von einer lebendigen, vielfältigen, produktiven und international vernetzten Kreativszene. Unsere Gesellschaft begegnet unkonventionellen Lebensentwürfen und ungewohnten Ideen mit großer Offenheit und neugierigem Respekt. Pluralität wird nicht als bedrohlich, sondern als bereichernd empfunden. Kreatives Lernen und kreative Arbeit werden ermutigt und gefördert – von der frühkindlichen Bildung über Schulen, Hochschulen und berufliche Ausbildung bis hin zur Förderung von Unternehmensgründungen. Dieses Kulturland ist hoch attraktiv für Kreative in aller Welt, die an seiner Dynamik und Modernität teilhaben, hier studieren, arbeiten, eigene Selbständigkeit erproben oder Unternehmen gründen wollen.

Die Kreativwirtschaft erhält die gleiche Aufmerksamkeit und hat den gleichen Stellenwert wie die klassischen Wirtschaftssektoren. Von ihr gehen Innovationsimpulse in alle Branchen aus. Auch deshalb bekommen die internationale Ausstrahlungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit des Modells Deutschland immer neue Impulse. Kultur und kreative Wirtschaft sind eng verbunden, mit vielen Entfaltungsräumen für nichtkommerzielle Ange-

bote, aber auch mit ebenso vielen Brücken und Berührungspunkten, wo aus kulturellen Leistungen Chancen für gute und selbstbestimmte Arbeit werden.

Kulturelle Güter und kreative Inhalte erhalten die Wertschätzung, die sie verdienen. Urheberinnen und Urheber bekommen den rechtlichen Schutz, den sie benötigen. Kreative, Künstlerinnen und Künstler haben gerechte Einkommenschancen, auch durch neue Geschäftsmodelle. Sie finden eine verlässliche soziale Absicherung nach ihren Bedürfnissen. Die Vernetzung und Digitalisierung von Arbeitsprozessen dient den Menschen zu mehr Freiheit und Kreativität anstatt sie unter Druck und Stress zu setzen. Eine digital aufwachsende Generation wird in einem exzellenten Bildungssystem gefördert und lernt, mit neuen Medien umzugehen und für den Fortschritt unserer Gesellschaft zu nutzen. Die Demokratie mit ihren Grundrechten der Meinungsfreiheit und ihren Prinzipien der Mehrheitsentscheidung in Wahlen und Abstimmungen wird nicht neu erfunden, aber sie legt manche Verkrustungen und eingefahrenen Routinen ab. Sie ist offener und beteiligungsfreundlicher und nimmt die Impulse neuer sozialer Bewegungen auf.











# 04.

## GUTE GANZTAGSSCHULEN

*Wir wollen die soziale Spaltung im Bildungssystem überwinden und junge Menschen unterstützen, ihre Bildungspotenziale zu entfalten. Deshalb schaffen wir hochwertige Ganztagschulen in Deutschland.*



Bildungschancen sind Zukunftschancen. Doch immer noch entscheidet die soziale Herkunft über die Zukunft von Kindern und Jugendlichen. Ganztagschulen schaffen Raum und Zeit, um alle Kinder besser zu fördern, Bildungsarmut zu bekämpfen und für Chancengleichheit zu sorgen.

Vor zehn Jahren hat die SPD-geführte Bundesregierung einen Investitionsschub beim Ausbau der Ganztagschulen angestoßen. Doch wir dürfen nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Deshalb wollen wir ein zweites Ausbauprogramm, das bis 2020 jedem Kind die Möglichkeit eröffnet, eine gute Ganztagschule zu besuchen.

### UNSERE ZIELE

*Wir wollen, dass Bund, Länder und Kommunen ein Ausbauprogramm »Masterplan Ganztagschule 2020« vereinbaren mit dem Ziel, noch in diesem Jahrzehnt ein bedarfsgerechtes Ganztagsschulangebot zu schaffen.*

*Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Qualität und Attraktivität der Ganztagspraxis. Die Qualität der Lehr- und Betreuungsangebote muss den Erwartungen von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern gerecht werden. Deshalb wollen wir nicht nur in Gebäude investieren, sondern den Schulen auch ein angemessenes Personal- und Qualitätsbudget zur Verfügung stellen.*

*Im Jahr 2020 soll ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz unabhängig von Wohnort, Schulform sowie individuellen oder besonderen Förderbedarfen eingeführt werden.*

*Um ein solches Ganztagsschulprogramm möglich zu machen, wollen wir das so genannte Kooperationsverbot im Grundgesetz abschaffen: Bund und Länder müssen in allen Feldern der Bildungspolitik zusammenarbeiten können.*

# UNSER LAND HEUTE



## Keine Chancengleichheit in der Bildung

Das deutsche Bildungswesen ist gut, aber nicht gut genug. Gemessen an dem Ziel, alle Begabungen und Talente der jungen Menschen zur Entfaltung zu bringen sowie ihren individuellen Neigungen und Bedürfnissen gerecht zu werden, muss es besser werden. Trotz der großen Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden insbesondere nach dem »PISA-Schock« im Jahr 2000 gelingt es auch heute noch nicht, allen jungen Menschen die gleichen Chancen auf erfolgreiche Bildungskarrieren zu eröffnen. Dafür sind drei Gründe entscheidend.

Erstens ist in kaum einem anderen europäischen Land der Bildungserfolg so eng mit der sozialen Herkunft verknüpft wie in Deutschland. Gleich welchen Indikator man wählt, stets belegen die Zahlen für junge Menschen aus bildungsfernen oder sozioökonomisch weniger leistungsfähigen Familien geringere Chancen auf gute Schulabschlüsse oder ein Hochschulstudium. So haben Kinder aus höheren sozialen Statusgruppen eine viermal größere Chance auf einen Gymnasialbesuch als Kinder aus niedrigen Statusgruppen. Ein Kind aus einer Arbeiterfamilie hat bis zu dreimal geringere Chancen auf ein Studium als ein Kind aus einer Akademikerfamilie. Dabei ist in den letzten Jahren die gesellschaftliche Einsicht in die Notwendigkeit gewachsen, den Kampf gegen »Bildungsarmut« zu verstärken.

Das Vertrauen der Menschen in die Leistungsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit der öffentlichen Bildungsinstitutionen droht zu schwinden. Der Anstieg der privaten Ausgaben für Nachhilfeunterricht ist in mehrfacher Hinsicht ein Alarmzeichen. Zum einen erreichen die Aufwendungen aktuellen Studien zufolge mit 1,5 Milliarden Euro ein Rekordniveau, zum anderen fließen nur zehn Prozent in den Primarbereich, obwohl dort die Grundlagen für erfolgreiche Bildungskarrieren gelegt werden. Vor allem können sich Familien aus höheren Statusklassen deutlich mehr Nachhilfe für ihre Schulkinder leisten. Die soziale Ungleichheit nimmt durch die Privatisierung der Bildung zu.

Zweitens führen konkurrierende politische Zuständigkeiten im so genannten »Bildungsföderalismus«, zersplitterte Regelungen und knappe Finanzspielräume in den Ländern und Kommunen zu Fortschrittsblockaden. Es fehlt an vergleichbaren Angeboten und Chancen in allen Regionen Deutschlands. Egal, ob Klassengrößen, Lernförderung, Förderbedarfe bei der sprachlichen Bildung oder inklusive Lernformen – oft orientieren sich die Bildungsangebote und Bildungschancen nicht am tatsächlichen Bedarf, sondern am finanziell Möglichen. Es fehlt an einer durchgehend hochwertigen Bildungsinfrastruktur.

Drittens ist der Ganztagsschulausbau in Deutschland zwar vorangekommen, bleibt aber sowohl im Umfang als vor allem auch in der Qualität der Angebote noch weit hinter dem zurück, was notwendig ist. Die Ganztagsschule ist der Lackmustest für die Güte des deutschen Schulwesens. Die Potenziale guter Ganztagsschulen für viele der beschriebenen Problemfelder sind unbestritten. Um sie zu realisieren, bedarf es guter Konzepte und der notwendigen personellen wie finanziellen Ressourcen.

Die gute Nachricht vorweg: Der kulturelle Durchbruch zu mehr Ganztagsschulen ist mit dem von der SPD durchgesetzten 4-Milliarden-Euro-Programm des Bundes zum Ganztagsschulausbau geschafft. Von 2003 bis 2009 konnte das Programm sowohl die Zahl der Ganztagsschulen als auch den Anteil der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler verdreifachen. Die Länder haben den Anstoß aufgenommen und den Ausbau weiter fortgesetzt, so dass heute etwa 16.700 und damit rund jede zweite allgemeinbildende Schule ein ganztägiges Angebot hat. Etwa 28 Prozent der Schülerinnen und Schüler nutzen inzwischen ganztägige Angebote, fast 13 Prozent davon in der pädagogisch besonders leistungsfähigen gebundenen Form.

Das ist gut, aber weder pädagogisch noch sozial- und gesellschaftspolitisch oder auch ökonomisch ausreichend. Die großen Potenziale ganztägiger Schulangebote für die individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen sowie für die integrative und inklusive Bildung werden nur bruchstückhaft genutzt. Das heutige Ange-

bot liegt noch zu weit unter der zu erwartenden Ganztagsnachfrage, die von Experten mit 60 bis 80 Prozent veranschlagt wird. Diese steigende Nachfrage erwächst aus der Erwartung, bessere Bildungschancen für die Kinder zu gewinnen und gleichzeitig Familie und Erwerbstätigkeit besser miteinander verbinden zu können. Studien prognostizieren, dass mit einem flächendeckenden Ganztagsangebots vor allem in den alten Ländern eine deutlich steigende Erwerbsbeteiligung und höhere durchschnittliche Arbeitszeiten der Mütter verbunden wären. Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht von 350.000 bis 460.000 zusätzlichen Erwerbspersonen aus, die Deutschland im Zuge des demografischen Wandels auch braucht.

Der heutige Ausbaustand weist zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede auf. Die Kultusministerkonferenz verfolgt lediglich eine Minimaldefinition, mit der quantitativ wie qualitativ sehr unterschiedliche Modelle unter das gleiche Etikett »Ganztagsschule« fallen. Die positiven Effekte von Ganztagsschulen sind Studien zufolge aber an bestimmte Qualitätskriterien gebunden,

die über die Minimaldefinition hinausgehen. Zudem ist die allgemeine Ganztagesteilnahmequote (von 10,5 Prozent in Bayern bis 73,3 Prozent in Sachsen) bzw. auch die Teilnahmequote in der gebundenen Form (von 2,8 Prozent im Saarland und in Hessen bis zu 28,1 Prozent in Sachsen) breit gestreut. Gerade die Teilnahme im bildungsbiografisch prägenden Grundschulbereich reicht je nach Land von 2,3 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern bis hin zu 79,4 Prozent in Thüringen. Die Nutzung ganztägiger Angebote unterscheidet sich auch stark nach der jeweiligen Schulform, so dass die Teilnahmequote der Schülerinnen und Schüler an Gesamtschulen mit 73,8 Prozent fünfmal höher ist als die an Realschulen mit 14,8 Prozent.

Das heutige Ganztagsangebot ist somit nicht bedarfsgerecht, nicht flächendeckend ausgewogen und auch qualitativ unzureichend. Es erzeugt ungleiche Lebensverhältnisse in Deutschland. Die mögliche Hebelwirkung guter Ganztagsschulen für gleiche Chancen auf bessere Bildung und eine gute Zukunft wird heute erst ansatzweise ausgeschöpft.

## DAS WOLLEN WIR TUN

---

### Die Schule der Zukunft

Wir wollen die Potenziale guter Ganztagsschulen nutzen und gemeinsam mit den Ländern und Kommunen die Kräfte darauf bündeln. Unsere Überzeugung ist, dass

die Schule der Zukunft die gute, aktive Ganztagsschule ist. Sie schafft Raum und Zeit, damit hervorragend qualifiziertes Fachpersonal allen Kindern und Jugendlichen hilft, ihre Stärken und Begabungen, ihre Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft zu entwickeln, zu erproben

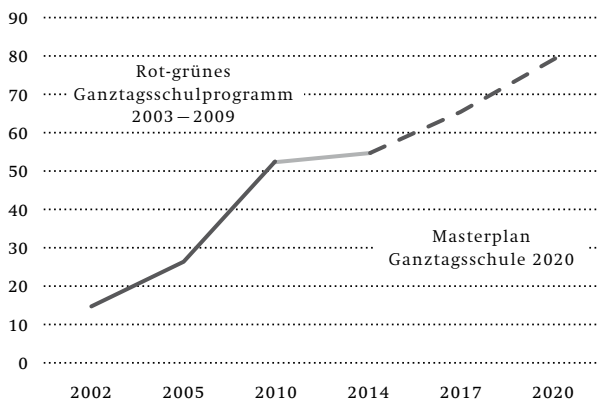
und zu entfalten. Mit guten Konzepten können Ganztagschulen zu aktiven gesellschaftlichen Orten entwickelt werden, die integrative und inklusive Funktionen mit attraktiven Freizeitangeboten und lebendigen Beziehungen zum lokalen Umfeld verbinden. Zugleich bieten sie den Eltern die Verlässlichkeit, die sie zur selbstbestimmten Lebensführung benötigen.

Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen in unserem Land die gleichen Chancen auf gute Bildung sichern. Deshalb werden wir darauf setzen, dass ein vorsorgender Sozialstaat bundesweit vergleichbare Lebensverhältnisse auch beim Zugang zu qualitativ hochwertigen, ganztägigen Schulangeboten gewährleistet.

Trotz der enormen Anstrengungen vieler Länder und Kommunen ist ein bedarfsgerechtes und qualitatives Angebot für alle Schülerinnen und Schüler bis 2020 ohne eine neue, gemeinsame Kraftanstrengung nicht zu schaffen. Wir werden dafür sorgen, dass der Bund seinen Beitrag für ein besseres, gerechteres und leistungsfähigeres Schulsystem leisten kann.

### Wir sorgen für mehr Ganztagschulen

Anteil der Ganztagschulen an  
allen Schulen in Prozent



### Kooperationsverbot im Grundgesetz abschaffen

Die Bildungsverfassung steht in ihrer derzeitigen Form einem zweiten Ganztagschulprogramm von Bund und Ländern entgegen. Mit der Föderalismusreform 2006 ist das so genannte »Kooperationsverbot« in das Grundgesetz aufgenommen worden. Demnach sind dem Bund Finanzhilfen für Bereiche untersagt, die in der alleinigen Zuständigkeit der Länder liegen. Das gilt für die Grundfinanzierung der Hochschulen ebenso wie für die Schulen. Damit ist der Bund aber genau in denjenigen Bereichen außen vor, in denen die Weichen für eine gute und

lebenswerte Zukunft gestaltet werden. Wir wollen das ändern und rufen alle politischen Kräfte dazu auf, daran mitzuwirken. Überall dort, wo die Sozialdemokratie in Ländern und Kommunen Verantwortung trägt, werden wir mit aller Kraft am Ausbau von hochwertigen Ganztagsangeboten arbeiten. Doch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aller föderalen Ebenen sind sich einig, dass Bund und Länder gemeinsam weiter gehen und ein konkretes Zukunftsprojekt auf den Weg bringen müssen.

Wir wollen einen kooperativen Föderalismus, der die Zusammenarbeit der Ebenen fördert und nicht ausschließt. Deshalb fordern wir eine Grundgesetzänderung, die das Kooperationsverbot vollständig aufhebt. Eine solche Verfassungsänderung eröffnet die Rechtsgrundlage, um ein angemessenes und hinreichend ausfinanziertes zweites Ausbauprogramm für gute Ganztagschulen auf den Weg zu bringen. Eine Verfassungsänderung, die (wie von Schwarz-Gelb angestrebt) Kooperation nur für einige Wissenschaftseinrichtungen ermöglicht und das Kooperationsverbot für den Schulbereich unangetastet ließe, würde dagegen die Fortschrittsblockade im Schulwesen weiter verlängern.

### Mehr Geld für Ganztagschulen

Der quantitative und qualitative Ausbau der Ganztagschulen kann nicht auf der finanziellen Basis des Status quo erreicht werden. Selbst wenn es den Ländern gelänge, große Teile der vorhandenen Mittel trotz rückläufiger Schülerinnen- und Schülerzahlen im Bildungswesen zu belassen, reicht es nicht, um daraus ein Sofortprogramm für den weiteren Ganztagschulsausbau zu finanzieren. Allein die Schätzungen der jährlichen Mehrkosten von sechs bis 14 Milliarden Euro belegen das. Zudem fallen die Spielräume lokal sehr unterschiedlich aus. Schließlich verlangt die Schuldenbremse, den Ausbau nicht aus Krediten zu finanzieren. Wer ein zweites Ganztagschulprogramm will, muss daher sinnvolle Einnahmeverbesserungen für den Bund und für die Länder in den Blick nehmen und die Priorität auf Bildungsausgaben legen. Diesen ehrlichen Weg wollen wir gehen.

Mit dem Finanzierungskonzept »Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung« hat die SPD als bisher einzige Partei einen umfassenden Vorschlag für eine Ausweitung der Bildungsfinanzierung von Bund und Ländern vorgelegt. Wir werden für Bildung zusätzlich 20 Milliarden Euro im Jahr bereitstellen, je 10 Milliarden Euro von Bund und Ländern. Erst mit diesen zusätzlichen und dauerhaften Mitteln kommt Deutschland auf das gleiche Niveau wie andere vergleichbare Ländern in der OECD und kann auch ein zweites Ganztagschulprogramm von Bund und Ländern finanzieren.

## Qualitätsoffensive »Masterplan Ganztagschule 2020«

Wir wollen ein neues Ausbauprogramm »Masterplan Ganztagschule 2020«. Unser Ziel ist es, spätestens 2020 jedem Kind und Jugendlichen unabhängig von seinem Wohnort, der Schulform oder individuellen Förderbedarfen einen Ganztagschulplatz anbieten können. Darauf wollen wir den Eltern und ihren Kindern einen Rechtsanspruch geben.

Der Masterplan muss ein Qualitätsprogramm sein. Beim bisherigen Ganztagsausbau stand in vielen Fällen die Verlässlichkeit der Betreuung im Vordergrund. Die Qualität der Lehr- und Betreuungsangebote konnte nicht immer den Erwartungen der Eltern, der Lehrerinnen und Lehrer bzw. der Kinder und Jugendlichen Stand halten. Die hohen Potenziale und die nachhaltige Attraktivität ganztägiger Schulformen hängen aber entscheidend von der Qualität der Lehr- und Betreuungsangebote ab.

Wir wollen, dass die Schulen direkt vom Masterplan profitieren. Gerade die »gute Schule« wird immer vor Ort gemacht. Wir wollen deshalb den qualitativen Ausbau der Ganztagschulen in Deutschland unter dem Leitbild der »aktiven Ganztagschule« verfolgen und damit eigenverantwortliche Schulen als handelnde und gestaltende Akteure stärken. Wir wollen sie aktivieren und ihnen die notwendigen Gestaltungsmittel geben, die vereinbarten Ziele auch erreichen zu können.

Gute Ganztagschulen können nur in lokalen Bildungsnetzwerken ihre Potenziale voll ausschöpfen. Der Masterplan soll daher die institutionelle Zusammenarbeit der kommunalen Verwaltung und Bildungsanbieter, der Bundesagentur für Arbeit, der freien Jugend- und Vereinsarbeit sowie der Kultur- und Sozialarbeit direkt fördern.

Den Kommunen kommt eine Schlüsselrolle beim Ganztagschulausbau zu. Unbeschadet der verfassungsrechtlichen Grenzen einer direkten Zusammenarbeit mit dem Bund kann der Masterplan nur mit Beteiligung und Unterstützung der Kommunen erfolgreich sein. Sie müssen als Partner auf Augenhöhe mit Stimme und Gewicht einbezogen und über die Länder verlässlich in die arbeitsteilige Aufgabenerfüllung des Masterplans eingebunden werden.

Wir wollen zwei Förderlinien: Erstens ein Investitionsprogramm zur Förderung der baulichen Voraussetzungen für ganztägigen Schulbetrieb. Zweitens ein Personal- und Qualitätsbudget für die Förderung der konzeptionellen und qualitativen Entwicklung der Ganztagschulen. Und wir wollen zwei Phasen: Die Startphase soll flexibel genug sein, um eventuelle Nachsteuerungen zu ermöglichen und insbesondere auch den Förderschwerpunkt mit der Zeit stärker auf die Qualität der Ganz-

tagsschulen verlagern zu können. Die erste Phase soll mindestens vier Jahre Zeit geben, um die beabsichtigte Ausbaudynamik schrittweise zu entfalten. Die zweite Phase soll konzeptionell auf ein flächendeckendes, d. h. bedarfsgerechtes Angebot bis 2020 ausgerichtet werden.

Das Investitionsprogramm übernimmt die Kosten für die notwendigen Baumaßnahmen für Funktionsräume (Küchen, Mensen, Sport- und Fachräume, Aufenthaltsräume usw.) und Einrichtungen, ohne die kein angemessenes Ganztagsangebot möglich ist. Aktuelle Studien setzen bei den Schülerinnen und Schülern an und gehen von einmalig 3.500 bis 3.750 Euro Investitionskosten pro Schulplatz aus. Auf einem Ausbaupfad bis 2020 wären dann rund eine Milliarde Euro im Jahr zusätzlich zu veranschlagen, mit denen in der ersten vierjährigen Phase rund eine Million zusätzliche Ganztagesplätze geschaffen werden könnten. In der zweiten Phase ist dann die für einen bedarfsgerechten Ausbau notwendige Ganztagschulquote als Zielmarke für die weitere investive Förderung zu vereinbaren.

Das Investitionsprogramm stellt einen zweiten Topf zur Förderung von baulichen Anpassungsmaßnahmen an bestehenden Schulen zur Verfügung. Die bestehenden Gebäude und die Räume sind überwiegend nicht für den Ganztagsbetrieb konzipiert worden. Da der Einfluss einer positiven Lernumgebung und sozial wie pädagogisch förderlichen Ausgestaltung der Lern-, Aufenthalts- und Funktionsräume aber unbestreitbar ist, sollen entsprechende Umbaumaßnahmen ebenfalls förderfähig sein.

Das Personal- und Qualitätsbudget der zweiten Förderlinie des Masterplans ist entscheidend, um die Potenziale der Ganztagschule auszuschöpfen und ihre Akzeptanz bei Eltern, bei Lehrerinnen und Lehrern und nicht zuletzt den Schülerinnen und Schülern zu erreichen. Aufgrund der lokal sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen werden die zusätzlichen Mittel für Personal und Qualität nicht an organisatorische oder fachliche Vorgaben oder konkrete Verwendungszwecke gebunden. Über ihre konkrete Verwendung soll allein vor Ort entschieden werden. Daher werden die Mittel in beiden Phasen den Schulen als Gesamtbudget zur Verfügung gestellt.

Die Budgethöhe bemisst sich an zwei Kriterien: der Zahl der am Ganztagsbetrieb teilnehmenden Schülerinnen und Schüler sowie am Grad ihrer vorgesehenen kontinuierlichen und regelmäßigen Teilnahme. Auch hier liegen Beispielrechnungen vor. So ergeben sich einer aktuellen Expertenstudie zufolge im Vergleich zu 2010 zu-

*»Die Etablierung von Ganztagschulen wird auch die Einstellung weiterer Lehrerinnen und Pädagoginnen notwendig machen. Dies sollte in der Bedarfsanalyse und im Konzept mitberücksichtigt werden.«*

*Beitrag im  
Zukunftsdialog online*



sätzliche Kosten pro Schüler bzw. Schülerin und Jahr von 640 Euro (offene Form) bis 1.280 Euro (gebundene Form).

»Wichtig ist, gezielt und verstärkt die Elternschaft miteinzubinden.«

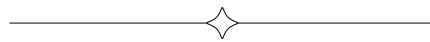
Beitrag im  
Zukunftsdialog online

In jedem Falle sollen höhere Verpflichtungsgrade einer Teilnahme sich budgeterhöhend auswirken. Für die zweite Phase nach vier Jahren müssen zusätzlich Weichenstellungen für die nachhaltige Ausfinanzierung des Qualitätsbudgets für die Jahre nach 2020 vorgenommen und mit den Ländern und Kommunen vereinbart werden.

Wir wollen, dass über die Verwendung des Qualitätsbudgets die Schulleitungen mit den Mitwirkungsgruppen einen Qualitätsvertrag vereinbaren. Darin verbrieft die Schule den Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern die geltenden Qualitätsstandards. Neben den pädagogischen Aspekten sollen hier auch übergreifende Fragen, wie beispielsweise zur Ernäh-

rungsbildung oder Konzepte für eine institutionalisierte Zusammenarbeit mit kommunalen und privaten Akteuren (etwa zur gemeinsamen Berufsorientierung) Eingang finden. Der Qualitätsvertrag sollte ausweisen, wie die schulinterne Zusammenarbeit der Professionen organisiert und welcher gemeinsame Ansatz mit Land und Kommune hinsichtlich personal- und dienstrechtlicher Fragen für die Fachkräfte verfolgt wird. Erst dann kann die Schule eine Entscheidungsverantwortung über Budget und multiprofessionelles Personal auch ausfüllen. Wir gehen von folgenden Eckpunkten der Finanzierung aus: Für die erste vierjährige Phase wird der Bund insgesamt acht Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Für die zweite Phase sind die Kosten im Lichte der Ausbauziele neu zu bestimmen und die Finanzierungsquoten für den Bund und die Länder zu vereinbaren. Der Bund bleibt bis zur Erreichung eines flächendeckenden Ganztagsangebots in der gemeinsamen Pflicht mit den Ländern.

## SO WOLLEN WIR LEBEN



Deutschland 2020 ist ein Land, in dem es gelingt, Zukunftschancen von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. Jedes Kind, gleich welcher Herkunft, gleich wo es lebt und gleich welche Schulform es besucht, kann auf eine gute Ganztagschule gehen. Die Talente und Begabungen sind verschieden, aber schlechtere Startchancen werden ausgeglichen. So erhält jedes Kind eine erstklassige Förderung, um sich entwickeln und seine Wünsche verwirklichen zu können. Unsere Gesellschaft schafft

Deutschland 2020  
ist ein Land, in dem es  
gelingt, Zukunftschancen von der  
sozialen Herkunft zu  
entkoppeln.

den Durchbruch weg von sozialen Privilegien hin zur Chancengleichheit durch Bildung. Die Jugendarbeitslosigkeit sinkt, Kinder aus ärmeren Elternhäusern finden wieder öfter den Weg zum sozialen Aufstieg. Für die Bildungs- und Berufschancen ist es irrelevant, ob

junge Menschen aus einer Familie mit Zuwanderungsgeschichte kommen oder nicht. Sie haben alle gleiche Chancen auf gute Schulleistungen, eine hochwertige

Berufsausbildung oder auf ein Hochschulstudium. Die Lebensperspektiven sind nicht mehr von der Herkunft, dem Status oder der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Eltern vorgeprägt, sondern ergeben sich aus den Ideen, Talenten und dem Engagement der Einzelnen.

Und noch etwas hat sich entscheidend verändert: Das Vertrauen ist zurückgekehrt. Mit dem Durchbruch zu mehr Chancengleichheit steht endlich wieder das Ziel der selbstbestimmten Entfaltung aller Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt. Lehrerinnen, Lehrer, Eltern und nicht zuletzt die Kinder und Jugendlichen füllen die neue schulische Lern- und Lehratmosphäre mit Leben. Starke Kitas und Schulen stellen sicher, dass individuelle Förderangebote ohne Bürokratie und Stigmatisierungen für alle in gleicher Weise zur Verfügung stehen. Vor allem brechen sie nicht länger an den Übergängen im Bildungsprozess oder bei einem Umzug in eine andere Stadt ab.

Gute Ganztagschulen haben dieses Vertrauen mitgeschaffen. Sie geben Lehrerinnen und Lehrern sowie Kin-

dern und Jugendlichen mehr Zeit. Zeit zur Orientierung und zum Ausprobieren. Zeit, gemeinsam mit anderen die eigenen Stärken zu entdecken. Sie erleichtern es, dass inklusive Bildung kein schulpolitisches Schreckgespenst mehr ist, sondern gelebter schulischer Alltag an darauf vorbereiteten und entsprechend ausgestatteten Regelschulen. Am Übergang zur Berufsbildung arbeiten Schule, Bundesagentur für Arbeit, die Kammern und Unternehmen Hand in Hand dafür, dass Jugendliche sich früh auf für sie attraktive und passende Ausbildungsangebote orientieren und den Ausbildungseinstieg erfolgreich meistern können. Die Kultur der zweiten und dritten Chance dämpft einen übertriebenen Erfolgsdruck, indem sie frustrierende Bildungssackgassen aufbricht und immer eine Perspektive eröffnet, wie es weiterge-

hen kann. Entsprechend wächst das Vertrauen der Eltern wieder, die Zukunft ihrer Kinder öffentlichen Kitas und Schulen anzuvertrauen. Das nimmt Druck von den Eltern, auch weil sie an offenen Schulen stärker an der Gestaltung der Ziele, Konzepte und Methoden beteiligt werden und damit auch wissen, was dort stattfindet. Der private Nachhilfemarkt verliert an Bedeutung. Eltern erfahren, dass die Ganztagschule es ihnen immens erleichtert, Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen. Deutschland 2020 ist ein Land, in dem uns durch ein chancenreiches, inklusives, vertrauenswürdiges und vielfältig förderndes Bildungssystem der Neuanfang für ein nachhaltiges Wohlstandsmodell gelingt, das die Spaltung der Gesellschaft überwindet und auf soziale Teilhabe ausgerichtet ist.









# 05. INTEGRATION UND TEILHABE

*Wir wollen ein offenes und vielfältiges Land, in dem alle die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe erhalten.*



Deutschland ist ein reiches Land – reich an Vielfalt und Kulturen. Diesen Reichtum gilt es anzuerkennen und zu nutzen. Moderne Integrationspolitik erkennt die Chancen von Zuwanderung, benennt aber auch Versäumnisse und schafft Abhilfe.

Integration hängt vor allem von sozialen Faktoren ab und gelingt am besten, wenn alle Menschen in unserem Land die gleichen Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft, auf Bildung und Arbeit haben. Selbst bei gleicher Leistung sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unserem Bildungssystem und am Arbeitsmarkt häufig benachteiligt. Zu den wichtigsten Fragen gehört daher, wie wir Chancengleichheit in unserem Land verwirklichen und Diskriminierung entgegenwirken können.

## UNSERE ZIELE

*Wir wollen den Kitausbau vorantreiben und die Qualität der Kitas verbessern. Sprachförderung für alle muss fester Bestandteil vorschulischer Betreuung werden. Gute Ganztagschulen müssen auch hochwertigen muttersprachlichen Unterricht anbieten.*

*Wir wollen, dass alle Jugendlichen einen Schulabschluss machen und einen guten Einstieg in Ausbildung und Arbeit finden. Deshalb werden wir sie beim Übergang von der Schule in den Beruf besser unterstützen. Allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden wir eine Berufsausbildungsgarantie geben.*

*Wir wollen das Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht modernisieren. Bei Einbürgerungen soll die doppelte Staatsangehörigkeit generell akzeptiert werden.*

*Integration findet vor Ort statt, in der Nachbarschaft. Deshalb wollen wir die sozial-integrative Stadtentwicklung wieder stärken.*

# UNSER LAND HEUTE

## Einwanderungsland Deutschland

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Über Jahrzehnte wurde dies vor allem von Konservativen ignoriert. Heute sind wir ein gutes Stück weiter. Das jährlich vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration veröffentlichte Integrationsbarometer zeigt, dass sich in unserer Gesellschaft ein pragmatisch-positives Integrationsklima verfestigt. Das Thema ist präsenter und wird immer mehr als wichtige Aufgabe anerkannt. Diese Offenheit gilt es zu bestärken.

Die öffentliche Diskussion um »Integration« und »Menschen mit Migrationshintergrund« hat sich in den letzten Jahren verschärft. Trotzdem nutzen Populisten Polemik gegen Einwanderer, um ihre politischen Forderungen zu rechtfertigen. Problematisch ist, dass viele Menschen nicht wissen, wie »Migrationshintergrund« definiert wird und welche Heterogenität sich dahinter versteckt. Sei es der Sohn eines in Deutschland lehrenden französischen Gastprofessors, die in Deutschland geborene Tochter einstiger türkischer Zuwanderer oder der geduldete Flüchtling aus dem Sudan. Ob Aussiedler, langjähriger deutscher Staatsbürger oder Asylbewerber. Sie alle können in die Kategorie »Menschen mit Migrationshintergrund« fallen. Viele Menschen, die mit diesem Etikett versehen werden, lehnen es ab, weil sie in dieser Gesellschaft angekommen sind und sich als vollwertigen und gleichberechtigten Teil unseres Landes sehen – und weil diese Kategorisierung meist als Diskriminierung verstanden wird.

Wir sind überzeugt: Integration gelingt da, wo es die gleichen Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft, auf Bildung und Arbeit gibt. Dafür gibt es viele ermutigende Ankunfts- und Aufstiegsgeschichten. Wir sollten aus diesen Geschichten lernen. Unser Bildungssystem muss offener werden für kulturelle Unterschiede. Es muss ungleiche Startbedingungen der Kinder und Jugendlichen ausgleichen. Alle Menschen müssen diese Integrationschancen nutzen können, egal welcher Herkunft sie oder ihre Familienangehörigen sind. Unterschiede zwischen den Kulturen sollten weder geleugnet noch dramatisiert,

sie müssen vielmehr nüchtern angesprochen werden. Keinesfalls dürfen diese Differenzen als Ausrede für jedes Problem in unserer Gesellschaft herhalten. Neben unterschiedlichen Weltanschauungen aufgrund von Herkunft oder Kultur, sind es hauptsächlich ungleiche Chancen, die heute zu unseren wichtigsten politischen Herausforderungen gehören. Der »Migrationshintergrund« selbst ist keine Diagnose, wir müssen stattdessen den Blick schärfen für Sprachkompetenzen, Schulabschlüsse und den Übergang in den Arbeitsmarkt unabhängig von Herkunft oder Elternhaus.

## Bildung: Schlüssel zum Erfolg

Kinder aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte sind besonders betroffen von der engen Verbindung zwischen sozialer Herkunft und dem Bildungserfolg. Ihre Eltern oder Großeltern sind häufig nach Deutschland gekommen, weil sie in ihrer Heimat keine berufliche Perspektive hatten. Die Eltern kommen oft aus bildungsfernen Schichten, haben selbst mit Sprachhürden zu kämpfen und kennen das deutsche Schulsystem ihrer Kinder kaum. Es ist daher wenig überraschend, dass gerade Kinder aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte häufiger ohne Abschluss bleiben oder seltener die Schule mit dem Abitur beenden. Übersehen werden darf außerdem nicht, dass zunehmend auch Kinder ohne Migrationshintergrund Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben und Förderung benötigen.

Das schlechtere Abschneiden von Jugendlichen aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte in der Schule hat nicht immer etwas mit geringeren Leistungen zu tun. Studien zeigen, dass bei gleichen Noten ein Kind aus einer Einwandererfamilie seltener eine Empfehlung für eine weiterführende Schule erhält.

## Arbeit: direkter Weg zur Teilhabe

Die Benachteiligung setzt sich auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt fort. In einer aktuellen Studie stellte das Institut zur Zukunft der Arbeit fest, dass Bewerber-



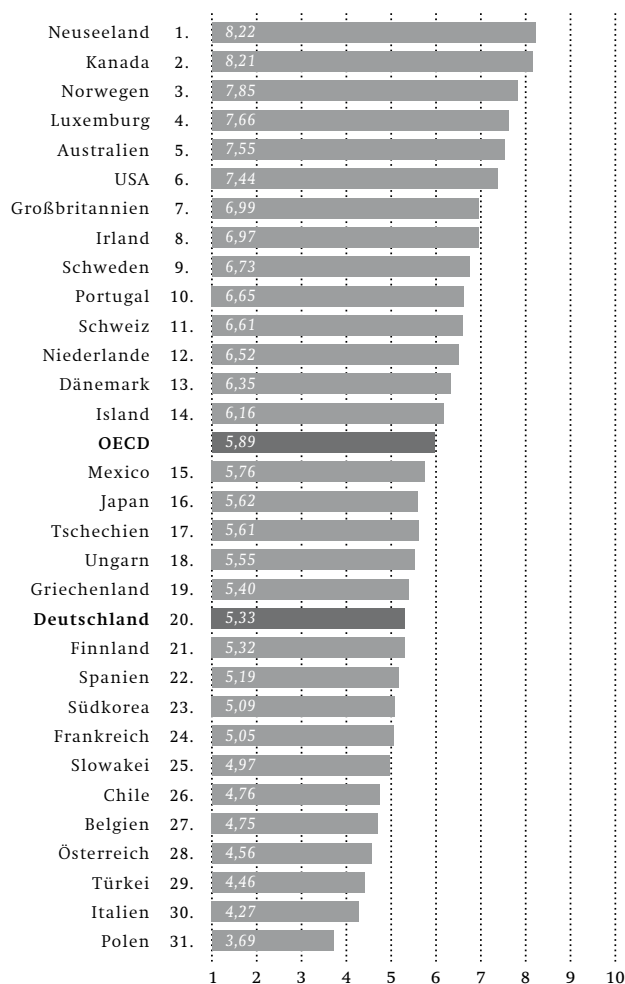
rinnen und Bewerber mit türkischen Namen insgesamt 14 Prozent weniger positive Antworten erhalten – trotz gleicher Qualifikation. Bei kleinen Unternehmen haben türkischstämmige Bewerberinnen und Bewerber sogar eine 24 Prozent geringere Chance auf ein Vorstellungsgespräch. Überdurchschnittlich viele junge Menschen aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte finden sich auch deshalb nach der Schulzeit in den Fördermaßnahmen des genannten Übergangssystems wieder, mit einer geringen Chance auf eine anschließende Ausbildung oder eine feste Anstellung.

Dabei ist Arbeit ein wesentlicher Faktor für Integration. Aus ihr speisen sich Anerkennung, gesellschaftliche Teilhabe und ein weitgehend selbstbestimmtes Leben. Doch auch strukturelle Diskriminierung in der Arbeitswelt verhindert diesen wichtigen Schritt. Die schwierige Anerkennung von ausländischen Abschlüssen führt zusätzlich dazu, dass viele Menschen mit »Migrationshintergrund« unter ihrem Qualifikationsniveau arbeiten. Trotz des demografischen Wandels und des damit verbundenen Fachkräftemangels werden auf diese Weise Potenziale eines großen Teils der Bevölkerung nicht genutzt. Schon heute kommt es in einzelnen Regionen Deutschlands zu Fachkräftengpässen. Nicht nur, aber eben auch, um den drohenden Fachkräftemangel einzudämmen, müssen wir das vorhandene Fachkräftepotenzial voll ausschöpfen. Jugendliche ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz sowie Frauen, Ältere und Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte müssen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen.

Auch eine zielgerichtete Zuwanderung kann zum Erhalt bzw. Ausbau von Arbeitsplätzen beitragen. Leider fehlt es Deutschland noch immer an einer Willkommenskultur und an notwendigen Strukturen, die unser Land für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiv machen. Der Rechtsanspruch für ein Anerkennungsverfahren für ausländische Bildungsabschlüsse und die Senkung des Mindesteinkommens für Zuwanderer aus Drittstaaten, die ohne Vorrangprüfung einen Arbeitsplatz antreten können, sind notwendige, wenn auch nicht ausreichende Schritte.

## Andere Länder sind erfolgreicher

*Bessere Chancen, mehr Teilhabe: In den meisten vergleichbaren Ländern gelingt Integration besser als in Deutschland.*



Die Studie »Sustainable Governance Indicators« misst die Nachhaltigkeit des Regierens in den Staaten der OECD anhand verschiedener Kennzahlen. Die Ergebnisse werden auf einer Skala von 1 bis 10 abgebildet und in Form von Länderrankings vergleichend dargestellt. Die Grafik zeigt, dass Deutschland im Ranking zum Thema Integration unter dem Durchschnitt der OECD-Staaten liegt. Gemessen wurden unter anderem Kennzahlen zu den Bildungs- und Teilhabechancen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

## Optionsmodell und Kettenduldungen: Hindernisse für Integration

Die Bemühung um ausländische Fachkräfte darf nicht in eine Zweiklassengesellschaft münden. Die Probleme von Flüchtlingen und Geduldeten dürfen wir nicht vergessen. 2011 lebten, trotz mehrerer Altfallregelungen, noch rund 87.000 Ausländerinnen und Ausländer geduldet in Deutschland, davon etwa 51.000 länger als sechs Jahre – Jahre ständiger Unsicherheit und oft auch Existenzangst. Durch die Praxis, Duldungen immer wieder zu verlängern (Kettenduldung), haben diese Menschen lange Zeit keine wirkliche Zukunftsperspektive. Die Teilnahme an Integrationskursen wird ihnen nicht gestattet, das Aufnehmen einer Arbeit erschwert. Beides verhindert die Integration und die dauerhafte Verwurzelung in Deutschland.

Ebenfalls integrationshemmend ist das so genannte Optionsmodell im Staatsangehörigkeitsrecht. Wer in Deutschland nach dem Jahr 2000 geboren wurde, ist – unter bestimmten Voraussetzungen – Deutscher. Daneben können die Kinder ausländischer Eltern deren Staatsangehörigkeit behalten. Zwischen dem 18. und dem 23.

*Der Staat macht hier  
geborene Jugendliche  
mit dem Erwachsenwer-  
den zu Ausländerinnen  
und Ausländern.*

Lebensjahr aber müssen sie sich für die deutsche oder die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern entscheiden. Damit stellt der Staat die Jugendlichen vor eine unnötige Wahl zwischen zwei Identitäten, die nun einmal beide zu ihrem Leben dazu

gehören. Wenn wir daran nichts ändern, würde bis zum Jahr 2025 die Zahl der optionspflichtigen deutschen jungen Erwachsenen laut Bundesministerium des Innern auf rund 320.000 anwachsen. Wer sich nicht zurückmeldet, verliert automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit. Mit anderen Worten: Der Staat macht die hier geborenen Jugendlichen mit dem Erwachsenwerden wieder zu Ausländerinnen und Ausländern.

Neben der integrationspolitischen Fragwürdigkeit der Optionspflicht ist das Modell auch mit hohen Kosten und Aufwand für die Verwaltungen verbunden. Genauso abschreckend ist der Zwang, bei der Einbürgerung die alte Staatsangehörigkeit aufzugeben. Laut einer Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) ist es genau diese Entscheidung, die 57 Prozent der Migrantinnen und Migranten davon abhält, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen.

keinen Schulabschlüssen und geringen Erwerbschancen. Da diese Gegenden oftmals auch noch eine schlechter ausgestattete Infrastruktur aufweisen, werden die Bewohnerinnen und Bewohner zusätzlich benachteiligt.

Solche Stadtteile, die »abgehängt« zu werden drohen, sind auf Unterstützung angewiesen. Das unter rot-grüner Regierung initiierte Programm »Soziale Stadt« hat mit einer Mischung aus baulicher Substanzverbesserung und sozial-integrativen Maßnahmen viel bewegt. Mit seinem beteiligungsorientierten und ressortübergreifenden Ansatz gilt das Programm als vorbildhaft im Bereich der Stadtentwicklung.

Die schwarz-gelbe Koalition hat in den letzten Jahren die Städtebauförderung und insbesondere das Programm »Soziale Stadt« massiv gekürzt. Für das Programm standen 2011 nur noch 28,5 Millionen Euro Bundesmittel zur Verfügung – 2009 waren es noch 105 Millionen Euro. Auch 2012 stellte Schwarz-Gelb nur 40 Millionen Euro bereit. Genauso verheerend ist es, dass die Bundesregierung die 2006 eingeführten sozial-integrativen Modellvorhaben in Gebieten der »Sozialen Stadt« zum Erwerb der deutschen Sprache, Verbesserung von Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen sowie im Bereich der lokalen Ökonomie komplett gestrichen hat. Die Bemühungen der Länder und Kommunen, diese Kürzungen zu kompensieren und ihre integrative Arbeit fortzusetzen, sind beachtenswert. Auf Dauer bedeutet der Kahlschlag der Bundesregierung jedoch eine fatale Entwicklung für unsere Städte und für alle Menschen, die dort zusammenleben.

## Abgehängte Stadtteile

Die Städte Deutschlands stehen im Mittelpunkt der Zuwanderungsbewegungen. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zeichnet sich besonders in den Städten ab. In einzelnen Stadtteilen wohnen überproportional viele Menschen mit schwachem Einkommen, niedrigen oder

# DAS WOLLEN WIR TUN



## Ausbau und Verbesserung der frühkindlichen Bildung

Angebote der frühkindlichen Bildung können die Bildungschancen von Kindern verbessern und unterschiedliche Ausgangsbedingungen frühzeitig ausgleichen. In der Kita profitieren Kinder von ersten Bildungsangeboten, lernen Deutsch und erweitern ihre sprachlichen Kompetenzen. Anstatt das Betreuungsgeld einzuführen, möchten wir den Kitausbau vorantreiben und die Qualität der Kitas verbessern. Sprachförderung muss ein fester Bestandteil aller Kitas sein und sich an alle Kinder wenden. Denn auch Kinder ohne Zuwanderungsgeschichte weisen Sprachdefizite auf. Zudem soll die frühkindliche Betreuung und Bildung schrittweise von Elternbeiträgen befreit werden, um so Hemmschwellen für den Kita-Besuch abzubauen.

Damit Kitas für Familien mit Zuwanderungsgeschichte attraktiver werden, müssen sie sich interkulturell öffnen. Bereits während der Ausbildung muss Erzieherinnen und Erziehern interkulturelle Kompetenz vermittelt werden. Das Wissen über kulturelle Unterschiede und die unterschiedliche Prägung der Kinder ist notwendig für einen verständnisvollen Umgang mit den Kindern und für einen konstruktiven Austausch mit den Eltern. Um die Eltern besser einzubeziehen und ihnen Hilfestellung in Erziehungsfragen zu geben, wollen wir außerdem Kindertageseinrichtungen zu Familien- bzw. Eltern-Kind-Zentren erweitern. Dort kann Kinderbetreuung mit niedrigschwelligen Förder-, Bildungs- und Beratungsangeboten verbunden werden.

Wir wollen, dass gute Ganztagschulen die Potenziale von Kindern, die zweisprachig aufwachsen, fördern. Ein hochwertiger muttersprachlicher Unterricht, bei dem Schülerinnen und Schüler auch Sprachzertifikate erwerben können, zeigt jungen Menschen eine Wertschätzung für ihre Zweisprachigkeit und verbessert ihre Wettbewerbschancen auf dem Arbeitsmarkt.

## Chancengleichheit auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

Um den Übergang von der Schule ins Arbeitsleben einfacher zu gestalten, soll Berufsvorbereitung ein fester Bestandteil der Lehrpläne werden – und dies so früh wie möglich. Schulen sollen berufsvorbereitende Inhalte bereits ab der siebten Klasse lehren, damit Schülerinnen und Schülern rechtzeitig berufliche Perspektiven eröffnet werden und sie das gesamte Spektrum an Ausbildungsgängen kennenlernen. Junge Erwachsene, die ohne einen Abschluss die Schule verlassen, sollen die Möglichkeit erhalten, diesen mit finanzieller Unterstützung berufsbegleitend nachzuholen und so ihre späteren Berufschancen zu verbessern.

Damit junge Menschen nach der Schule nicht im Übergangssystem verloren gehen, benötigen sie eine Berufsausbildungsgarantie. Für mehr Chancengleichheit muss auch die vorhandene Diskriminierung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ein Ende haben. Wer auf der Suche nach einer Stelle ist, muss sich sicher sein können, dass nur seine Qualifikationen und nicht seine Herkunft, sein Geschlecht oder sein Alter im Bewerbungsprozess entscheidend sind. Anonymisierte Bewerbungen sind eine Möglichkeit, um dies zu erreichen. Wir prüfen daher, ob Unternehmen, Behörden und Organisationen ihre Bewerbungsverfahren anonym durchführen können, damit Bewerberinnen und Bewerber mit ausländischen Wurzeln nicht von vornherein von Vorstellungsgesprächen ausgeschlossen werden. Um sicherzustellen, dass Minderheiten nicht benachteiligt werden, möchten wir das Antidiskriminierungsgesetz weiterentwickeln. Längere Klagefristen und der Ausbau von Beratungsstellen sollen Betroffenen dabei helfen, ihre Rechte zu kennen und einzufordern.

Ein weiterer Schritt zu gleichen Arbeitsmarktchancen besteht darin, ausländische Bildungsabschlüsse besser anzuerkennen. Es darf nicht sein, dass Menschen einen

*Wer Integration fördern will, muss für gute Kitas und Ganztagschulen sorgen, nicht ein integrationsfeindliches Betreuungsgeld einführen.*

Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren haben, danach aber mit dem Ergebnis der Überprüfung alleine gelassen werden. Wir wollen für sie einen Rechtsanspruch auf Beratung realisieren. Damit die Kosten für Anpassungslehrgänge oder die Prüfungskosten nicht zur unzumutbaren Hürde werden, wollen wir die Maßnahmen finanziell fördern. Die Verbesserung des Anerkennungsverfahrens wird dazu beitragen, dass Deutschland für qualifizierte Fachkräfte attraktiver wird. Weitere Maßnahmen, um dies zu erreichen, betreffen das Aufenthaltsrecht. So möchten wir unter anderem den Nachzug für Familienangehörige fairer gestalten.

Auf der Suche nach Fachkräften dürfen wir nicht ausschließlich in die Ferne schauen. Um das Potenzial der bereits hier lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte optimal zu nutzen, wollen wir analog zum erfolgreichen Programm »Perspektive 50plus« ein Arbeitsmarktprogramm »MigraPlus« auflegen. In ihm werden wir bessere Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte entwickeln.

### Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht modernisieren

Wir wollen die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts fortsetzen. Wir fordern die Akzeptanz der doppelten Staatsbürgerschaft und die Abschaffung des Optionszwangs. In Zukunft soll es bei Einbürgerungen generell möglich sein, die alte Staatsangehörigkeit zu behalten. Damit beenden wir die Ungleichbehandlung, denn der deutsche Staat akzeptiert bereits jetzt in mehr als der Hälfte aller Fälle eine doppelte Staatsbürgerschaft. Die einstige Regelung zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit ist damit faktisch obsolet. Eine Ausweitung auf alle Nationalitäten wäre nur konsequent

*In Zukunft soll es bei Einbürgerungen generell möglich sein, die alte Staatsangehörigkeit zu behalten.*

und der gesellschaftlichen Realität angemessen. Die Betroffenen könnten ohne die symbolträchtige und psychologisch belastende Aufgabe ihrer alten Staatsangehörigkeit als Deutsche ihre Rechte

und Pflichten wahrnehmen. Nicht zu unterschätzen ist beispielweise die integrative Wirkung von Wahlen und die Möglichkeit, dadurch aktiv die Gesellschaft mitzugestalten.

Die bisherigen Altfallregelungen bei Duldungen sind an bestimmte Stichtage gebunden. Wer zu diesem Termin über einen bestimmten Zeitraum geduldet in Deutschland lebt, hat eine Chance auf eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis – falls es der Person gelingt, ihren Lebensunterhalt eigenständig zu bestreiten. Wir setzen uns für eine stichtagunabhängige Regelung ein, um auch auf künftige Fälle reagieren zu können und Kettenuldungen langfristig zu vermeiden. Menschen, die seit

acht Jahren geduldet sind, werden wir eine Aufenthaltserlaubnis erteilen. Eltern von minderjährigen Kindern sollen schon nach sechs Jahren einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten, Minderjährige nach vier Jahren. Bedingungen für den dauerhaften Aufenthalt sind einfache mündliche Deutschkenntnisse und das ernsthafte Bemühen um eine Arbeitsstelle.

Die Ausländerbehörden wollen wir zu modernen Integrationsbehörden umgestalten. In ihnen müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Migrantinnen und Migranten aktiv über ihre Rechte und Möglichkeiten informieren und Ermessensspielräume zu Gunsten gut integrierter Zuwandererinnen und Zuwanderer häufiger nutzen. Die Behörden – und damit letztlich der deutsche Staat – sollen Menschen, die nach Deutschland einwandern dürfen, nicht misstrauisch, sondern offen und hilfsbereit begegnen.

### Wiederbelebung der Sozialen Stadt

Wir wollen, dass die soziale Stadtentwicklung wieder angemessene Wertschätzung erhält. Die Kürzungen der Städtebauförderung und insbesondere des Programms »Soziale Stadt« werden wir zurücknehmen und die Bundesmittel für die Städtebauförderung mindestens auf 700 Millionen erhöhen. Der ressortübergreifende Ansatz des Programms »Soziale Stadt« soll verbindlicher werden, um städtebaulich-investive mit sozial-integrativen Projekten örtlich zu bündeln.

### Der Islam: Dialog statt Polemik

Umfragen zeigen uns immer wieder, dass Muslime und der Islam mit Argwohn betrachtet werden. Noch zu häufig wird über sie gesprochen und zu selten mit ihnen gemeinsam an einem besseren Zusammenleben gearbeitet. Populistische Debatten gießen zusätzlich Öl ins Feuer. Unser Ziel ist es, über die Situation des Islam in Deutschland aufzuklären und Vorurteile abzubauen. Die Deutsche Islam Konferenz wollen wir zu diesem Zweck weiterführen. Dabei soll die Konferenz ein Forum sein, um den muslimischen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern auf Augenhöhe zu begegnen und den konstruktiven Dialog zu suchen. Konflikte müssen offen zur Sprache kommen. Doch wir konzentrieren uns darauf, Lösungen zu entwickeln – gemeinsam mit den muslimischen Verbänden, Gemeinden sowie Expertinnen und Experten. Verträge in den Bundesländern zwischen Religionsgemeinschaften und den jeweiligen Regierungen, wie in Hamburg, können der Zusammenarbeit eine gut geregelte Basis geben.

Die NSU-Mordserie hat uns erneut gezeigt, dass wir uns dem Extremismus in seiner Gänze entgegenstellen müssen, egal ob dieser rassistisch, politisch oder religiös

motiviert ist. Sowohl rechtsextremistische als auch beispielsweise religiös-extremistische Gruppierungen rekrutieren ihre Anhänger oft dadurch, dass sie bildungsfernen und gesellschaftlich abgehängten Jugendlichen Halt und Stärke versprechen. Investitionen in die Bildung und Ausbildung von jungen Menschen sind daher die wirksamsten Präventionsmittel gegen Extremismus. Religion kann missbraucht werden zur Rechtfertigung von Extremismus und Gewalt. Wo dies geschieht, muss der demokratische Rechtsstaat die Sicherheit und Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger schützen. Wir müssen aufklären über das Verhältnis von Extremismus und Religion, da einzelne islamistische Gruppierungen zu häufig mit allen Musliminnen und Muslimen in Deutschland

in einen Topf geworfen werden. Die Realität des Islam in Deutschland ist eine andere. Sie zeigt, dass die große Mehrheit der Musliminnen und Muslime Gewalt ablehnt und ein friedliches Zusammenleben sucht. Wir wollen die Errichtung und den Ausbau von Lehrstühlen islamischer Theologie fördern. Schulen und Moscheen müssen auf Islamlehrerinnen und -lehrer sowie Imame zurückgreifen können, die in Deutschland ausgebildet wurden. Wir setzen uns für den islamischen Religionsunterricht ein. Mit diesen Angeboten können wir muslimische Jugendliche zusätzlich stärken und sie davor schützen, extremistischen Gruppierungen zum Opfer zu fallen. Statt Muslime im politischen Diskurs auszugrenzen, sagen wir offen und entschieden: Der Islam gehört zu Deutschland.

## SO WOLLEN WIR LEBEN



### Gleiche Chancen und Teilhabe

Deutschland 2020 ist ein Land, in dem es für den Alltag der Menschen und in der politischen wie medialen Debatte kaum noch eine Rolle spielt, ob jemand einen »Migrationshintergrund« hat oder nicht. Unterschiede in Herkunft oder Religionszugehörigkeit bestehen selbstverständlich nach wie vor, stellen aber keine Faktoren der Benachteiligung und Diskriminierung mehr dar. Nicht das Trennende an Vergangenheit und Herkunft, sondern das Verbindende einer gemeinsamen demokratischen Zukunft prägt das politische Bewusstsein. Wir leben ein neues Leitbild: Alle Fähigkeiten und Rechte – Sprache, Bildung, soziale Netzwerke, Staatsangehörigkeit, aktives und passives Wahlrecht – erwerben zu können, die zur Aktivbürgerschaft befähigen, steht im Mittelpunkt des Zusammenlebens.

Entscheidend ist, dass alle als Teil unserer Gesellschaft akzeptiert sind. Der Begriff der »Integration« relativiert sich und beschränkt sich nicht mehr auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, sondern wird mit gesellschaftlicher Teilhabe gleichgesetzt, die alle anstreben, sei es in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt oder in ihrem direkten Lebensumfeld. Der Kita-Besuch ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden, egal ob beide Elternteile arbeiten oder nicht. Da es genug Kitas gibt, gehören

lange Wartelisten und das Bangen um einen Platz der Vergangenheit an. Sprachförderung in der Kita und der Schule zeigen ihre Wirkung: Der Anteil der Jugendlichen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, ist drastisch gesunken. Die Schulstatistiken zeigen, dass das Erreichen eines Schulabschlusses und höherer Abschlüsse nicht mehr von der Herkunft eines Kindes abhängt.

In der Kita und der Ganztagschule werden die unterschiedlichen Hintergründe der Kinder und Jugendlichen nicht als Hindernis, sondern als Chance begriffen. Dies zeigt sich beim muttersprachlichen Unterricht, durch den Kinder zum Beispiel Türkisch oder Arabisch auf solch einem hohen Niveau lernen, dass es ihnen auf ihrem schulischen und beruflichen Weg weiterhilft. Der Islamunterricht kann in allen Schulen, die ihn anbieten möchten, von in Deutschland ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt werden. Die muslimischen Schülerinnen und Schüler profitieren davon, dass sie sowohl in der Schule als auch in den Moscheen deutschsprachige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner haben, die sich mit ihrer Religion und mit ihrer Lebenswirklichkeit in Deutschland auskennen.

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind sich dem Problem der Diskriminierung bewusst und legen – auch aufgrund des weiterentwickelten Antidiskriminierungsgesetzes – verstärkt Wert auf einen fairen Bewerbungs-



prozess, bei dem nur die Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber zählt.

Nicht nur die schulische Ausbildungsqualität und die Perspektive der hier lebenden Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt haben sich verbessert – Deutschland ist auch für internationale Fachkräfte attraktiver

*Der Begriff der »Integration« relativiert sich und beschränkt sich nicht mehr auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, sondern wird mit gesellschaftlicher Teilhabe gleichgesetzt, die alle anstreben.*

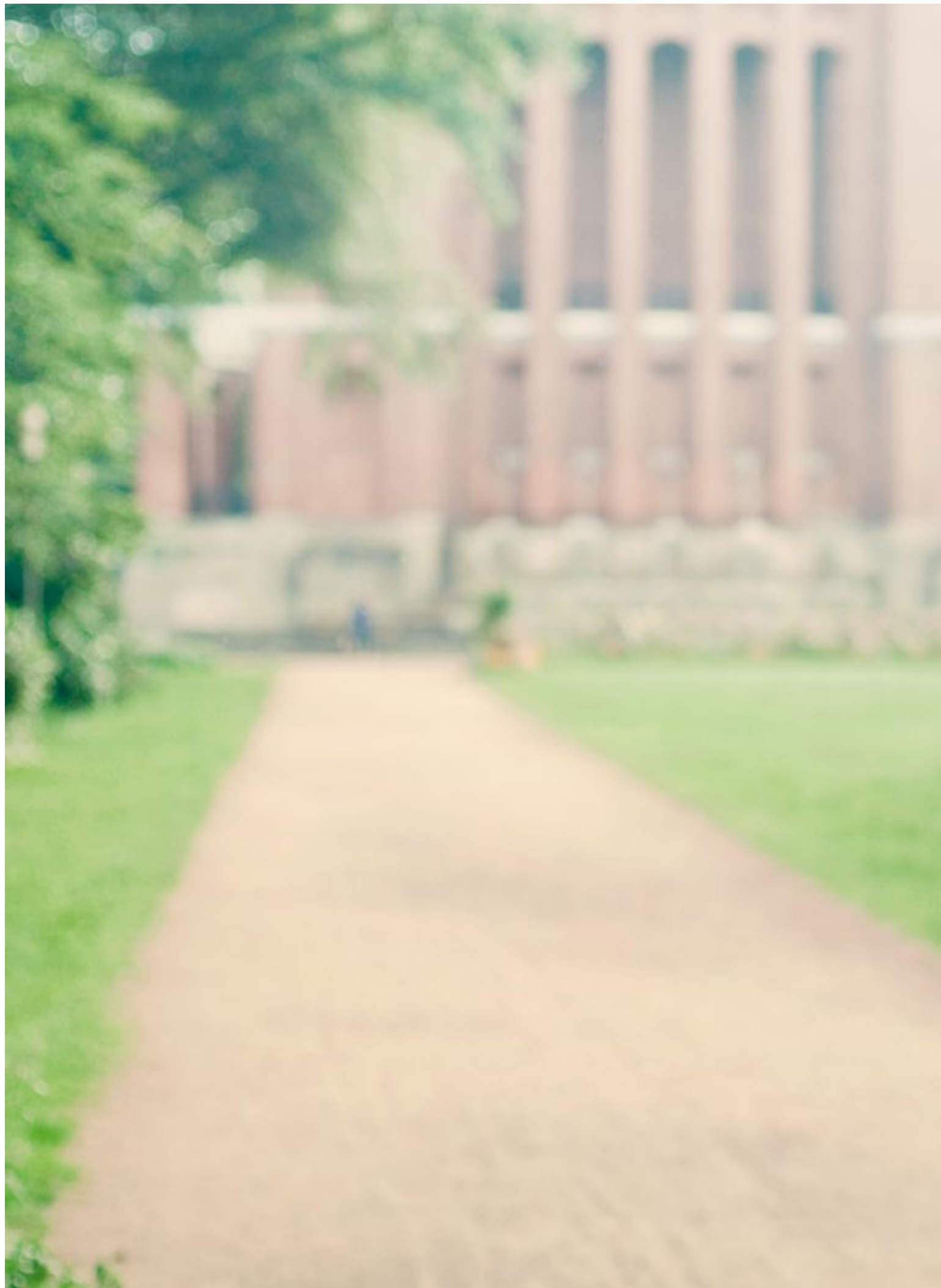
geworden. Ein gesellschaftliches Klima der Akzeptanz, liberalere Regelungen (wie z. B. beim Familiennachzug) und ansprechende Beratungsangebote machen unser Land zu einem attraktiven Ziel für qualifizierte Zuwandererinnen und Zuwanderer. Im Jahr 2020 wird der sozialen Spaltung in deutschen Städten entschieden begegnet, um keine stigmatisierten Bezirke zuzulassen, die als »verloren« gelten. Langfristige Programme wie die »Soziale Stadt« ermöglichen eine kommunale Stadtentwicklung, die der sozio-ökonomischen Polarisierung zwischen den Stadtteilen entgegenwirkt und die Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort Schritt für Schritt verbessert. In partizipativen Netzwerken werden die Bewohnerinnen und Bewohner als »Expertinnen und

Experten vor Ort« in Entscheidungen eingebunden, so dass ihr Wohnumfeld nicht nur für sie, sondern auch durch sie stetig an Qualität gewinnt. Ehemals kriminelle Brennpunkte werden sicherer, auch weil die Menschen vor Ort sich für die Lebensqualität ihres Quartiers verantwortlich fühlen.

Die doppelte Staatsbürgerschaft ist auch in unserem Land für jeden möglich und etwas Selbstverständliches. Die Loyalität gegenüber und die Identifikation mit Deutschland werden nicht infrage gestellt, unabhängig davon, ob junge Erwachsene noch eine andere Staatsbürgerschaft besitzen oder nicht. Kinder und Jugendliche, die mit ihren Familien oder alleine in unser Land geflohen sind, erhalten die Chance, in unserer Gesellschaft Fuß zu fassen. Kettenduldungen gehören der Vergangenheit an. Die Behörden unseres Landes sind für hier lebende Ausländerinnen und Ausländer ohne dauerhaften Aufenthaltstitel kein Ort der Furcht mehr, sondern Ansprechpartner, von denen sie kompetente Beratung zu ihrer individuellen Situation erhalten. Die Kooperation der Behörden mit Migrantinnen- und Wohlfahrtsverbänden sowie ein offensives Werben für Einbürgerungen, sind selbstverständlicher Teil der deutschen Zuwanderungs- und Integrationspolitik.

lassen, die als »verloren« gelten. Langfristige Programme wie die »Soziale Stadt« ermöglichen eine kommunale Stadtentwicklung, die der sozio-ökonomischen Polarisierung zwischen den Stadtteilen entgegenwirkt und die Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort Schritt für Schritt verbessert. In partizipativen Netzwerken werden die Bewohnerinnen und Bewohner als »Expertinnen und







# 06.

## GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN

*Gleichstellung heißt, dass Frauen und Männer ihre Rollen verändern:  
von der Zuverdienerin zur Verdienerin, vom Haupternährer zum Partner auf  
Augenhöhe. Wir wollen die Rolle(n) vorwärts.*



Frauen sind im Erwerbsleben benachteiligt. Sie verdienen im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer. Sie arbeiten häufiger in unfreiwilliger Teilzeit, im Niedriglohnsektor oder in Minijobs. Die Führungsetagen in Unternehmen sind noch immer eine Domäne der Männer.

Doch die Wünsche und Bedürfnisse von Frauen und Männern haben sich geändert: Frauen wollen auf eigenen Beinen stehen und gleiche Chancen. Männer wollen eine Arbeitswelt, die mehr Zeit für Verantwortung in der Familie lässt. Deshalb braucht Deutschland eine gleichstellungspolitische Offensive.

### UNSERE ZIELE

*Wir wollen, dass sich Frauen genauso wie Männer aus eigener Erwerbstätigkeit absichern können. Deshalb werden wir die Diskriminierung von Frauen im Arbeitsleben abbauen. Wir werden die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern per Gesetz durchsetzen und eine gesetzliche Quote für Aufsichtsräte und Vorstände einführen. Wir werden einen allgemeinen Mindestlohn gesetzlich verankern und die Minijobs reformieren.*

*Wir wollen, dass sich Frauen und Männer die Aufgaben in Beruf und Familie gleichberechtigt und partnerschaftlich teilen können. Deshalb treiben wir den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen voran. Wir wollen das Elterngeld weiterentwickeln und flexible, familienfreundliche Arbeitszeiten für Männer und Frauen durchsetzen.*



# UNSER LAND HEUTE

## Die Zeichen stehen auf Rollenwandel

Die Rollen sind verteilt? Für Frauen Haushalt, Familie, ein bisschen dazuverdienen. Für Männer Karriere, Fußball, Auto. Ausnahmen, ja, die gibt es auch. Aber im Rahmen soll es bleiben ... Nichts ist verteilt! Wir leben im 21. Jahrhundert, Frauen und Männer wollen heute mehr, sie wollen: Familie. Karriere. Zeit. Sie wollen nach ihren Vorstellungen leben. Ohne Bevormundung, ohne Benachteiligung, ohne Leitplanken. Selbstbestimmt.

Die Rolle der Frau und die Rolle des Mannes haben sich gewandelt. Der männliche Hauptverdiener und die weibliche Zuverdienerin gehören der Vergangenheit an – zumindest wenn man nach den Wünschen der Menschen fragt, die sich gerade eine Existenz aufbauen. Frauen wollen genauso wie Männer finanziell auf eigenen Beinen stehen und sich aus eigener Erwerbsarbeit absichern – noch nie waren sie so qualifiziert wie heute. Gleichzeitig wünschen sich Männer eine Arbeitswelt, die ihnen mehr Zeit für Verantwortung in der Familie lässt. Noch bleibt beides oft ein frommer Wunsch. Deutschland braucht eine gleichstellungspolitische Offensive. Auch die Sachverständigenkommission hat in ihrem Gutachten zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung empfohlen, die Hürden aus dem Weg zu räumen: »Die Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass es der Gleichstellungspolitik in Deutschland trotz erheblicher Fortschritte in den letzten Jahren an einem gemeinsamen Leitbild mangelt und Interventionen in unterschiedlichen Lebensphasen und verschiedenen Übergängen im Lebensverlauf unverbunden nebeneinander stehen.« Doch die schwarz-gelbe Koalition bleibt untätig – schlimmer noch: Sie verschärft die Situation, etwa durch die Einführung des so genannten »Betreuungsgeldes«.

## Frauen und Männer in der Familien-Zwickmühle

Wir wollen Frauen den gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen wie Männern, denn nach wie vor

gilt: Die Erwerbsbeteiligung hängt in Deutschland ganz entscheidend vom Geschlecht ab. In der Regel sind weniger Frauen erwerbstätig als Männer. Besonders ausgeprägt ist der Abstand in der Familiengründungsphase. Während Mütter durchgängig für alle Altersgruppen die niedrigste Erwerbsbeteiligung aufweisen, sind Väter mit Kindern die Personengruppe mit der höchsten Beteiligung. Auch wenn es um die Pflege von Angehörigen geht, scheiden Frauen eher als Männer aus dem Beruf aus oder verringern ihre Arbeitszeit.

## Raus aus der Teilzeit- und Minijobfalle

Und doch sind heute etwa 15 Prozent mehr Frauen berufstätig als noch vor zwanzig Jahren. Das ist eine erfreuliche Entwicklung und spricht für den Rollenwandel der Geschlechter. Allerdings hat sich das Arbeitszeitvolumen von Frauen insgesamt kaum verändert. Es arbeiten zwar immer mehr Frauen, aber jede von ihnen im Schnitt weniger. Es hat also eine Umverteilung von Vollzeit- zu Teilzeitarbeit stattgefunden.

Ein weiterer Trend: Immer mehr Frauen arbeiten im Niedriglohnsektor. Zwei Drittel der Minijobberinnen und Minijobber sind Frauen. Auch das Gros (66 Prozent) derer, die ausschließlich mit einem Minijob Geld verdienen, ist weiblich.

## Frauen wollen gerechten Lohn und kein Taschengeld

Erschwert wird Frauen eine eigenständige Absicherung auch durch den so genannten Gender Pay Gap, also die geschlechtsspezifische Lohnlücke. Schon seit 15 Jahren hält sich in Deutschland ein wenig rühmlicher Rekord: Frauen verdienen durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer – und das, obwohl die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern geltendes Recht ist. Allerdings ein Recht ohne Praxis. Bei der gleichen Bezahlung von Frau-



en ist Deutschland Schlusslicht in Europa. Das ist nicht nur damit zu erklären, dass Frauen häufiger teilzeitbeschäftigt sind oder familienbedingt aus dem Job aussteigen. Es ist auch nicht allein darauf zurückzuführen, dass sie sich eher für schlechter bezahlte Ausbildungsberufe entscheiden. Denn selbst wenn man diese Faktoren heraus rechnet, bleibt eine Lohnlücke bestehen, die allein mit der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu erklären ist. Lohndumping, ungleiche Bezahlung bei

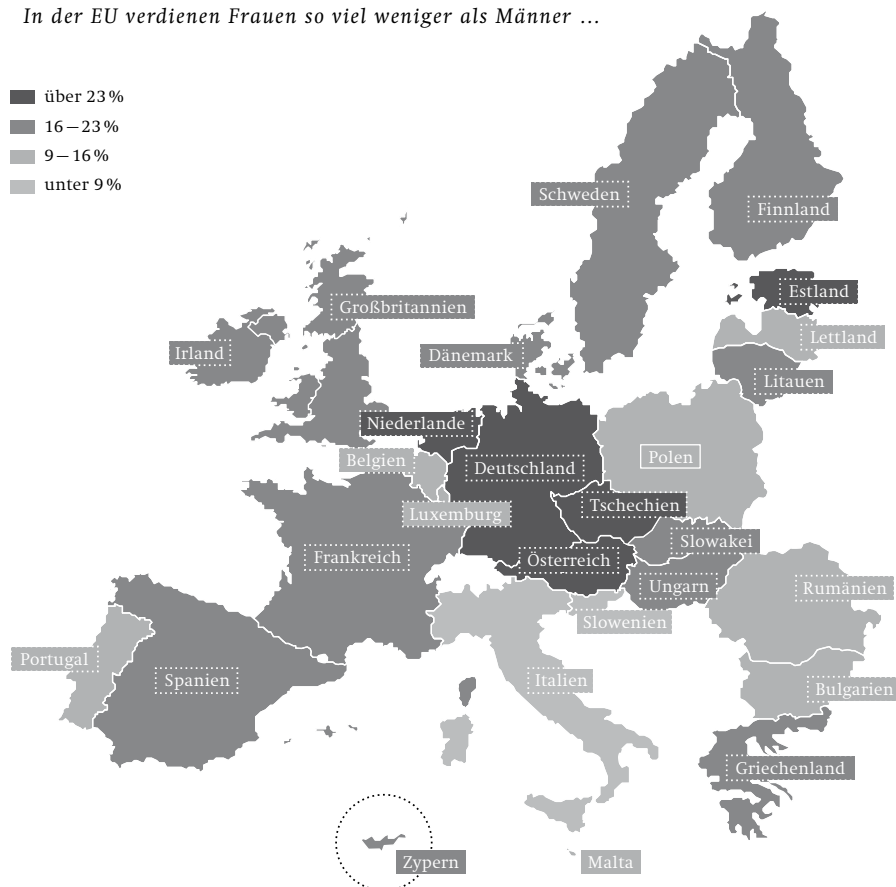
gleicher und gleichwertiger Arbeit und damit Armut bei Trennung bzw. Scheidung und im Alter – das ist die Realität für viele Frauen in Deutschland.

Gleichstellung ja oder nein – das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. Für die meisten Frauen ist es eine existenzielle Frage. Denn sie wollen zum Familieneinkommen beitragen. Sie wollen für Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflege vorsorgen. Und sie wollen im Alter nicht arm sein.

### Bei der gleichen Bezahlung von Frauen ist Deutschland Schlusslicht in Europa

*In der EU verdienen Frauen so viel weniger als Männer ...*

- über 23 %
- 16 – 23 %
- 9 – 16 %
- unter 9 %



Differenz der durchschnittlichen  
Brutto-Stundenverdienste,  
Datenbasis 2008 – Dänemark,  
Estland, Irland, Nieder-  
lande 2007 vorläufige Werte  
Spanien, Frankreich, Zypern

Quelle: Eurostat 2010  
© Hans-Böckler-Stiftung 2010

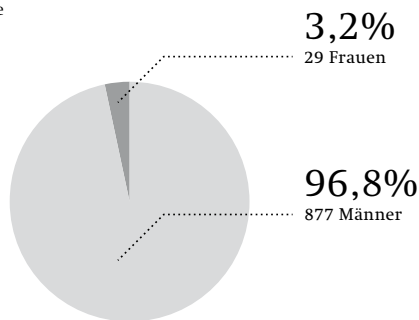
## Frauen wollen und können führen

Diskriminierung erfahren Frauen auch auf dem beruflichen Weg nach oben. In den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen ist nur jedes zehnte Mitglied eine Frau. Oder anders gesagt: Die Männerquote beträgt 90 Prozent. Noch dramatischer ist die Lage in den Vorständen: Nur rund drei Prozent aller Vorstandsmitglieder in den größten deutschen börsennotierten Unternehmen sind weiblich. Die schlechte Nachricht: Weder in den Vorständen noch in den Aufsichtsräten hat sich hier seit 2008 viel verändert. Und auf den unteren Führungsebenen der Unternehmen sieht es nicht besser aus. Die gute Nachricht: Frauen können und wollen führen.

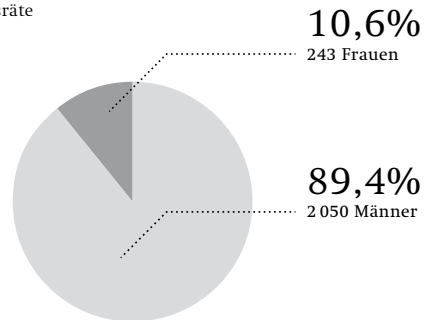
### Die Führungsgremien in der Wirtschaft sind fest in Männerhand

*Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten der 200 größten Unternehmen (ohne Finanzsektor)*

Vorstände



Aufsichtsräte



Daten: DIW Berlin 2011

# DAS WOLLEN WIR TUN

## Neue Wege, gleiche Chancen: Gute Arbeit zu gleichen Bedingungen

Frauen tragen die größten Risiken im Erwerbsleben, das gilt vor allem für Mütter. Eine eigenständige Absicherung

ist den meisten nicht möglich. Stattdessen sind sie ein Leben lang finanziell abhängig – entweder vom Partner oder von staatlichen Transferleistungen. Und den Spagat zwischen Familie und Beruf müssen vor allem Frauen vollbringen. Wir schaffen faire Bedingungen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt:

Wir wollen ein »Equal-Pay«-Gesetz. Gleiches Geld für gleiche und gleichwertige Arbeit, nur das ist gerecht. Aus diesem Grund haben wir im Mai 2012 einen Gesetzentwurf zur Durchsetzung von Entgeltgleichheit vorgelegt. Nur wenn Lohnstrukturen auch transparent gemacht werden, kann Diskriminierung aufgedeckt werden. Deshalb wollen wir Betriebe ab 15 Beschäftigten verpflichten, ihre Entgeltsysteme offen zu legen und auf Diskriminierung überprüfen zu lassen. Wird Lohndiskriminierung attestiert, muss das Folgen haben. Ein Arbeitgeber, der nichts dagegen tut, muss mit hohen Bußgeldern rechnen.

Wir werden den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen. Ein gesetzlicher Mindestlohn kommt vor allem Frauen zu Gute: Frauen sind doppelt so oft wie Männer im Niedriglohnbereich beschäftigt. Zwar gibt es Mindestlöhne in einzelnen Branchen. Das gilt aber überwiegend für Wirtschaftszweige, in denen der Männeranteil höher als 80 Prozent ist. Frauen haben davon also wenig. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist überfällig.

Wir wollen die Reform der Minijobs. Der Missbrauch von geringfügiger Beschäftigung erschwert die Gleichstellung von Frauen und Männern. Wir müssen für mehr sozialversicherungspflichtige Jobs sorgen und die Minijobs eindämmen: Um Lohndumping zu stoppen, werden wir als ersten Schritt eine Stundengrenze einführen – nicht mehr als zwölf Stunden in der Woche für 400 Euro. Und wir müssen den Minijobberinnen und Minijobbern zu ihren Rechten verhelfen: Die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, etwa auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und ihr Urlaubsanspruch, müssen auch hier strikt eingehalten werden.

Wir werden eine 40-Prozent-Quote für Aufsichtsräte und Vorstände per Gesetz einführen. Von selbst tut sich nichts in der Zusammensetzung der obersten Führungsgremien. Die Männerquote von mindestens 90 Prozent ist seit Jahren stabil. Wir wollen hier Bewegung und haben deshalb Anfang März einen Gesetzentwurf vorgelegt: In Aufsichtsräten und Vorständen börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen muss jedes Geschlecht zu mindestens 40 Prozent vertreten sein. Andernfalls drohen leere Stühle in den Gremien.

## Mehr Zeitsouveränität

Die unzeitgemäße Rollenverteilung der sorgenden Mutter und des berufstätigen Vaters schränkt alle ein: Frauen, die mehr arbeiten wollen. Männer, die sich mehr Verantwortung in der Familie wünschen. Damit beide Geschlechter frei über ihre Zeit entscheiden können, braucht es Reformen sowohl in der Familien- als auch in der Arbeitsmarktpolitik.

Eltern wollen mehr und bessere Plätze in der Kinderbetreuung. Wir treiben den Ausbau der Kita-Plätze voran. Wir wollen ein Rückkehrrecht auf Vollzeit. Teilzeitarbeit ist eine Frauendomäne – oft unfreiwillig und schlechter bezahlt als Vollzeit. Die Rückkehr auf eine Vollzeitstelle hängt ausschließlich vom Willen des Arbeitgebers oder der Arbeitgeberin ab. Das ist uns zu wenig. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit für Vollzeit arbeitende Beschäftigte, die Kinder betreuen oder Angehörige pflegen. Darüber hinaus wollen wir rechtsverbindlich und praxistauglich regeln, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Teilzeit auf Vollzeit aufstocken können. So können Zeiten der Erwerbstätigkeit und Zeiten für die Sorge in der Familie zuverlässig und flexibel geplant werden.

Wir wollen für Teilzeitbeschäftigte neue Spielräume und mehr zum Leben. In Deutschland bedeutet Teilzeit in der Regel eine halbe Stelle oder weniger. Das Gehalt dafür reicht meist nicht aus für eine eigenständige Absicherung. Wir fordern deshalb das Recht auf eine »große« Teilzeit (z. B. 30 Wochenstunden), die eine Existenzsicherung bei reduziertem Arbeitsumfang sichert.

Wir wollen für die Organisation der Arbeit zu einer Vielzahl von kreativen Lösungen ermutigen, in einer öffentlichen Kampagne Best-practise-Beispiele durch einen Preiswettbewerb vermitteln: Beispiele, wie sich die Präsenzkultur am Arbeitsplatz, wo sie unnötig und nicht sachdienlich ist, durch Ergebnisorientierung ersetzen lässt. Beispiele für familienfreundliche Arbeitszeiten, in denen Besprechungen und Meetings nicht mehr nach 18 Uhr angesetzt werden. Beispiele für mehr Zeitsouveränität durch Telearbeit oder dadurch, dass Dienstreisen durch Video- und Telefonkonferenzen ersetzt werden.

## Elterngeld optimieren

Das SPD-Modell Elterngeld hat sich gelohnt: Immer mehr Väter (25 Prozent) nehmen für ihre Kinder eine Auszeit vom Job, die meisten von ihnen (drei von vier Vätern) allerdings nur zwei Monate. Den Großteil der Elternzeit übernehmen also noch immer die Frauen. Wir wollen das Elterngeld so reformieren, dass Frauen noch früher in ihren Beruf zurückkehren und Männer mehr Verantwortung in der Familie übernehmen können: indem wir zusätzliche Anreize für eine partnerschaftliche Aufteilung von Elternzeit und Elterngeld setzen.

Wir werden den gemeinsamen Elterngeldbezug attraktiver machen. Nach der geltenden Elterngeldregelung werden Paare benachteiligt, die gleichzeitig für die Erziehung ihrer Kinder da sein und Teilzeit arbeiten wollen. Denn nach geltendem Recht heißt gemeinsame Elternzeit: Die Elterngeldmonate sind bereits nach sieben Monaten verbraucht. Wir wollen die gemeinsame

Elternschaft fördern und nicht bestrafen, indem beide Elternteile bis zu 14 Monate parallel Elterngeld beziehen und gleichzeitig Teilzeit arbeiten können.

### Für ein geschlechtergerechtes Steuersystem

Das deutsche Steuersystem ist nicht gerecht. Es bevorzugt gut verdienende verheiratete Paare, bei denen die Erwerbsarbeit ungleich verteilt ist. Eine Steuer-Subventionierung vor allem für Besserverdienende. Das können und wollen wir uns nicht leisten. Wir werden umsteuern und für neu geschlossene Ehen den Abschied vom

Ehegattensplitting einleiten. Das Ehegattensplitting zementiert das Modell von der weiblichen Zuverdienerin und vom männlichen Hauptverdiener. Denn am meisten profitieren Ehepaare, bei denen eine oder einer gar nicht verdient. Die Folge: Eine Erwerbstätigkeit rechnet sich für eine Ehepartnerin oder einen Ehepartner gar nicht – meist ist es die Frau. Dabei wollen die meisten Frauen einer eigenen Arbeit nachgehen. Andere Länder wie Großbritannien, Schweden oder die Niederlande haben die gemeinsame Besteuerung von Eheleuten längst abgeschafft. Das wollen wir auch und stattdessen die Individualbesteuerung mit der Berücksichtigung von Unterhaltsverpflichtungen für neu geschlossene Ehen einführen.

## SO WOLLEN WIR LEBEN



### Frauen und Männer: Gemeinsam nach vorne

Deutschland 2020 hat die »Rolle(n) vorwärts« für Frauen und Männer geschafft, in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Frauen und Männer können für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen und jeweils für sich eine soziale Sicherung aufbauen. Die beruflichen Fähigkeiten von Frauen und Männern werden gerecht bewertet und bezahlt. Die gläserne Decke ist durchbrochen: Frauen erobern die Führungspositionen, weil sie dafür qualifiziert sind – unabhängig von Familienstand und Kinderzahl. Männer im Jahr 2020 sind emanzipierter. Frei von der Last, die Familie alleine ernähren zu müssen. Frei von dem Druck, dem Arbeitgeber zeitlich unbegrenzt zur Verfügung zu stehen. Ein schlechtes Gewissen ist passé: Die Chefin ermuntert den jungen Vater, sich die Elternzeit mit der Partnerin hälftig zu teilen. Flexible Arbeitszeiten und flächendeckende Betreuung von Klein- und von Schulkindern machen Eltern souverän: Weder Mütter noch Väter müssen auf etwas verzichten. Erwerbsverläufe von Frauen und Männern können problemlos und flexibel unterbrochen werden, ohne dass berufliche Nachteile oder Einbußen in der Alterssicherung dadurch ent-

stehen. Die gesellschaftliche Wertschätzung für die so genannte Sorgearbeit führt dazu, dass sie Männer und Frauen gleichermaßen nutzen. Gleichstellung ist in der Politik aus Überzeugung Aufgabe aller Bereiche, sie ist Querschnittsaufgabe geworden. Die jeweiligen Schritte sind aufeinander abgestimmt, Widersprüche aufgelöst. Wo gesetzliche Regelungen nötig sind, werden Gesetze verabschiedet. Wo Sanktionen unumgänglich sind, werden sie festgeschrieben.

Deutschland hat sich 2020 ein neues Leitbild gegeben – Frauen und Männer bewegen etwas, gemeinsam, gleichgestellt, partnerschaftlich, ob im Beruf oder in der Familie. Dabei geht es nicht nur um Strukturen, Rahmenbedingungen, Rechtsansprüche. Es geht um Individuen, um konkrete Lebensläufe, um die Möglichkeit alternativer Entscheidungen, um neue Vorbilder, um einen Bewusstseinswandel und eine kulturelle Wende. Es gibt kein Nullsummenspiel mehr zwischen Beruf und Karriere einerseits und Familie andererseits. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sehen Beschäftigte mit familiären Verpflichtungen als vollwertige Leistungsträger – und Leistungsträgerinnen. Sie geben ihnen berufliche Entwicklungschancen. Andererseits schätzen sie das private Engagement von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, denn auch dies ist Ausweis von Verant-

wortungsbewusstsein. Sie motivieren dadurch und machen ihre Beschäftigten zu echten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die »innere« Kündigung und der Burn-out gehen zurück. Gerechte Bezahlung, gute Arbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten, Familienfreundlichkeit im Be-

trieb, mehr Frauen in den oberen Etagen — all das rechnet sich auch für die Wirtschaft: Die Beschäftigten sind zufriedener und produktiver. Der Fachkräftemangel in Deutschland ist Geschichte. Deutschland ist auch deshalb ein attraktiver Wirtschaftsstandort.



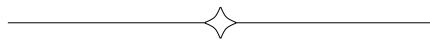




# 07.

## MITEINANDER DER GENERATIONEN

*Wir wollen den demografischen Wandel gestalten: Damit unsere Demokratie lebendig und der Sozialstaat stabil bleibt. Dabei kommt es auf das Miteinander der Generationen und das Miteinander aller Akteure an.*



Der demografische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen – für die Sicherung des Fachkräftebedarfs, für Betreuung und Pflege einer wachsenden Anzahl von Menschen, für die Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme und für die Gestaltungskraft unserer Kommunen, insbesondere in strukturschwachen Regionen.

Aber Wandel bietet auch Chancen – für bessere Berufsperspektiven der jungen Generation, für mehr Teilhabe und Teilnahme Älterer am aktiven Leben, für einen langen dritten Lebensabschnitt mit guter Lebensqualität, für Impulse für unsere Demokratie vor Ort.

Um die Herausforderungen anzupacken und die Chancen für ein neues Miteinander in unserer Gesellschaft zu nutzen, wollen wir den demografischen Wandel aktiv gestalten.

### UNSERE ZIELE

*Unser Ziel ist es, individuelle Lebensqualität, gesellschaftliche Solidarität und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern.*

*Wir wollen das Leitbild einer »Sozialen und inklusiven Gesellschaft« fest verankern. Entscheidend ist das Miteinander. Das schließt Mitverantwortung für die kommenden Generationen mit ein.*

*Wir wollen einen vorsorgenden Sozialstaat, der hilft, alle Menschen von Anfang des Lebens an zu befähigen, und der in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nachhaltig kostengünstig ist.*

*Wir wollen freiwilliges Engagement und Ehrenamt fördern und unterstützen.*

*Wir wollen es den Menschen ermöglichen, ihre jeweils individuellen und im Lebensverlauf wechselnden Wünsche zur Balance von Leben und Arbeiten, von Familie und Beruf zu verwirklichen.*

*Wir wollen, dass ältere und hochbetagte Menschen selbstbestimmt leben können.*

*Wir wollen, dass Bund, Länder und Kommunen im Miteinander die Gestaltung des demografischen Wandels organisieren und dafür zusammenarbeiten.*

*Wir wollen, dass das Thema demografischer Wandel im Regierungs- und Parlamentshandeln eine zentrale Rolle spielt.*

# UNSER LAND HEUTE

## Demokratie und Sozialstaat sind im Wandel gefordert

»Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.« Das steht so nicht nur in Artikel 20 unseres Grundgesetzes, sondern ist gelebte Wirklichkeit. Wir haben eine stabile Demokratie und garantieren soziale Sicherheit auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau. Demokratie und Sozialstaatsprinzip müssen jedoch ständig gepflegt werden. Veränderungsdruck erzeugt der demografische Wandel, jetzt und in den kommenden Jahrzehnten. Die Prognosen bis zum Jahr 2030 sind eindeutig und zeigen bis 2050/60 klare Tendenzen auf. Wir werden weniger, denn die Zahl der Kinder ist um ein Drittel zu gering. Statt 81 Millionen Menschen heute werden wir im Jahr 2060 nur noch rund 65 Millionen sein. Und auch das nur dann, wenn jedes Jahr durchschnittlich 100.000 Personen mehr zuwandern als das Land verlassen.

Die Altersstrukturen verändern sich gravierend. Die Zahl der Menschen im Erwerbsalter sinkt von heute bis 2030 um rund sechs Millionen und dann bis 2060 noch einmal um rund zehn Millionen. Mehr als 30 Prozent der Bevölkerung wird dann 65 Jahre und älter sein. Das hat zur Folge, dass deutlich mehr Renten gezahlt werden

müssen und dies, dank einer höheren Lebenserwartung, über einen längeren Zeitraum als bisher.

Die Städte und Regionen sind von den demografischen Entwicklungen sehr unterschiedlich betroffen. Einige wachsen, andere stagnieren, wieder andere schrumpfen.

*Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist nicht hinreichend auf die Risiken und Chancen des demografischen Wandels eingestellt.*

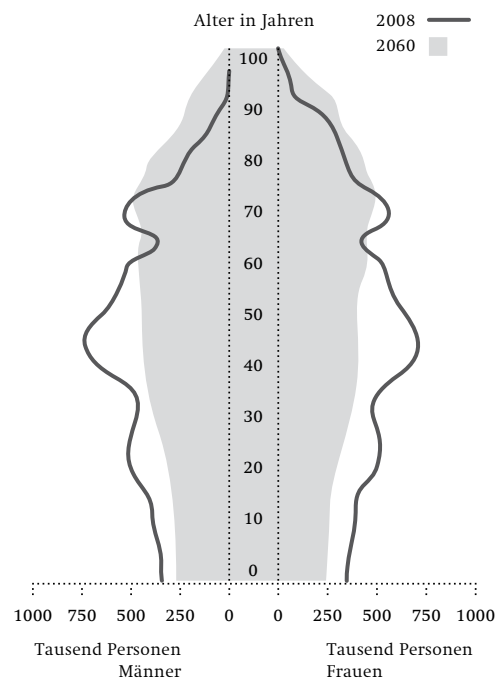
Sie haben eine sehr unterschiedliche Wirtschafts- und Finanzkraft, und diese Unterschiede nehmen zu. Trotzdem müssen alle die Daseinsvorsorge bereitstellen und die Teilhabe aller Menschen ermöglichen. Das gilt für ländliche Räume und große Städte gleichermaßen.

Mit dem demografischen Wandel sind Risiken, aber auch Chancen verbunden: Altern ist keine Krankheit. Wir können bis ins hohe Alter gesund bleiben. Lebensstan-

dard, gute medizinische Versorgung und gesunde Lebensführung tragen dazu bei. Weniger Menschen im Erwerbsalter bedeuten weniger Bewerberinnen und Bewerber auf offene Stellen. Das verbessert die Berufs- und Aufstiegschancen für die kommende Generation. Gute Löhne können auch in Zukunft Wohlstand sichern und Altersarmut vermeiden.

Freundschaften, Netzwerke, Dienstleistungen für Menschen und ehrenamtliche Tätigkeiten gewinnen an Bedeutung. Vielfalt belebt. Lebensqualität ist auch bei geringerer Bevölkerungszahl möglich. Durch eine intensivere Zusammenarbeit von Städten und Regionen entstehen neue Formen und Qualitäten des Miteinanders.

## Der Altersaufbau unserer Gesellschaft verändert sich



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist nicht hinreichend auf die Risiken und Chancen des demografischen Wandels eingestellt. Das zeigt ihre unzureichende »Demografie-Strategie« vom April 2012. Darin kommt das Entscheidende zu kurz: das Miteinander der Generationen und das Miteinander der politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure. Außerdem steht die tatsächliche Politik der Bundesregierung im Widerspruch zu den Herausforderungen durch den demografischen Wandel: Schwarz-Gelb lobt das Programm »Soziale Stadt«, kürzt aber gleichzeitig die dafür erforderlichen Mittel. Sie betont »Gute Arbeit«, verweigert aber einen fairen gesetzlichen Mindestlohn. Sie propagiert Vereinbarkeit von Familie und Beruf, finanziert aber ein »Betreuungsgeld«, statt mehr in den Ausbau von Kitas zu investieren. Sie spricht vom gesunden Altern, bringt aber kein Präventionsgesetz auf den Weg. Sie betont die herausragende Bedeutung der Kommunen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, entzieht sich aber der Verantwortung dafür, die Handlungsfähigkeit der Kommunen mit mehr Mitbestimmungsrechten und einer besseren Finanzausstattung abzusichern.

Gelebte Demokratie und gelebtes Sozialstaatsprinzip erfordern eine bessere Organisation des Miteinanders in unserer Gesellschaft.

### Das Miteinander der Generationen wird komplexer

Familiengenerationen leben heute seltener am gleichen Ort. Nach der Schulzeit ziehen viele junge Menschen dorthin, wo es gute Bildungs- oder Ausbildungsmöglichkeiten gibt. Längst nicht alle kommen zurück. Für die Eltern kleiner Kinder gehören hochwertige Bildungsangebote zu den wichtigsten Kriterien für die Wahl des Wohnortes. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist schwierig. Berufswechsel, die häufig auch mit Wohnortwechseln zusammenhängen, werden zahlreicher.

Die meisten älteren Menschen wollen in ihren Wohnungen und im vertrauten Wohnumfeld gut alt werden. Sie erwarten gesicherte Daseinsvorsorge, gute medizinische und pflegerische Versorgung und bedarfsgerechte

Mobilitätsangebote. Schon wegen der unterschiedlichen Wohnwünsche sind Begegnungen zwischen den Generationen nicht mehr selbstverständlich. Hinzu kommt der hohe Zeitdruck, dem vor allem die mittlere Generation ausgesetzt ist. Die hohen Anforderungen der Arbeitswelt kosten immer mehr Zeit, die wiederum für das Familienleben fehlt. Zeitmangel und Stress behindern Beziehungen, Bindungen und Fürsorge. Sie gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Einige Kommunen fördern bereits gezielt Mehrgenerationenwohnen. Mehrgenerationenhäuser als Begegnungsräume der Generationen erfreuen sich großer Beliebtheit. Davon profitieren alle Generationen gleichermaßen.

Für das Miteinander der Generationen spielen auch moderne Informations- und Kommunikationsmittel eine wesentliche Rolle. Sie erleichtern zum Beispiel Kontakte zur Familie und zu Freunden. Die Bedingungen für ein Miteinander der Generationen müssen von den politisch Verantwortlichen geschaffen werden. Dazu gehört auch eine zeitgemäße Städtebauförderung durch den Bund. Ein gutes Wohnumfeld stärkt Lebensqualität und Gesundheit. Schwarz-Gelb setzt allerdings genau dort den Rotstift an. Durch Sparen an den falschen Stellen erschwert die Merkel-Regierung das Miteinander der Generationen.

### Es fehlen anspruchsvolle Zielsetzungen und pragmatische Wege

Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Deshalb müssen die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen einen ehrlichen und differenzierten Blick auf die Gegenwart und in die Zukunft werfen.

Vom demografischen Wandel sind die einzelnen Menschen sehr unterschiedlich betroffen. Die Allermeisten sind leistungsfähig und leistungsbereit. Allerdings sind die Teilhabechancen ungleich verteilt. Bildungs-, Berufs- und Lebenschancen hängen in unserem Land erheblich von der sozialen Herkunft und dem privaten Geldbeutel ab. Ziel muss deshalb die Schaffung einer Gesellschaft sein, die alle einlädt und niemanden zurücklässt – eine soziale und inklusive Gesellschaft.

# DAS WOLLEN WIR TUN

## Wir wollen das Miteinander der Generationen im demografischen Wandel organisieren

Der demografische Wandel ist eine komplexe gesellschaftspolitische Herausforderung. Er betrifft viele Politikbereiche und die Gesellschaft. Deshalb umfasst unser Konzept für das Miteinander der Generationen eine Vielzahl unterschiedlicher Aspekte – von A wie Arbeit, B wie Bildung, über Ehrenamt, Finanzen, Kommunen, Potentiale des Alters und Wohnen, bis zu Z wie Zeitpolitik.

Im Mittelpunkt unserer Überlegungen steht der Mensch als Individuum. Die Bedürfnisse der Frauen und Männer, der Jüngeren und der Älteren, sind uns Ansporn, mit allen zusammen einen Gesellschaftsentwurf für die Zukunft unseres Landes zu entwickeln und zu gestalten.

*Wir wollen Chancen  
für alle Menschen  
in allen Lebensphasen  
organisieren.*

Wir streben dabei den vorsorgenden Sozialstaat an, der von Anfang des Lebens an die Menschen begleitet und befähigt, der auch Bildungs- und Erziehungsaufgaben umfasst und in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nachhaltig kostengünstig ist. Wir wollen Chancen für alle Menschen in allen Lebensphasen organisieren und sie in die Lage versetzen, ihre Stärken zu realisieren. Belastungen wollen wir miteinander meistern und dafür sorgen, dass niemand zurückgelassen wird.

Wir nehmen zahlreiche Initiativen in vielen Fachbereichen in Angriff: den Ausbau der Kitaplätze, um ein Leben mit Kindern zu erleichtern;

*In der sozialen  
Gesellschaft haben das  
freiwillige zivile  
Engagement und  
das Ehrenamt wichtige  
Funktionen.*

die Stärkung der kommunalen Infrastruktur; den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, der Altersarmut verhindern hilft; ein tragfähiges Fachkräftekonzept, das dem Rückgang der Erwerbspersonen begegnet; die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die zu uns gehören und gleiche Rechte erhalten müssen; das Präventionsgesetz, das die Beschäftigungsfähigkeit und Aktivität

der Menschen bis ins Alter unterstützt; eine umfassende Pflegereform, die ein aktives Altern in Würde auch dann ermöglicht, wenn Handicaps auftreten; nicht zuletzt ehrliche und tragfähige Staatsfinanzen – viele dieser Konzepte haben wir im Rahmen unseres »Projekts Zukunft« entwickelt.

In den folgenden zehn Punkten, die aus unserer Sicht für die Gestaltung des demografischen Wandels besonders wichtig sind, setzen wir Akzente für das Miteinander der Generationen:

## Das Miteinander fördern

Wir wollen das Leitbild einer »sozialen und inklusiven Gesellschaft« verankern. Es schließt die Mitverantwortung für die kommenden Generationen mit ein. Politik und Gesetze müssen unter besonderer Beachtung des demografischen Wandels dem Anspruch der Nachhaltigkeit voll genügen. Das muss in den Gesetzgebungsverfahren kontrolliert und durchgesetzt werden.

Die soziale Gesellschaft beginnt in der Familie, umfasst aber über Freunde und Netzwerke hinaus die Gesellschaft in ihrer Vielfalt und Gesamtheit. Inklusion meint dabei mehr als den – sehr wichtigen – Aspekt, dass Menschen mit Behinderungen vollwertiger Teil der Gemeinschaft sind. Es geht um die Abkehr von jeder Form gesellschaftlicher Ausgrenzung. Wir wollen, dass die Unantastbarkeit der Würde des Menschen im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz von allen gelebt wird.

In der sozialen Gesellschaft haben das freiwillige zivile Engagement und das Ehrenamt wichtige Funktionen. Wir unterstützen die Bereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger, sich für andere und das Ganze zu engagieren. Wir wollen, dass das generationenübergreifende freiwillige Engagement Anerkennung findet. Es soll auch das berufliche Fortkommen befördern. Das Miteinander der Generationen erfordert auch das Miteinander der politisch Verantwortlichen.

Wir wollen einen »Dreiecks-Tisch – Miteinander der Generationen im demografischen Wandel«, an dem Bund, Länder und Kommunen gleichberechtigt vertreten sind



und auch die europäische Ebene einbezogen werden kann. Wir wollen föderale Kooperation ermöglichen und dazu das bestehende Kooperationsverbot beseitigen. Wir wollen, dass das Thema demografischer Wandel ab der nächsten Legislaturperiode auf Bundesebene in Regierung und Parlament eine zentrale Rolle spielt.

### Allen Kindern verbindliche Chancen garantieren

Wir wollen ein ausreichendes, qualitativ hochwertiges, ganztätiges und gebührenfreies Angebot im Kita-Bereich und in der Schule. Beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote ist der Nachholbedarf bei Angeboten für Unterdreijährige besonders dringlich.

Wir wollen Beratung und Unterstützung für Familien, die – aus welchen Gründen auch immer – der Erziehungsaufgabe nicht voll genügen können. Das erfordert auch zusätzliche niedrigschwellige Hilfsangebote (z. B. Familienzentren). Wir wollen Schulsozialarbeit, die den Kindern hilft und die den Kontakt zum Elternhaus gewährleistet. Wir wollen ein inklusives Bildungssystem, das alle Kinder nach ihren Fähigkeiten fördert und Chancengleichheit verwirklicht. Wir wollen eine verstärkte Förderung der sportlichen und kulturellen Lebenschancen.

### Jugendlichen Teilhabe- und Berufschancen sichern

Wir werden eine Berufsausbildungsgarantie einführen. Jeder Jugendliche hat ein Recht darauf. Kein junger Mensch darf von der Schule in die Perspektivlosigkeit fallen. Wir wollen Jugendlichen lokale, zeitliche, partizipative und ökonomische Freiräume garantieren. Jugendliche brauchen Raum zum Ausprobieren und zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Beides darf nicht allein der Nützlichkeit unterworfen werden, sondern muss Entfaltung ermöglichen.

Wir wollen der Jugendpolitik einen höheren Stellenwert einräumen. Im demografischen Wandel darf die Jugendphase nicht zu kurz kommen. Gesellschaft und

Politik müssen die Interessen und Entwicklungsbedingungen der jungen Menschen mehr beachten. Kulturelle Bildung soll als selbstverständlicher Teil des Bildungskans verankert werden. Dabei geht es um Teilhabechancen, aber auch um die kulturelle Vielfalt von morgen.

### Familien fördern

Wir wollen die gesicherte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei Kinderbetreuung wie im Pflegefall. Wir werden gezielte zeitpolitische Maßnahmen für Familien beschließen, z. B. einen Anspruch auf Familienteilzeit. Wir wollen eine finanzielle Familienförderung, die sich am tatsächlichen Zusammenleben mit Kindern orientiert, dazu gehören die Reform des Ehegattensplittings und die bessere Abstimmung zwischen Steuer-, Unterhalts- und Sozialrecht. Wir wollen stabile und verlässliche Berufssituationen, die es jungen Paaren ermöglichen, Kinderwünsche zu realisieren.

### Teilhabe und Teilnahme von älteren Menschen stärken

Wir wollen Ältere und Alte ermutigen und fördern, die Potenziale des Alters zu nutzen, gut zu leben, aktiv zu bleiben und Mitverantwortung zu übernehmen. Wir wollen für ältere Menschen bessere Zugänge zu freiwilligem Engagement, zu Bildung und zu kulturellen Einrichtungen. Wir wollen älteren und alten Menschen ermöglichen, selbstbestimmt zu leben, solange es nur geht. Dazu wollen wir auch niedrigschwellige Beratungs- und Dienstleistungsangebote vor Ort, die helfen, den letzten Lebensabschnitt selbst und erfolgreich zu gestalten.

Wir wollen, dass Betreuung und Pflege bis zum Schluss garantiert sind. Dazu gehört auch der Anspruch auf pallia-

*»Der Verlust des generationen-übergreifenden gesellschaftlichen Konsenses zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins würde Deutschland in Jung und Alt, Arm und Reich spalten und den Nährboden für extreme ›Rattenfänger‹ bereiten.«*

*Beitrag im Zukunftsdialog online*

tive und hospizliche Versorgung, um auch die abschließende Zeit menschenwürdig zu erleben.

### Sicherheiten geben

Wir wollen Schutz vor Diskriminierung, Betrug, Übergriffen und Gewalt in jeder Lebensphase. Wir wollen soziale und materielle Sicherheit. Die hängt in hohem Maße ab von Bildung und Weiterbildung, von Erwerbsarbeit und guten Löhnen sowie von Forschung und Leistungsstärke unseres Landes.

Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher besser schützen, z. B. mit verlängerten Fristen für Rücktritte von Kaufverträgen und kürzeren Mindestvertragslaufzeiten für ältere Menschen. Wir wollen die Sicherheit im Alltag verbessern und Unfällen vorbeugen, z. B. durch Anreize und Gebote für den Abbau von Barrieren.

### Gutes Wohnen ermöglichen

Wir wollen, dass gut wohnen bezahlbar bleibt. Dazu gehören auch Wohnkostenzuschüsse für Menschen in besonderen Lebenslagen (große Familien, Hinterbliebene, Menschen mit Behinderung) sowie zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse für alters-, behinderten- und familiengerechten Wohnungsumbau. Zudem wollen wir hier Möglichkeiten der steuerlichen Förderung prüfen. Außerdem wollen wir Schutz vor spekulationsbedingter Verdrängung. Chancen bieten auch neue Wohnformen, etwa generationenübergreifend, möglichst auch gemeinnütziger oder genossenschaftlicher Art.

### Gute und faire Arbeit, die Leistungsfähigkeit und Wohlstand sichert

Wir wollen eine Arbeits- und Fachkräfteoffensive für alle betroffenen Berufe, in allen Regionen, mit besonderer Hilfestellung für kleine und mittelständische Unternehmen. Gemeinsame Initiativen der Akteure vor Ort sind nötig. Dazu gehören auch eine höhere Wertschätzung und Bezahlung von Erziehungs- und Pflegeberufen, gleiche Chancen und Rechte für Frauen und Männer in der Berufswelt, die Erleichterung von Berufswechseln und Qualifizierung sowie faire Löhne und die Eindämmung prekärer Arbeitsverhältnisse.

### Vorsorgen ist besser als Reparieren

Wir wollen einen vorsorgenden Sozialstaat, der frühzeitig und rechtzeitig die nötigen Angebote macht, um Bildung zu ermöglichen, Gesundheit zu stärken, Fähigkeiten aufzubauen und Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Außerdem werden wir die Vorteile des Kinder-, Breiten- und Seniorensports verstärkt nutzen.

Wir wollen Prävention und Gesundheitsförderung stärken. Dazu gehören ein gesetzlicher Rahmen für eine verbesserte Prävention und Gesundheitsförderung, ein Präventionsgesetz und ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch über die Wirkung des Gesetzes.

### Kommunen stark machen

Bei einer Neuordnung der Kommunalfinanzen muss die Betroffenheit und Bedürftigkeit von Kommunen durch den demografischen Wandel berücksichtigt werden. Dazu müssen Formen solidarischer Förderung entwickelt werden. Das muss schnell und konzertiert geschehen. Einigen Kommunen geht es relativ gut, aber andere sind in bedenklicher, teils auch dramatischer Lage. Sie haben kein Geld, also keine Kraft mehr zum Gestalten. Das benachteiligt die Menschen in diesen Regionen und gefährdet das Ansehen der Demokratie vor Ort.

Wir wollen, dass in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen Einvernehmen gesucht wird über die entscheidenden Fragen von Investitions- und Entschuldungsbedarfen, speziell in den vom demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen. Diese müssen bundeseinheitlich definiert werden. Kommunen sollen von solchen Sozialkosten entlastet werden, die nicht ihre originäre Aufgabe sind.

Wir wollen gestärkte Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Kommunen zur Gestaltung des demografischen Wandels vor Ort. Die Städtebauförderung soll weiterentwickelt werden, z. B. im Bereich Quartiersmanagement. Zubau, Umbau und Rückbau müssen ermöglicht werden. Außerdem werden wir das Programm »Soziale Stadt« neu beleben. Es hat sich als Instrument bewährt, soziale Brüche in Städten und Stadtteilen zu überwinden und soziale Netzwerke zu knüpfen.

Wir streben langfristig an, die öffentliche Finanzierung von bestimmten Kulturangeboten, z. B. Bibliotheken oder Angeboten kultureller Bildung, als Leistung der Daseinsvorsorge zu werten. Wir wollen, dass regionale Verbünde angeregt, forciert und unterstützt werden, formal und vor allem lebenspraktisch.

# SO WOLLEN WIR LEBEN



## Soziale und inklusive Gesellschaft

Deutschland 2020 ist ein Land, das alle einlädt und niemanden zurücklässt. Die Bevölkerungszahl ist zwar gesunken, und der Anteil der älteren Menschen hat sich deutlich erhöht. Aber niemand ist einsam und allein.

In jeder Kommune gibt es zahlreiche Maßnahmen zur Gestaltung des Miteinanders der Generationen. Gutes Wohnen in einem angenehmen Wohnumfeld mit hilfsbereiten Nachbarinnen und Nachbarn sowie gut erreichbaren Dienstleistungsangeboten sorgt für eine hohe Lebensqualität für alle.

Erziehung, Betreuung, Pflege und haushaltsnahe Dienstleistungen sind gesellschaftlich hoch anerkannt. Dort sind Frauen und Männer gerne tätig, sowohl hauptberuflich als auch ehrenamtlich. Bürgerschaftliches Engagement und professionelle Strukturen ergänzen sich zu einem hoch wirksamen Unterstützungs-Mix. Gut erreichbare Beratungsstellen informieren und vernetzen. So ist sichergestellt, dass alle teilhaben und teilnehmen können.

## Chancengleichheit für Frauen und Männer

Frauen sind eigenständig finanziell abgesichert. Frauen und Männer können partnerschaftliche Lebensmodelle verwirklichen. Sie genießen das Zusammenleben mit Kindern. Es gibt ausreichend gute frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote und eine familienfreundliche Arbeitswelt. Eltern profitieren von zahlreichen Unterstützungsangeboten und haben dadurch zeitliche Spielräume für Beruf, Familie und Freizeit. Frauen bekommen für gleichwertige Arbeit selbstverständlich den gleichen Lohn wie Männer, und sie haben die gleichen Aufstiegschancen. Soziale Berufe sind attraktiv und daher bei Frauen und Männern gleichermaßen beliebt.

## Wirtschaft und gute Arbeit im demografischen Wandel

Alle Menschen können ihre Talente entfalten. Die Übergänge von der Schule in die Ausbildung und in den Beruf sind so gestaltet, dass kein Jugendlicher zurückgelassen wird. Der Missbrauch von Praktika und die Unsitte permanenter Befristung von Arbeitsverträgen sind gestoppt. Gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen sind selbstverständlich.

Die politisch Verantwortlichen haben nicht nur den deutschen, sondern den gesamten europäischen Arbeitsmarkt im Blick. Für regional schwierige Arbeitsmarktlagen werden gemeinsam entwickelte, sorgfältig ausbalancierte Lösungen gefunden.

Die Unternehmen haben kreative Personalentwicklungskonzepte. Deshalb können sie ihren Fachkräftebedarf decken. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investieren in ihre Beschäftigungsfähigkeit und Weiterbildung mit Unterstützung der Arbeitsversicherung und der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Auch der öffentliche Dienst hat dank einer vorausschauenden Personalplanung keine Nachwuchssorgen. Fachkräfte aus dem Ausland wandern gerne nach Deutschland ein. Sie sind in Deutschland herzlich willkommen und spüren das auch.

Die Wirtschaft hat sich auf den demografischen Wandel eingestellt. Die Güter- und Dienstleistungsmärkte bieten Spitzentechnologien und Spitzenleistungen für Haushalte und Unternehmen. Dienstleistungen für und am Menschen haben ihren gerechten Preis. Die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen Hochschulen, Wissenschaft und Unternehmen sorgen für nachhaltige Innovationskraft und Wachstum.

*Deutschland 2020 ist ein Land mit starken Kommunen, das alle einlädt und niemanden zurücklässt.*

## Die Kommune – Ort sozialer Gesellschaft und lebendiger Demokratie

Deutschland 2020 ist ein Land mit starken Kommunen. Jede Kommune hat für sich und ihre Region bedarfsgerechte Antworten auf ihre besonderen demografischen Herausforderungen gefunden. Kommunen werden rechtzeitig und umfassend in die Entscheidungsfindungen in Euro-

pa, im Bund und in den Ländern eingebunden. Die durch Bund und Länder verbesserte strukturelle, planerische und finanzielle Ausstattung der Kommunen hat sich bewährt. Eine wirkungsvolle Gemeindefinanzreform und ein zusätzlicher fairer Ausgleich für strukturell benachteiligte Kommunen und Regionen waren dabei sehr wichtig. Viele Kommunen haben sich zu Regionen zusammengeschlossen und profitieren von Kooperationen.









# 08.

## GERECHTE STEUERN UND FINANZEN

*Wir wollen in einem Land leben, in dem wir eine gerechte Politik für alle Generationen gestalten können. Dazu brauchen wir einen ehrlichen und stabil finanzierten Haushalt.*



Unsere Gesellschaft driftet auseinander: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Wenn zehn Prozent der Bevölkerung mehr als zwei Drittel des Vermögens anhäufen, während zwei Drittel der Bevölkerung über weniger als zehn Prozent des Vermögens verfügen, schwindet das wechselseitige Verständnis für »die da oben« und »die da unten«. Gleichzeitig ist Deutschland mit mehr als zwei Billionen Euro verschuldet. Steigende Schulden sind eine Bürde für kommende Generationen und schränken die Spielräume für die Finanzierung wichtiger Zukunftsaufgaben ein.

Deutschland braucht eine starke Steuer- und Finanzpolitik, die die Steuerbelastung gerecht verteilt und Zukunftsaufgaben ohne neue Schulden solide finanziert.

### UNSERE ZIELE

*Wir werden Einsparungen im Haushalt umsetzen, Mehreinnahmen dort generieren, wo genügend finanzielle Ressourcen vorhanden sind, verstärkt in Zukunftsaufgaben investieren und diejenigen Bürgerinnen und Bürger stärken, die es brauchen.*

*Wir prüfen die Ausgaben des Bundes, streichen unnötige oder schädliche Subventionen, sorgen für die Einhaltung der Schuldenbremse und entwickeln neue Einnahmemöglichkeiten – immer unter dem Blickwinkel einer Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Wir werden den Spitzensteuersatz für hohe Einkommen sowie die Abgeltungssteuer erhöhen, setzen uns für die Vermögensteuer und eine Finanztransaktionssteuer ein und wollen einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde.*

*Zu ehrlicher und solider Haushaltsführung gehört aber auch zu sagen: Nicht alles ist finanzierbar. Wir müssen Entscheidungen treffen, denn wir wollen Prioritäten statt Verzettlung. Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können.*

*Wir werden gezielt Zukunftsausgaben erhöhen und mehr Geld in Bildung und Infrastruktur investieren. Außerdem werden wir unsere Politik zur finanziellen Entlastung der Kommunen fortsetzen.*

# UNSER LAND HEUTE

## Trotz Aufschwung kein Schuldenabbau

Weil Deutschland unter der Regierungsverantwortung der SPD den wirtschaftlichen Wiederaufstieg geschafft hat und sicher durch die Krise der Jahre 2008 und 2009 gekommen ist, verzeichneten Bund, Länder und Gemeinden im Jahr 2011 gegenüber 2010 einen Anstieg der Steuereinnahmen von 8,1 Prozent. Die Wirtschaft wuchs um 3 Prozent. Damit verbunden sind eine überaus positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie geringere Ausgaben bei Transferleistungen wie der Grundsicherung für Arbeitsuchende, für die Kosten der Unterkunft und Heizung sowie für das Arbeitslosengeld I. Aber auch die Kranken- und Rentenversicherung verzeichneten in den letzten Jahren höhere Einnahmen.

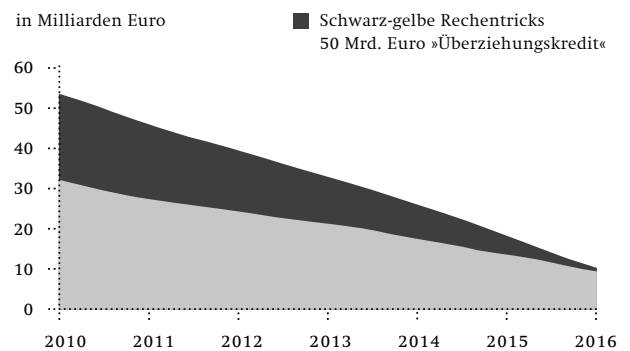
Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Chance nicht genutzt, diese Rendite der Reformpolitik vergangener Jahre für einen gesunden Haushalt zu nutzen. In Zeiten sprudelnder Einnahmen ist es umso wichtiger, Schulden zurückzuführen. Damit kann sich das Land wappnen, wenn wieder wirtschaftlich schwierige Zeiten kommen. Ein wirklicher Schuldenabbau ist in der Haushaltspolitik der schwarz-gelben Regierung aber nicht erkennbar. Im Gegenteil – die Bundesregierung ruht sich auf den Steuermehreinnahmen aus, ohne strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen und ohne die Neuverschuldung im möglichen Maße zu reduzieren.

## Schwarz-gelbe Rechenricks

Mit der nationalen Schuldenbremse und den neuen europäischen Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie des Fiskalpakts hat sich Deutschland enge Grenzen in der Haushaltspolitik gesetzt, die einen festen Abbaupfad für die Staatsverschuldung vorsehen.

Deutschlands Wirtschaftskraft und gute Bonität sorgen derzeit dafür, dass nur sehr geringe Zinsen für unsere Bruttoneuverschuldung gezahlt werden müssen. Die schwarz-gelbe Regierung erliegt dabei allerdings der Versuchung, diese Zinsvorteile mitzunehmen und die

Staatsschuld kurzfristig zu refinanzieren. Damit steigen das Zinsänderungsrisiko und die Abhängigkeit des Bundeshaushaltes vom Zinsniveau in den nächsten Jahren stärker als notwendig an. Schwarz-gelbe Steuer- und Finanzpolitik ist ohne Konzept. Sie denkt nicht voraus. Sie ist ein Zukunftsrisiko für unser Land.



Schwarz-Gelb hat 2010 wider besseren Wissens den Ausgangswert für die Berechnung des Abbaupfades der Schuldenbremse viel zu hoch angelegt. Dadurch können bis 2016 mehr Schulden aufgenommen werden. Der Verschuldungsspielraum wäre deutlich geringer, wenn der Ausgangswert auf der IST-Verschuldung im Jahr 2010 basierte. So verlangt es der Geist der Schuldenbremse, und so rechnen Bundesrechnungshof, Bundesbank und der Sachverständigenrat.

## Ungleichheit und Ungerechtigkeit

Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer: Die Wirtschaftsweisen diagnostizieren die wachsende Ungleichheit der Haushaltseinkommen in Deutschland. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellt eine steigende Sparquote mit gleichzeitig kräftigem Anstieg der Selbstständigen- und Vermögenseinkommen fest. Gleichzeitig sind die Löhne seit 2003 kaum gestiegen, nicht einmal die Inflation wurde ausgeglichen. Mit anderen Worten: Unsere Gesellschaft driftet auseinander. Wenn zehn Prozent der Bevölkerung mehr als zwei Drittel des Vermögens anhäufen, während zwei Drittel der Bevölkerung über weniger als zehn Prozent des Vermögens verfügen, schwindet das wechselseitige Verständnis

für »die da oben« und »die da unten«. Die schwarz-gelbe Klientelpolitik mit ihren vielen Privilegien für Wohlhabende verschärft diese Spaltung. Die Koalition finanziert Steuersenkungen auf Pump, zu Lasten von Ländern und Kommunen und auf Kosten der Bildungsinfrastruktur, die wir brauchen, um Chancengleichheit für die nächste Generation zu schaffen. Das heillose Regierungschao gebiert unsinnige Mehrausgaben wie das »Betreuungsgeld«, das wiederum Milliarden von Euro verschwendet. Deutschland steht mit Klimaschutz und Energiewende,

mit den Bildungsanforderungen eines Einwanderungslandes und mit den Herausforderungen des demografischen Wandels vor einem beispiellosen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Bleibt die Finanzpolitik ohne Zukunftskonzept, ist die Handlungsfähigkeit des Staates gefährdet. Deutschland braucht eine Steuer- und Finanzpolitik mit Konzept, die Einsparungen realisiert, Mehreinnahmen dort generiert, wo genügend finanzielle Ressourcen vorhanden sind, und gleichzeitig diejenigen Bürgerinnen und Bürger stärkt, die es brauchen.

## DAS WOLLEN WIR TUN

---

### Gerechte Steuern und Finanzen

#### *Erhöhung des Spitzensteuersatzes*

Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland ist ungerecht. Hohe Einkommen, Vermögen und Kapitalerträge werden auch im internationalen Vergleich gering belastet. Daher wollen wir Veränderungen bei der Steuerbelastung von hohen Einkommen ab 64.000 Euro bei Alleinverdienern und ab 128.000 Euro bei Ehepaaren. Für Einkommen zwischen 52.885 Euro (ab hier gilt der derzeitige Spitzensteuersatz) und 64.000 Euro soll eine Proportionalzone, für Einkommen zwischen 64.000 Euro bis 100.000 Euro eine dritte Progressionszone eingeführt werden und für Einkommen ab 100.000 Euro ein Spit-

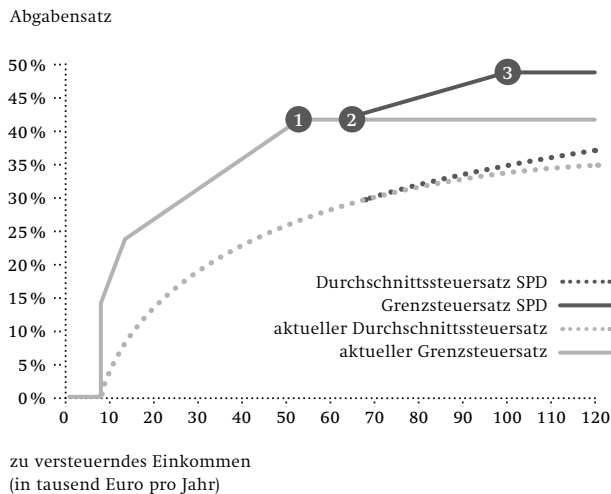
zensteuersatz von 49 Prozent gelten. Für Verheiratete sind die Grenzen zu verdoppeln. Wir erreichen damit gesamtstaatlich Mehreinnahmen von sechs Milliarden Euro, für den Bund 2,8 Milliarden Euro auf Dauer. Belastet werden dadurch jene fünf Prozent der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen.

#### *Vermögenssteuer*

Wir wollen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Damit sollen die Länder zusätzlichen finanziellen Spielraum in Höhe von etwa zehn Milliarden Euro jährlich erhalten, um insbesondere Bildungschancen zu finanzieren. Wir tun dies mit Augenmaß. Die private Vermögenssteuer soll mit einem grundsätzlichen Freibetrag versehen sein. Die betriebliche Vermögenssteuer soll

so ausgestaltet werden, dass sie wirtschaftliche Betätigung und Investitionen nicht behindert. Einen Gesetzesentwurf für den Bundesrat bereiten die SPD-regierten Länder derzeit vor. Der Steuer werden etwa 300.000 Personen unterliegen. Darüber hinaus werden wir prüfen, die Erbschaftsteuer zu reformieren.

Unser Vorschlag für die Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer



- 1 Grenzsteuersatz 42 % ab 53.000 € unverändert
- 2 ab 64.000 € steigt der Grenzsteuersatz
- 3 Spitzensteuersatz 49 % ab 100.000 €

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 % ab 100.000 € und Einführung einer dritten Progressionszone
- höhere Belastung ab 64.000 € Einkommen (128.000 Euro für Verheiratete)
- 5 % der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen betroffen

## Abgeltungsteuer

Die Abgeltungsteuer soll auf 32 Prozent erhöht werden, und das Optionswahlrecht soll erhalten bleiben. Hierdurch werden rund eine Milliarde Euro mobilisiert, davon ca. 400 Millionen Euro für den Bund.

## Besteuerung des Finanzmarktes

Seit langem fordern wir eine europäische Finanztransaktionssteuer. In den Verhandlungen mit der schwarz-gelben Regierung zum Fiskalpakt konnten wir eine solche Steuer nun durchsetzen. Im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit auf europäischer Ebene soll die Steuer schnellstmöglich eingeführt werden. Wir gehen davon aus, dass die Steuer für Deutschland zu Mehreinnahmen von drei Milliarden Euro führen wird. Der gegenüber der Realwirtschaft deutlich gewachsene Finanzmarkt wird somit stärker in die Finanzierung öffentlicher Aufgaben des Gemeinwohls einbezogen.

## Ehegattensplitting

Mit dem Projekt »Gleichstellung« haben wir die Auswirkungen des Ehegattensplittings auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf untersucht. Das Ehegattensplitting fördert das Modell der Alleinverdienerehe. Hier wollen wir ansetzen und Änderungen herbeiführen, da dieses Familienmodell nicht mehr der aktuellen Lebensrealität entspricht. Selbst die EU-Kommission fordert in ihren länderspezifischen Empfehlungen Deutschland auf, die fiskalischen Fehlanreize für Zweitverdiener abzuschaffen. Wir setzen uns daher für die Einführung der Individualbesteuerung mit Berücksichtigung der Unterhaltspflichten ein, die dann für neu geschlossene Ehen gelten soll.

## Rücknahme der Klientelgeschenke

Eine der ersten Amtshandlungen der schwarz-gelben Koalition war das so genannte »Hoteliersgesetz«. Seit 2010 gilt damit das milliardenschwere Privileg eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes bei Beherbergungsleistungen. Hotels gaben die Entlastung kaum an die Gäste weiter. Wir werden dieses im Gegenzug für Parteispenden an Union und FDP gewährte Steuergeschenk rückgängig machen, ebenso wie weitere Änderungen im Unternehmenssteuerrecht und bei der Erbschaft- und Schenkungssteuer, die mit dem Hoteliersgesetz seit 2010 gelten.

## Abbau ökologisch schädlicher Subventionen

Einnahmeverbesserungen können nicht nur durch Steuererhöhungen, sondern müssen auch durch den Abbau von Subventionen erreicht werden. Wir wollen unnötige, allgemeine und ökologisch schädliche Subventionen abbauen oder komplett streichen. Insgesamt können wir dadurch die Einnahmen des Gemeinwesens dadurch um rund zwei Milliarden Euro verbessern. Im Einzelnen wollen wir unter anderem die steuerliche Vergünstigung für Agrardiesel abbauen, die Absetzbarkeit von Kraftstoffkosten bei großen Firmenwagen begrenzen sowie die Begünstigung von Flugbenzin streichen.

Weiterhin setzen wir uns für die Erhöhung der Brennelementesteuer bis zum Auslaufen der Atomtechnologie ein. Wir wollen Umsatzsteuerbetrug effizienter bekämpfen. Die steuerliche Absetzbarkeit variabler Gehaltsbestandteile von Managern vom Betriebsausgabenabzug werden wir auf 500.000 Euro beschränken. Außerdem werden wir die Reform der Ministerialverwaltung vorantreiben, Synergieeffekte nutzen sowie auf Doppelstrukturen beim Bundesnachrichtendienst verzichten.



## Subventionsabbau durch Mindestlohn

Wir wollen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einführen. Um die finanziellen Auswirkungen abschätzen zu können, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung bei Prognos eine Studie in Auftrag gegeben, die die Auswirkungen verschiedener Höhen des Mindestlohns auf den Staatshaushalt und die sozialen Sicherungssysteme berechnete. Dabei wird unterschieden zwischen direkten steuerlichen Mehreinnahmen (so genannte Erstrundeneffekte), Einsparungen in den sozialen Transfersystemen durch geringere Inanspruchnahme sowie einer indirekten Erhöhung des Steueraufkommens (so genannte Zweitrundeneffekte). Bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde ergeben sich demnach Steuermehreinnahmen bei der Einkommensteuer durch höhere Einkommen von 2,7 Milliarden Euro. Hinzu kommen geringere Sozialtransfers von 1,7 Milliarden Euro sowie Zweitrundeneffekte durch erhöhten Konsum von knapp 700 Millionen Euro. Insgesamt werden mit dem Mindestlohn Mehreinnahmen von über fünf Milliarden Euro erreicht. Zusätzlich werden auch die Sozialversicherungen durch höhere Beitragszahlungen entlastet.

## Prioritäten und Zukunftsausgaben

Wir werden solide haushalten. Darum wissen wir: Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch finanzierbar. Deshalb haben wir uns für Prioritäten entschieden. Wir setzen auf Zukunftsaufgaben und legen unsere Schwerpunkte bei Bildung, Gesundheit, Kommunen, moderner Infrastruktur und Energiewende. Aber auch die Rückführung der Neuverschuldung ist notwendig, um den folgenden Generationen Gestaltungsspielräume zu lassen.

### Bildung

Im Bereich Bildung wollen wir im Bund bis zu zehn Milliarden Euro zusätzlich investieren. Wir wollen stärker in Ganztagsbetreuung investieren – sowohl im Kindergarten als auch in der Schule.

### Zukunftsfähige Infrastruktur

Wie das Projekt »Infrastrukturkonsens« herausgearbeitet hat, sind mehr Investitionen in Infrastruktur notwendig, um Deutschland zukunftsfähig zu machen. Daher wollen wir hier mehr finanzieren, genauso wie bei den Herausforderungen der Energiewende. Drei Milliarden Euro wollen wir dauerhaft und zusätzlich für beide Politikbereiche in die Hand nehmen.

## Kommunen

Die Kommunen werden durch unsere Vorschläge von 2013 an mit 3,3 Milliarden Euro aufsteigend auf vier Milliarden Euro entlastet. Die Mehreinnahmen können zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte bzw. für dort notwendige Investitionen verwendet werden. Darüber hinaus hat die SPD im Vermittlungsausschuss erreicht, dass die Kommunen von der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet werden. Diese Kosten wachsen jährlich an. Im Jahr 2013 haben die Kommunen Einsparungen von über drei Milliarden, da der Bund bereits 75 Prozent der Kosten für die Grundsicherung im Alter trägt. Ab dem Jahr 2014 schultert der Bund zur Entlastung der kommunalen Finanzen dann sogar 100 Prozent.

## Schuldenabbau

Deutschland fordert in Europa eine Schuldenregel für alle. Wir fordern aber auch, unsere eigene Schuldenbremse so anzuwenden, wie es dem Geiste des Grundgesetzes entspricht. Wir stimmen hier überein mit dem Bundesrechnungshof, der Bundesbank und dem Sachverständigenrat. Bisher hat sich der Bundesfinanzminister daran nicht gehalten. Mit einem Trick zu Beginn der Berechnung im Jahr 2010 hat er einen ungenehmigten Überziehungskredit auf dem so genannten »Kontrollkonto« der Schuldenbremse angelegt, was insbesondere in den ersten Jahren dazu führte, dass deutlich weniger gespart wurde als aufgrund der guten konjunkturellen Lage möglich war. Wir wollen die deutsche Schuldenregel auch dem Geiste nach einhalten und setzen uns für einen konsequenten Schuldenabbau ein. Zu einem nachhaltigen Schuldenmanagement gehört auch, den Bundeshaushalt nicht unnötig durch kurze Laufzeiten der Schuldtitel vom Zinsniveau abhängig zu machen. Effektiver wäre, das derzeit auch bei den langen Laufzeiten günstige Zinsniveau zu nutzen, um die Verschuldung stärker mit Langläufern abzusichern.

### Entlastungsmöglichkeiten von Familien mit geringem Einkommen

Längerfristig wollen wir mit Priorität die unteren und mittleren Einkommen entlasten. Gerade Familien mit geringem Einkommen kann eine Neukonzeption des Kindergeldes und des Kinderzuschlages zu Gute kommen. Der finanzielle Spielraum dafür darf aber nicht über neue Schulden finanziert werden.

## SO WOLLEN WIR LEBEN

---

Deutschland 2020 ist ein Land, das mit ehrlicher Finanzpolitik die großen Zukunftsaufgaben am Anfang des 21. Jahrhunderts schultert, mit gemeinsamer Kraftanstrengung die Gesellschaft zusammenhält und die umfangreichen Investitionen mobilisiert, die erforderlich sind, um die Wirtschaft eines modernen Industrielandes zu modernisieren und das Zusammenleben in den Kommunen zu stärken.

Die soziale Kluft wurde deutlich verringert. Im Steuersystem ist die Privilegierung wieder zurückgefahren worden, was auch der Steuervereinfachung und der Entbürokratisierung nutzt. Die Klientelpolitik der vier Jahre nach 2009 gelten noch immer als abschreckendes Beispiel. Daraus haben neue Regierungen gelernt. Eine

neue, gerechtere Lastenverteilung, bei der Wohlhabende und Vermögende stolz darauf sind, einen angemessenen Beitrag zum Gemeinwesen zu leisten, von dem sie selbst so erfolgreich profitiert haben, hat dazu geführt, dass der Gesellschaftsvertrag erneuert ist und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihr Gemeinwesen wächst. Klar erkennbar ist: Starke Schultern tragen mehr als schwache. Alle Schultern aber leisten nur so viel, wie sie tragen können. Deutschland hat einen Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger nicht überfordert und bei den Ausgaben Maß halten kann. Im Ausgleich der Kräfte achtet er stärker sowohl auf das soziale Gleichgewicht bei der Finanzierung der Staatsaufgaben als auch auf die finanziellen Spielräume der nachfolgenden Generationen.











The background of the page is a photograph of a calm lake at dusk or dawn. The water is still, reflecting the sky. On the left and right sides, there are silhouettes of trees with some leaves catching the low light. The overall color palette is warm, with oranges, yellows, and greens.

# IV. WO WIR HIN WOLLEN – DEUTSCHLAND 2020

---

Deutschland 2020 ist ein Land, in dem es gelingt, Zukunfts- und Teilhabechancen von der sozialen Herkunft abzulösen und die Spaltung der Gesellschaft zu überwinden. Die Wirtschaft meistert den Strukturwandel erfolgreich und bleibt auch durch ein neues, auf Nachhaltigkeit und Teilhabe ausgerichtetes Wohlstandsmodell wettbewerbsfähig. Wir leben in einer lebendigen, vielfältigen, offenen und international vernetzten Gesellschaft. Die Demokratie legt Verkrustungen ab und bietet den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten des Mitredens und Mitentscheidens.



# 01. EIN GERECHTES UND LEBENSWERTES LAND



Deutschland 2020 ist ein Land, in dem es gelingt,  
die Zukunftschancen von der sozialen Herkunft abzulösen.

- Das Vertrauen in das Bildungsversprechen ist zurückgekehrt. Privilegien sind überwunden. Mit dem Durchbruch zu mehr Chancengleichheit steht endlich das Ziel der selbstbestimmten Entfaltung aller Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt.
- In Deutschland kann 2020 jedes Kind, gleich welcher Herkunft, gleich wo es lebt und gleich welche Schulform es besucht, auf eine gute Ganztagschule gehen.
- Hochwertige Kita-Plätze in ausreichender Zahl stehen Kindern aller sozialer Schichten zur Verfügung. Kinder aus Einwandererfamilien erhalten frühe Sprachförderung. Zweisprachigkeit erhält eine höhere Wertschätzung und stärkt das Selbstbewusstsein der Kinder.
- Die Zahl der Schulabbrecherinnen und -abbrecher ist stark zurückgegangen. Die berufliche Ausbildung am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt ist gestärkt. Eine Berufsausbildungsgarantie zeigt Wirkung. Junge Leute gehen nach der Schule entweder auf eine Hochschule oder in eine Ausbildung. Und auch diejenigen, die den direkten Berufseinstieg gewählt haben, machen später immer öfter noch einen Hochschulabschluss.
- Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bei Bildung gehört der Vergangenheit an.

In Deutschland können bis 2020 alle Menschen im Erwerbsalter die  
Chance finden, den eigenen Lebensunterhalt durch gute Arbeit zu verdienen.

- Deutschland 2020 ist ein Land, das Vollbeschäftigung und gute Arbeit verbindet. Menschen werden zwar nach wie vor und sogar häufiger noch ihre Arbeit und ihren Arbeitsplatz wechseln. Doch weder Arbeitslosigkeit noch Familien- oder Bildungszeiten sind mit existenzieller Angst verbunden. Eine Arbeitsversicherung bietet den Beschäftigten gesicherte Weiterbildungschancen.
- Niemandem wird die Möglichkeit verwehrt, sich auch später noch weiter zu bilden und aufzusteigen. Niemand wird durch Armutslöhne vom Wohlstandszuwachs ausgegrenzt. Mit einer neuen Ordnung am Arbeitsmarkt gelingt es, gute Arbeit zu sichern und neue Wege zu öffnen.
- Die Spaltung des Arbeitsmarktes ist überwunden. Damit geht auch die soziale und kulturelle Polarisierung der Gesellschaft zurück. Nach wie vor gibt es Beschäftigte mit höherer, akademischer und mit praktischer Qualifikation. Aber das Bildungssystem kennt keine ein für alle Male festgelegten Lebensläufe. Deutschland ist ein Land der zweiten und dritten Chancen.
- Für kreative und künstlerische Arbeit sorgt eine rechtliche Absicherung für faire Vergütung und für verlässlichen Schutz vor sozialen Risiken nach den Bedürfnissen der frei Beschäftigten.
- Die Vernetzung und Digitalisierung von Arbeitsprozessen dient den Menschen zu mehr Freiheit und Kreativität, anstatt sie unter größeren Druck und Stress zu setzen.

## Deutschland hat sich 2020 ein neues Leitbild gegeben – Frauen und Männer bewegen etwas, gemeinsam, gleichgestellt, partner- schaftlich, ob im Beruf oder in der Familie.

- Die beruflichen Fähigkeiten von Frauen und Männern werden gerecht bewertet und bei gleicher Leistung auch gleich bezahlt. Die gläserne Decke ist durchbrochen: Frauen erobern die Führungspositionen, weil sie dafür qualifiziert sind – unabhängig von Familienstand und Kinderzahl.
- Flexible Arbeitszeiten und flächendeckende Betreuung von Klein- und von Schulkindern machen Eltern souve-  
rän: Der doppelte Druck und das schlechte Gewissen, entweder die Familie oder den Beruf zu vernachlässigen, lassen nach. Familie und Beruf sind vereinbar, auch weil Männer häufiger Familienarbeit machen.
- Mehr Zeitsouveränität zahlt sich aus, für Beschäftigte wie für Arbeitgeber/innen. Die »innere« Kündigung und der Burn-out gehen zurück.

## Deutschland 2020 ist ein Land, in dem es für den Alltag der Menschen und in der politischen wie medialen Debatte kaum noch eine Rolle spielt, ob jemand einen »Migrationshintergrund« hat oder nicht.

- Alle Fähigkeiten und Rechte erwerben zu können, die zur Aktivbürgerschaft befähigen – Sprache, Bildung, soziale Netzwerke, Staatsangehörigkeit, aktives und passives Wahlrecht –, dies steht im Mittelpunkt des Zusammenlebens.
- Im Jahr 2020 wird die doppelte Staatsbürgerschaft auch in unserem Land für jeden möglich und etwas Selbstverständliches sein. Die Zahl der Einbürgerungen nimmt zu. Die Zugehörigkeit zur und die Identifikation mit der deutschen Gesellschaft wird stärker.
- In der Kita und der Ganztagschule werden die unterschiedlichen Hintergründe der Kinder und Jugendlichen nicht als Hindernis, sondern als Chance begriffen. Dies zeigt sich beim muttersprachlichen Unterricht, durch den Kinder zum Beispiel Türkisch oder Arabisch auf solch einem hohen Niveau lernen, dass es ihnen auf ihrem schulischen und beruflichen Weg weiterhilft.
- Der Islam gehört nun wirklich zu Deutschland. Islamunterricht kann in allen Schulen, die ihn anbieten möch-  
ten, von in Deutschland ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern durchgeführt werden. Die muslimischen Schülerinnen und Schüler profitieren davon, dass sie sowohl in der Schule als auch in den Moscheen deutschsprachige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner haben, die sich mit ihrer Religion und mit ihrer Lebenswirklichkeit in Deutschland auskennen. Das wirkt auch der Anfälligkeit für religiösen Extremismus entgegen.
- Im Jahr 2020 wird der sozialen Spaltung in deutschen Städten entschieden begegnet, um keine stigmatisierten Bezirke zuzulassen, die als »verloren« gelten.
- Deutschland ist ein Land mit starken Kommunen, die ihre Aufgaben bei der Integration wahrnehmen können – vom Bund bei Sozialausgaben entlastet und mit stabileren Steuereinnahmen. Die Kommunen haben für sich und ihre Region bedarfsgerechte Antworten auf die Herausforderungen einer kulturell vielfältigeren und älteren Gesellschaft gefunden.

## In Deutschland sind bis 2020 die Weichen gestellt, damit der demo- grafische Wandel im Miteinander der Generationen gestaltet werden kann. Das Leitbild einer sozialen und inklusiven Gesellschaft ist fest verankert.

- Die Bevölkerungszahl geht zurück und der Anteil der älteren Menschen wächst, doch niemand bleibt zurück und niemand wird in der Isolation allein gelassen. Die Chancen des Wandels treten in den Vordergrund. Auf dem Arbeitsmarkt wird der Trend zur Vollbeschäftigung in guter Arbeit gestärkt: Jüngere haben ausgezeichnete

Chancen, Ältere bleiben länger und gesünder im Beruf. Gesundheits- und Pflegedienste sind ein Jobmotor.

- Wohnungen und Wohnumfeld sind barrierefrei und bieten zahlreiche Angebote für gemeinschaftliches und auch generationenübergreifendes Zusammenleben. Der Öffentliche Personennahverkehr funktioniert, in dünn besiedelten Räumen mit neuen, flexiblen Angeboten.

- Erziehung, Betreuung, Pflege und haushaltsnahe Dienstleistungen sind gesellschaftlich hoch anerkannt. Dort sind Frauen und Männer gerne tätig, sowohl hauptberuflich als auch ehrenamtlich. Bürgerschaftliches Engagement und professionelle Strukturen ergänzen sich. All das steigert die Lebensqualität.

## 02. EINE MODERNE WIRTSCHAFT UND NACH- HALTIGER WOHLSTAND



Die deutsche Wirtschaft ist 2020 auf gutem Wege, den großen Wandel von Globalisierung, Technologie, Energiewende, Klimaschutz und Arbeitswelt zu meistern und zu nutzen. Das Land ist hoch wettbewerbsfähig, gerade auch durch ein neues, auf Nachhaltigkeit und Teilhabe ausgerichtetes Wohlstandsmodell.

- Die Industrie und die mit ihr vernetzten Dienstleistungen sind nach wie vor Wertschöpfungskern und Beschäftigungsanker. Deutschland produziert reale Werte entlang einer vollständigen, zunehmend europäisch vernetzten Wertschöpfungskette, von der Grundstoffindustrie bis zu High-Tech-Anwendungen.
- Weiterhin steht die Produktion für gut ein Viertel der Wertschöpfung. Und Deutschland bleibt Spitzenreiter

beim Export. Aber Industrie und Exportwirtschaft haben sich verändert: Die Energiebasis ist mehr und mehr bestimmt durch einen hohen Anteil der erneuerbaren Energien. Die Effizienz bei Herstellung, Bereitstellung und Verbrauch von Energie ist zum zentralen Produktivitätsfaktor geworden. Mit seinen Produkten und Dienstleistungen einer nachhaltigen Ökonomie hat Deutschland den Weltruf von »Made in Germany« erneuert.

Deutschland hat 2020 mit einem Infrastrukturkonsens die gesellschaftliche Akzeptanz und die Leistungsfähigkeit von Industrie und Infrastruktur erneuert und ist darin Vorbild für andere Industrie- und Schwellenländer.

- Bürgerinnen und Bürger sind bei allen wichtigen Entscheidungen zur Infrastruktur beteiligt, und zwar frühzeitig und nicht erst, wenn bereits wichtige Vorfestlegungen getroffen sind. Bei Behörden und Politik gibt es eine

neue Kultur der Transparenz: Bürgerinnen und Bürger werden als gleichberechtigte Gesprächspartner anerkannt und in alle Planungsschritte einbezogen.

## Die Energiewende – im Jahr 2000 von der rot-grünen Bundesregierung mit dem Atomausstieg begonnen, nach 2009 von Schwarz-Gelb chaotisiert und gefährdet – gelingt und liefert sichere, saubere und bezahlbare Energie.

- Deutschland wird zum großen Teil mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt. Weil Stromerzeugung, Stromtransport und Stromverbrauch in einem intelligenten Strommarkt optimal aufeinander abgestimmt sind, ist die Stromversorgung nicht nur sicher und vor Blackouts geschützt, sondern bleibt für die Verbraucherinnen und Verbraucher auch bezahlbar.
- Die Blockade beim Ausbau der Stromnetze ist überwunden. Die Entwicklung zu »smart grids« ist im vollen Gange. Kluge Regulierung und ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen haben mehr privates Kapital mobilisiert. Zugleich sichert eine Deutsche Netz AG mit Beteiligung des Bundes die Einheitlichkeit und Abgestimmtheit der Netzplanungen. Die Bundesregierung hat durch eine stringente Koordinierung die Kompetenzrangelei beendet und ist wieder ein verlässlicher Ansprechpartner.
- Die Blockade beim Ausbau der Stromnetze ist überwunden. Die Entwicklung zu »smart grids« ist im vollen

## Im Deutschland des Jahres 2020 ist Mobilität hindernisfreier, unbeschwerter und zugleich umweltfreundlicher.

- Die Staus auf Autobahnen und Bundesstraßen haben sich verringert, weil die Investitionen mit Entschiedenheit priorisiert, neuralgische Engpassstrecken ausgebaut und ein größerer Teil des Güterverkehrs auf Bahn und Schiffe verlagert worden ist.
- Die Bahn fährt wieder pünktlich, weil Schienen besser instand gehalten werden und Engpässe und Knoten ertüchtigt worden sind. Wer in einen Zug steigt, kann sich deshalb darauf verlassen, dass er auch den Anschluss erreicht.

## Alle Menschen in Deutschland, nicht nur in den Großstädten, sondern auch in Kleinstädten und Dörfern, haben einen schnellen Zugang zum Internet und können damit umfassend an den Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft teilhaben.

- Auch abseits der Ballungsräume siedeln sich innovative Unternehmen an, die auf einen schnellen Internetzugang angewiesen sind. Deutschland baut damit seine Stellung als Hochtechnologiestandort mit einem breiten, kreativen Mittelstand weiter aus.
- Ein KfW-Sonderfinanzierungsprogramm hat mit zinsverbilligten Krediten Breitbandinvestitionen von Kommunen und Unternehmen angestoßen. Der Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen zur Datenübertragung ist gelungen.

## Deutschland hat 2020 neue Wege für mehr Menschen geöffnet und sichert den Fachkräftebedarf einer innovativen Wirtschaft.

- Dank erstklassiger Bildung ist die junge Generation hervorragend auf die Chancen einer modernen und innovativen Arbeitswelt vorbereitet.
- Die duale Ausbildung ist gestärkt, auch durch Ausbildungsverbünde von kleinen und mittleren Unternehmen. Die Durchlässigkeit von beruflicher, schulischer und akademischer Bildung verbessert die Übergänge in Arbeit und die Qualität der Weiterbildung.
- Durch entschlossene Gleichstellungspolitik ist der Anteil erwerbstätiger Frauen gestiegen. Weibliche Führungskräfte machen Deutschlands Wirtschaft stärker. Durch moderne Integrationspolitik finden Einwanderinnen



und Einwanderer sowie Kinder aus Einwandererfamilien den Weg zum sozialen Aufstieg. Deutschland ist ein attraktives Einwanderungsland und heißt hochqualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland willkommen.

- Durch bessere Weiterbildung, bessere Gesundheit am Arbeitsplatz, durch neue, unbürokratische Angebote der Altersteilzeit, aber auch durch den Bewusstseinswandel der Unternehmen, die den Jugendwahn hinter sich gelassen haben, bleiben weit mehr Menschen, die älter als 60 Jahre sind, im Beruf.

### Eine höhere Beschäftigungsquote, eine bessere Reallohnentwicklung und höhere Investitionen führen zu einer dauerhaften Belebung der Binnenwirtschaft.

- Das Zukunftsprojekt einer neuen Ordnung für den Arbeitsmarkt verhindert nicht nur die Verwahrlosung und Prekarisierung der Arbeitsbeziehungen. Es sorgt über den Mindestlohn und stabilere Tarifröhne auch für eine höhere Nachfrage. Diese Belebung dynamisiert vor allem die Dienstleistungswirtschaft.

- Höhere Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen sichern nicht nur Bildung und Infrastruktur, sie bieten auch dem Mittelstand und dem Handwerk bessere Entfaltungsmöglichkeiten.

### Die Kreativwirtschaft erhält die gleiche Aufmerksamkeit und hat den gleichen wichtigen Stellenwert wie die klassischen Wirtschaftssektoren. Von ihr gehen Innovationsimpulse in alle Branchen aus. Auch deshalb bekommt die internationale Ausstrahlungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit des Modells Deutschland immer neue Impulse.

- Musische, künstlerische Fähigkeiten und Medienkompetenz werden im Bildungssystem auf hohem Niveau vermittelt. Sie tragen maßgeblich dazu bei, dass junge Menschen ihre kreativen Begabungen entdecken, entwickeln und nutzen.

- Die Wirtschaftsförderung ist auf die Bedürfnisse einer kleinteiligen Kreativszene ausgerichtet. Unternehmensgründungen in der Kreativwirtschaft werden durch vereinfachte Verwaltungsabläufe und erleichterte Kapitalbestimmungen für Unternehmengesellschaften unterstützt.

- In den Schulen sind alle Schülerinnen und Schüler mit einem Laptop oder Tablet ausgestattet. Ein öffentliches W-LAN gehört zur Normalausstattung jeder Bildungseinrichtung. Lehrerinnen und Lehrer sind kompetente Lotsen und Dialogpartner für Risiken und Chancen der digitalen Gesellschaft.

- Auch das produktive Scheitern gehört zur Kreativität. In der innovativen Kreativwirtschaft wird die Bereitschaft zum Risiko durch die Möglichkeit einer »zweiten Chance« unterstützt. Der Neuanfang nach einer Insolvenz fällt leichter als früher.

### Deutschland 2020 ist ein Land, das mit ehrlicher Finanzpolitik die großen Zukunftsaufgaben am Anfang des 21. Jahrhunderts schultert, mit gemeinsamer Kraftanstrengung die Gesellschaft zusammenhält und die umfangreichen Investitionen mobilisiert, die erforderlich sind, um die Wirtschaft eines modernen Industrielandes zu modernisieren.

- Durch den Abbau unnötiger oder schädlicher Subventionen und Steuerprivilegien, auch durch die Begrenzung des staatlich subventionierten Lohndumpings, erhöht der

Staat seine Handlungsfähigkeit. Durch moderate Erhöhungen des Spitzensteuersatzes und der Abgeltungsteuer sowie durch die wieder eingeführte Vermögensteuer

kommt der Lastenausgleich ins Gleichgewicht, ohne dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes leidet. Notwendige Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur können finanziert werden.

- Im Steuersystem ist die Privilegierung deutlich zurückgefahren worden, was auch der Steuervereinfachung und der Entbürokratisierung nutzt. Die Klientelpolitik der vier Jahre nach 2009 gilt noch immer als abschreckendes Beispiel. Daraus haben neue Regierungen gelernt.
- Die Finanzmärkte sind besser reguliert und dienen wieder stärker der Realwirtschaft. Wertschöpfung geht vor

Wertabschöpfung. Spekulative Risiken sind eingedämmt. Zudem tragen Finanzmarktakteure ihren Anteil an der Finanzierung des Gemeinwesens. Auf europäischer Ebene ist eine Finanztransaktionssteuer eingeführt. Die Banken müssen sich selbst gegen Ausfallrisiken absichern.

- Klar erkennbar ist: Starke Schultern tragen mehr als schwache. Alle Schultern aber leisten nur so viel, wie sie tragen können. Deutschland hat einen Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger nicht überfordert und bei den Ausgaben Maß halten kann. Im Ausgleich der Kräfte achtet er stärker sowohl auf das soziale Gleichgewicht bei der Finanzierung der Staatsaufgaben als auch auf die finanziellen Spielräume der nachfolgenden Generationen.

## 03. EINE SELBSTBEWUSSTE DEMOKRATIE



Deutschland 2020 ist eine lebendige, vielfältige, produktive und international vernetzte Gesellschaft.

- Unsere Gesellschaft begegnet unkonventionellen Lebensentwürfen und ungewohnten Ideen mit großer Offenheit und neugierigem Respekt. Pluralität wird nicht als bedrohlich, sondern als bereichernd empfunden.
- Unterschiede von Herkunft, Kultur oder Religion gehören zum Alltag, bestimmen aber nicht mehr über soziale Spaltung, Benachteiligung und Diskriminierung. Nicht

das Trennende an Vergangenheit und Herkunft, sondern das Verbindende einer gemeinsamen demokratischen Zukunft prägt das politische Bewusstsein.

- Eine digital aufwachsende Generation, in einem exzellenten Bildungssystem zu Verantwortung und Selbständigkeit ermutigt, weiß mit neuen Medien umzugehen und sie für den Fortschritt unserer Gesellschaft zu nutzen.

Die Mitbestimmung im Betrieb und im Unternehmen hat sich als Zukunftsprojekt erwiesen. Teilhabe am Haben und am Sagen gehen Hand in Hand.

- Die Mitbestimmung im Betrieb umfasst stärker noch die Fragen von Weiterbildung, Gesundheit und Zeitsouveränität.
- Selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nehmen Anteil an wirtschaftlichen und gesellschaftspo-

litischen Entscheidungen der Unternehmen. Die paritätische Mitbestimmung gilt in Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten. Sie hilft dabei, nachhaltige und krisenresistente Geschäftsstrategien zu entwickeln und mit den Beschäftigten umzusetzen.

Die Demokratie mit ihren Grundrechten der Meinungsfreiheit und ihren Prinzipien der Mehrheitsentscheidung in Wahlen und Abstimmungen wird nicht neu erfunden, aber sie legt manche Verkrustungen und selbstreferenzielle Routinen ab, sie ist offener, beteiligungsfreundlicher, liberaler und nimmt die Impulse neuer sozialer Bewegungen auf.

- Das Internet eröffnet eine unverzichtbare Dimension der demokratischen Meinungsbildung, Meinungsäußerung und Teilhabe. Informationen sind weitestgehend für alle verfügbar. Der soziale Austausch umfasst mehr Menschen und multipliziert den Wirkungsgrad individueller Initiativen, die in der Netzgemeinde Anklang finden. Durch das Netz steigt die Erfahrung der Selbstwirksamkeit und der gesellschaftlichen Relevanz des eigenen Handelns.
- Der Infrastrukturkonsens hat dazu geführt, dass es kein Infrastrukturprojekt mehr ohne frühzeitige und ernsthafte Bürgerbeteiligung gibt. Ob Verkehrswege, Stromtrassen oder Flughäfen — die Betroffenen reden mit.
- Regierung und Behörden haben auf die gestiegenen Informationsbedürfnisse und die Fähigkeit zur Kritik reagiert. Die Rede vom »Wutbürger« ist überholt. Bürgerinnen und Bürger stehen ihren Regierungen auf Augenhöhe gegenüber. Verwaltungen agieren transparenter, sensibler und betrachten Bürgerbeteiligung nicht mehr als Störfaktor, sondern als Chance, zu besseren Ergebnissen zu kommen.
- Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene sind möglich, auch zu Grundsatzfragen der Infrastrukturentwicklung, z. B. zu den Bedarfsplänen für Bundesverkehrswege und zum Netzausbau im Energieleitungsbereich.







# EPILOG ZU EINER FARCE

---

# SCHWARZ-GELB BLOCKIERT UNSER LAND



Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat weder die Kraft noch den Willen, die Herausforderungen zu erkennen und den Problemen durch eine vorausschauende Politik zu begegnen. Die Koalition verspielt Chancen, verschenkt Potenziale und setzt die Zukunft Deutschlands aufs Spiel.

Zwei Gründe sind für die politische Zukunftsvergesenheit von Schwarz-Gelb ausschlaggebend: Erstens sind die wenigen Gemeinsamkeiten von Union und FDP längst erschöpft. Sei es in der Steuer-, Energie- oder Wirtschaftspolitik, sei es in der Innen-, Frauen- oder Familienpolitik, bei Bildung oder Integration – in zentralen politischen Fragen findet die Koalition keinen gemeinsamen Nenner mehr. Ausdruck ist der Dauerstreit, an dem die Koalitionsparteien und das Kabinett die Öffentlichkeit seit drei Jahren teilhaben lassen. Im schwarz-gelben Theater wird gestritten über die Energiewende und die Eurorettung, über das Betreuungsgeld und die Frauenquote, über Rente und Pflege, über Finanzmarktregulierung und Vorratsdatenspeicherung. Wo nach jahrelangem Ringen schließlich doch Beschlüsse gefasst werden, kassiert sie das Bundesverfassungsgericht wieder ein, weil sie nicht mit dem Grundgesetz im Einklang stehen, wie jüngst beim schwarz-gelben Gesetz zur Reform des Wahlrechts. Die Folge ist eine Politikblockade in Deutschland.

Der zweite Grund für diese Blockade besteht darin, dass die politischen Antworten von Union und FDP spätestens seit Finanzkrise und Fukushima von der Wirklichkeit überholt sind. Das marktradikale Wirtschaftsmodell ist ebenso gescheitert wie die rückwärtsgewandte Ideologie des Atomzeitalters. Deshalb finden sich Union und FDP in der veränderten Realität des 21. Jahrhunderts nicht zurecht. Das ist der Grund, warum die Koalition sowohl unfähig als auch unwillig ist, die drängenden Herausforderungen anzupacken: Ihre Antworten von gestern passen nicht zu den Fragen von heute. Die Koalition ist aus der Zeit gefallen.

## Schwarz-Gelb ist den Herausforderungen der Eurokrise nicht gewachsen

Der Erhalt der europäischen Währungsunion ist eine wesentliche Bedingung für unseren Wohlstand. Er liegt im deutschen Interesse. Die Wahrung dieses Interesses verlangt grundlegende, mutige und offen zur Entscheidung gestellte Lösungen. Wer jedoch glaubwürdig für die europäische Lösung argumentieren will, darf die Besorgten und die Skeptiker weder mit nationalen Klischees in die Irre führen noch mit erhobenem Zeigefinger belehren. Vielmehr gilt es, die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen, die ein Auseinanderbrechen der Währungsunion hätte, vor Augen zu führen. Vor dieser Aufgabe haben CDU/CSU und FDP versagt.

Die einseitige, lediglich auf Kredithilfen und Ausgabenkürzungen ausgerichtete europäische Krisenpolitik der letzten zwei Jahre hat die Eurozone in Rezession, Arbeitslosigkeit und noch höhere Verschuldung geführt. Statt Schritte der Konsolidierung mit Initiativen für neue wirtschaftliche Dynamik zu verbinden, wie es Deutschland im vergangenen Jahrzehnt getan hat, Kapital für Investitionen zu mobilisieren, durch kräftige Impulse für neues Wachstum in den Krisenländern zu sorgen und die Märkte durch ein starkes Signal für die Zukunft der europäischen Einheit zu beruhigen, bleiben die Regierungen Europas unschlüssig und uneinig. Statt Problemlösungen gibt es Schuldzuweisungen. Im Ergebnis wurden die Spekulationen weiter angeheizt und die Krise verschärft. Die schwarz-gelbe Bundesregierung trägt dafür mit ihrem taktischen Zögern, ihrer inneren Zerrissenheit und ihrer Unfähigkeit, der Öffentlichkeit die Ursachen der Krise aus einer europäischen Perspektive zu erklären, ihren Teil der Verantwortung.

## Schwarz-Gelb kapituliert vor der Macht der Finanzmärkte

Statt risikoreiche und realwirtschaftlich nutzlose Spekulationsgeschäfte zu beschränken bzw. zu verbieten, können die Verursacher der Krise weiter machen wie bisher.

Die Kosten der Finanzkrise tragen die Steuerzahler und belasten die öffentlichen Haushalte, während Spekulanten verschont bleiben. Die Bereitschaft der Bundesregierung, sich in Europa für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einzusetzen, kam nur auf Druck der SPD im Rahmen der Verhandlungen zum Fiskalpakt zustande. Geliefert hat die Regierung hier noch nicht. Wer keine Lehren aus der Krise zieht und nicht für seriöse Finanzmärkte sorgt, die der Realwirtschaft sowie den Verbraucherinnen und Verbrauchern solide Finanzierungen und transparente Anlagemöglichkeiten bieten, der macht sich verantwortlich für die nächste Krise.

### Schwarz-Gelb hat keine Strategie für Vollbeschäftigung und nachhaltiges Wachstum

Die Koalition kürzt öffentliche Investitionen, gefährdet private Investitionen und schwächt die Kaufkraft der Menschen. Drastische Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik blockieren die Teilhabe von Menschen an guter Arbeit und am wirtschaftlichen Aufschwung und nehmen das Risiko des Fachkräftemangels billigend in Kauf. Dies führt zu einem Stillstand in der Wirtschaftspolitik, die darauf verzichtet, Mittelstand und Handwerk zu stärken, die industrielle Basis zu modernisieren, die Potenziale des Dienstleistungssektors auszuschöpfen und die Grundlagen für die Arbeit von morgen zu schaffen. Wichtige Investitionen in Wachstumsbranchen und Zukunftstechnologien, in Infrastruktur und Innovationen bleiben aus. Union und FDP haben die Ausrichtung der deutschen Industrie auf die Leitmärkte der Welt aufgegeben und verkennen, dass Ökologie und Nachhaltigkeit längst zur Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg geworden sind.

### Schwarz-Gelb scheitert an der Energiewende

Das energiepolitische Chaos und das Fehlen klarer Konzepte der Bundesregierung haben zu einem nahezu kompletten Verlust von Planbarkeit und Investitionssicherheit in der Energiewirtschaft geführt. Maßnahmen gegen soziale Verwerfungen durch steigende Energiepreise fehlen. Notwendige Investitionen werden gehemmt, die Versorgungssicherheit gefährdet. Ausreichende Anreize für mehr Effizienz bei der Erzeugung und Nutzung von Energie gibt es nicht. Der Ausbau von Übertragungsnetzen und Speichern hinkt dem Ausbau der erneuerbaren Energien meilenweit hinter. Der gegenwärtige Stillstand in der Energiepolitik ist eines der größten Risiken für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.

### Schwarz-Gelb vertieft die sozialen Gräben in unserer Gesellschaft

Die Koalition verweigert den flächendeckenden Mindestlohn, sieht dem Missbrauch der Leiharbeit tatenlos zu, lehnt gesetzliche Regelungen für gute Arbeit ebenso ab wie Maßnahmen zur Durchsetzung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Aus dem zentralen Wahlversprechen »Mehr Netto vom Brutto« wurden Mehrbelastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Rentnerinnen und Rentner, für Familien und Arme. Das Elterngeld wurde gekürzt und für Bezieher von Arbeitslosengeld II sogar komplett gestrichen, ebenso die Rentenbeiträge für Transferleistungsempfänger und der Heizkostenzuschuss für Geringverdiener. Durch das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, die Einführung einkommensunabhängiger Zusatzbeiträge in unbegrenzter Höhe und die Ausweitung der Vorkasse in den Arztpraxen hat Schwarz-Gelb das Solidaritätsprinzip im Gesundheitswesen in Frage gestellt. Kostensteigerungen im Gesundheitssystem werden einseitig auf Beschäftigte sowie Rentnerinnen und Rentner abgewälzt. Statt die Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte durch bessere Teilhabechancen in der Bildung und am Arbeitsmarkt zu verbessern, streicht Schwarz-Gelb Förderleistungen, verweigert ein ausreichendes Angebot an Deutschkursen und hält mit dem Verbot der doppelten Staatsangehörigkeit an einem zentralen Integrationshemmnis fest, während Vertreterinnen und Vertreter der Koalition Ressentiments immer wieder durch populistische Stimmungsmache verstärken.

### Schwarz-Gelb zementiert die ungleiche Verteilung von Bildungschancen

Aus der »Bildungsrepublik Deutschland« ist unter Schwarz-Gelb nichts geworden. Im Gegenteil: Der Ausbau frühkindlicher Betreuungsangebote hinkt dem Bedarf hinterher, der Ausbau guter Ganztagschulen ist ins Stocken geraten, die Zahl der Studienplätze deckt die Nachfrage nicht. Doch statt Zukunftsinvestitionen in die Bildungsinfrastruktur – in gute Kitas, Ganztagschulen und mehr Studienplätze – zu tätigen, will die Koalition Milliarden für ein bildungspolitisch kontraproduktives »Betreuungsgeld« verschleudern. Mit dem Festhalten am so genannten Kooperationsverbot im Grundgesetz blockiert Schwarz-Gelb die Möglichkeit von Bund und Ländern, für bessere Bildung intensiver zusammenzuarbeiten. Statt die Einkommensfreibeträge beim BAföG zu erhöhen, die Studienbedingungen an den Hochschulen zu verbessern und das Chaos bei der Hochschulzulassung zu beenden, konzentriert sich die Regierung auf ihr Prestigeprojekt eines »Nationalen Stipendienprogramms«. Statt für gleiche Bildungschancen zu sorgen,

verschärft Schwarz-Gelb die soziale Selektivität des Bildungssystems.

### Schwarz-Gelb ignoriert den gesellschaftlichen Wandel

Die Koalition ignoriert die Herausforderungen der demografischen Entwicklung und hat keine Antworten auf die veränderten Alltagswirklichkeiten und Lebensentwürfe der Menschen. Eine moderne Gesellschafts- und Gleichstellungspolitik, die den neuen Lebensrealitäten und den gewandelten Bedürfnissen von Frauen und Männern Rechnung trägt, ist von Schwarz-Gelb nicht zu erwarten. Statt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie voranzubringen und Frauen bessere Karrierechancen zu ermöglichen, bleibt die Koalition in überkommenen Rollenvorstellungen und Familienbildern verhaftet. Das zeigen die Debatten über das Betreuungsgeld und gegen die Frauenquote in Unternehmen ebenso wie die Weigerung, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften der Ehe rechtlich gleichzustellen. Statt für eine veränderte Altersstruktur der Gesellschaft vorzubauen, scheitert die Koalition daran, die Pflegeversicherung zukunftsfest zu machen.

### Schwarz-Gelb hat die Haushaltskonsolidierung aufgegeben

Trotz Wachstum und sprudelnder Steuereinnahmen verstößt die Regierung gegen Geist und Sinn der Schuldenregelung des Grundgesetzes. Sie ruht sich auf den Mehreinnahmen aus, ohne strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen zu ergreifen und ohne die Neuverschuldung im möglichen Maße zu reduzieren. Einsparungen auf dem Rücken sozial Schwacher und zu Lasten der Teilhabechancen von Benachteiligten stehen milliardenschwere Steuergeschenke an Unternehmen, Hoteliers und Ver-

mögende gegenüber, während wichtige Zukunftsinvestitionen ausbleiben.

### Schwarz-Gelb verschärft die Vertrauenskrise in die Demokratie

Lobbyismus und Klientelpolitik sind zum Markenzeichen der schwarz-gelben Regierung geworden. Noch nie hat sich das Kanzleramt derart zum Handlanger einflussreicher Lobbyinteressen gemacht, wie unter Führung von Angela Merkel. Beschenkt wurden Hoteliers und Vermögende, Pharmaindustrie und Private Krankenkassen. Lediglich mit ihren Lobbygeschenken an die Atomindustrie ist die Koalition gescheitert. Wenn aber eine Regierung vor allem die Eigeninteressen einflussreicher Gruppen bedient statt das Gemeinwohl im Blick zu haben, zerstört sie nicht nur ihre eigene Glaubwürdigkeit als Anwältin der Bürgerinnen und Bürger, sondern riskiert auch das Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Wenn eine Regierung bei der Reform des Wahlrechts nicht an die Chancengleichheit jeder Stimme, sondern vor allem an den eigenen Machterhalt denkt, oder wenn sie sich weigert, internationale Übereinkünfte gegen Korruption und Abgeordnetenbestechung zu ratifizieren, vergrößert sie die Distanz zwischen Politik und Gesellschaft.

Fazit: Schwarz-Gelb vertieft die gesellschaftliche Spaltung, gefährdet Wohlstand und Beschäftigung und lässt es zu, dass das Vertrauen in die Demokratie weiter erodiert. Drei Jahre Schwarz-Gelb waren drei verlorene Jahre für Deutschland. Die Folge ist ein Reformstau, der notwendige Modernisierungsschritte auf die lange Bank schiebt.

Dabei ist Politik nicht machtlos, wenn sie Mut zu Entscheidungen hat. Die Menschen erwarten von ihrer Regierung keine Zauberei. Alles was sie erwarten, ist solide Arbeit und Verlässlichkeit. Dafür bedarf es eines politischen Neuanfangs.





# PROJEKTE UND VERANTWORTLICHE

---

## INFRASTRUKTURKONSENS

*Projektleiter:* Sören Bartol, Garrelt Duin/Wolfgang Tiefensee, Dr. Matthias Miersch,  
Rolf Hempelmann, Uwe Beckmeyer

*Verantwortliche stv. Fraktionsvorsitzende:* Hubertus Heil, Ulrich Kelber, Florian Pronold

## ORDNUNG FÜR DEN ARBEITSMARKT

*Projektleiterin:* Anette Kramme

*Verantwortlicher stv. Fraktionsvorsitzender:* Hubertus Heil

## KREATIVPAKT

*Projektleiter:* Siegmund Ehrmann, Lars Klingbeil

*Verantwortliche stv. Fraktionsvorsitzende:* Hubertus Heil, Christine Lambrecht

## GUTE GANZTAGSSCHULEN

*Projektleiter:* Dr. Ernst Dieter Rossmann

*Verantwortliche stv. Fraktionsvorsitzende:* Dagmar Ziegler

## INTEGRATION

*Projektleiterin:* Aydan Özoğuz

*Verantwortliche stv. Fraktionsvorsitzende:* Christine Lambrecht

## GLEICHSTELLUNG

*Projektleiterinnen:* Christel Humme, Caren Marks

*Verantwortliche stv. Fraktionsvorsitzende:* Dagmar Ziegler

## GENERATIONENPOLITIK

*Projektleiter/in:* Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Franz Müntefering

*Verantwortliche stv. Fraktionsvorsitzende:* Elke Ferner, Dagmar Ziegler

## STEUER- UND FINANZIERUNGSKONZEPT

*Projektleiter/in:* Carsten Schneider, Nicolette Kressl/Lothar Binding

*Verantwortlicher stv. Fraktionsvorsitzender:* Joachim Poß

## IMPRESSUM

**Herausgeberin** SPD-Bundestagsfraktion, Petra Ernstberger MdB,  
Parlamentarische Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Herstellung** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit

**Redaktion** Referent/innen »Projekt Zukunft«, Planungsgruppe,  
Öffentlichkeitsarbeit

**Erschienen** September 2012

**Gestaltung** knisterwerk.com

**Fotos** Photocase: Seite 1 (kallejipp), 6 (emoji), 10 f. (stm), 14 f. (herzlos),  
26 (krockenmitte), 28 (secretgarden), 38 (IS2), 47 f. (Rike.), 57 f. (kallejipp),  
66 (ines89), 75 f. (Rina H.), 84 (schoky), 93 f. (Rike.), 101 (xxee), 102 f.  
(owik2) und 111 (Miss.Erfolg); Bildschön: Seite 13, 65, 74, 83, 92 und 100

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.



